

Dokumente zur Deutschlandpolitik

Herausgegeben vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen.

III. Reihe/Band 4

1. Januar bis 9. November 1958

Bearbeitet von Ernst Deuerlein und Gisela Biewer

Frankfurt/Main: Alfred Metzner. 1969. CXVI. 2133 S. (vergriffen)

Zum Inhalt:

Höhepunkt der Debatte um die atomare Bewaffnung der Bundeswehr; Anschuldigungen Dehlers wegen versäumter Gelegenheiten in der Wiedervereinigungsfrage; Vorschlag einer österreichischen Lösung für die DDR durch Adenauer; Wirtschafts- und Repatriierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR; Besuch Mikojans in Bonn; sowjetischer Entwurf eines Nichtangriffsvertrages zwischen NATO und Warschauer-Pakt-Staaten.

Verzeichnis der Dokumente

Erster Drittelband

00. 01. 1958	Aufsatz von Professor Kröger: Zu einigen Fragen des staatsrechtlichen Status von Berlin Kröger widerspricht den Argumenten für die Zugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik Deutschland. Er interpretiert die Vier-Mächte-Vereinbarungen über die Besetzung Deutschlands dahingehend, daß Berlin territorial zur sowjetischen Besatzungszone gehöre. Er führt weiter aus, daß die drei Westmächte, da sie sich ihrer mangelnden Befugnis, über das Gebiet Berlin zu verfügen, bewußt gewesen seien, in den Dokumenten zur Bildung eines westdeutschen Staates nur auf den territorialen Bestand der drei Westzonen Bezug nähmen. Kröger kommt zu dem Schluß, daß der Parlamentarische Rat mit der Feststellung der Zugehörigkeit Berlins zur Bundesrepublik Deutschland sachlich und rechtlich seine Kompetenzen überschritten habe.	3
03. 01. 1958	Aus dem Interview des Ministerpräsidenten Gaillard für die Zeitschrift „U. S. News & World Report“ Ministerpräsident Gaillard bejaht eine Gipfelkonferenz, vorausgesetzt daß sorgfältige Vorbereitungen einen propagandistischen Mißbrauch verhinderten, und befürwortet eine baldige Außenministerkonferenz. In der Abrüstungsfrage sieht er keine neuen Anzeichen für eine sowjetische Billigung geeigneter Inspektions- und Kontrollmaßnahmen. Den Rapacki-Plan hält er für gefährlich, da dem Abzug amerikanischer Streitkräfte kein entsprechender Rückzug der sowjetischen gegenüberstände.	17
03. 01. 1958	Interview des Außenministers Rapacki für die Zeitung „Sunday Times“ Außenminister Rapacki erläutert Ursprung und Beweggründe für den Plan einer kernwaffenfreien Zone und äußert sich zu Fragen seiner Bedeutung und Verwirklichung.	18
04. 01. 1958	Kommuniqué über die 8. Tagung des ZK der verbotenen KPD Das Kommuniqué nennt die behandelten Themen und teilt mit, daß das ZK das Auftreten der Parteidelegation in Moskau billigte, seine Übereinstimmung mit Erklärung und Friedensmanifest der kommunistischen und Arbeiterparteien zum Ausdruck brachte und die Bildung einer Zentralen Parteikontrollkommission beschloß.	20
04. 01. 1958	Rundfunkansprache des Premierministers Macmillan Premierminister Macmillan bezeichnet den Frieden als das Problem der Gegenwart und begründet die Notwendigkeit der Abschreckungsmacht des Westens. Als die zwei Wege zur Wahrung des Weltfriedens nennt er die Erhaltung der Stärke der westlichen Allianzen sowie Verhandlung und Versöhnung mit der Sowjetunion, die leider den westlichen Abrüstungsplan vom August 1957 nicht angenommen habe. Deshalb müsse – vielleicht mit einem feierlichen Nichtangriffspakt – von neuem begonnen werden, um endlich Erfolge in der Abrüstung zu erzielen, für die ein wirksames Inspektions- und Kontrollsystem unerläßlich sei. Abschließend betont Macmillan die britische Bereitschaft zu Verhandlungen sowohl in der UNO als auch in kleinerem Rahmen.	21
06. 01. 1958	Note der ständigen Delegation der UdSSR bei den Vereinten Nationen an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Hammarskjöld Die ständige Delegation der UdSSR erklärt es für unzulässig, daß die Bundesrepublik Deutschland Berlin als Land der Bundesrepublik bezeichnet.	24
06. 01. 1958	TASS-Meldung über eine Verringerung der Streitkräfte der UdSSR TASS meldet, daß die Regierung der Sowjetunion als Beitrag zur internationalen Entspannung eine weitere Verringerung ihrer Streitkräfte beschlossen habe und Truppen aus der „DDR“ und Ungarn abziehen werde.	25

07. 01. 1958	Schreiben des Botschafters Großbritanniens in Bonn, Steel, an den Geschäftsträger der UdSSR in der „DDR“, Astawin Botschafter Steel weist die sowjetische Erklärung zurück, daß künftig „DDR“-Behörden für die Ausstellung von Visa zuständig seien. Unter Bezugnahme auf die Vier-Mächte-Vereinbarungen kündigt er Stellungnahmen der drei Westmächte an, falls die Sowjetunion auf ihrem Standpunkt beharre.	26
SCHREIBEN DES MINISTERPRÄSIDENTEN BULGANIN		
08. 01. 1958	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Bundeskanzler Adenauer Ministerpräsident Bulganin würdigt einerseits die Kräfte in vielen, auch in NATO-Ländern, die sich für Ost-West-Verhandlungen einsetzen, beschuldigt jedoch andererseits die führenden NATO-Staaten, eine Minderung der internationalen Spannung zu hintertreiben. Dem hält er die sowjetischen Bemühungen um Entspannung entgegen. Dann erläutert er die beigefügten neuen sowjetischen Verhandlungsvorschläge. Besonders ausführlich behandelt er im Hinblick auf die wachsende Atomgefahr den Rapacki-Plan und äußert in diesem Zusammenhang den Verdacht, daß stärkere Staaten aus egoistischen Gründen die Bundesrepublik Deutschland zur Kernwaffenkonzentration trieben. Anschließend geht Bulganin noch auf die Frage der Wiedervereinigung ein, die nur durch innerdeutsche Verhandlungen und eine Konföderation beider deutscher Staaten erreicht und erleichtert werden könne, wenn vorher eine Verständigung in den internationalen Fragen auf einer Konferenz erzielt werde. An ihr solle die Bundesrepublik zum Beweis ihrer Vertrauenswürdigkeit teilnehmen.	27
08. 01. 1958	Vorschläge der Regierung der UdSSR zu den Fragen der Minderung der internationalen Spannung Ausgehend von der internationalen Lage unterbreitet die Sowjetunion Vorschläge zu neun Fragen, die auf einer Konferenz erörtert werden sollten. Die ersten drei Vorschläge betreffen das Kernwaffenproblem; es folgen Empfehlungen, Nichtangriffsabkommen abzuschließen und die in Mitteleuropa stationierten fremden Streitkräfte zu verringern; zur Verhinderung von Überraschungsangriffen und zur Abrüstungskontrolle sieht Punkt 6 Beratungen über die Errichtung von Kontrollposten und die Festlegung einer Luftinspektionszone vor; die letzten drei Vorschläge befassen sich mit der Erweiterung der internationalen Handelsverbindungen, der Verurteilung der Kriegspropaganda und dem Problem des Nahen und Mittleren Ostens. Die Sowjetregierung empfiehlt außerdem die Behandlung konstruktiver Vorschläge anderer Konferenzteilnehmer und Vereinbarungen über erst später zu behandelnde Probleme, erklärt die Ausschließung Rotchinas für schädlich und nennt eine Konföderation den einzigen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands. Sie schlägt als Teilnehmer der Gipfelkonferenz die NATO-, Warschauer Pakt- und neutrale Staaten, als Tagungsort Genf und eine Außenministerkonferenz erst nach Beratungen auf höchster Ebene vor.	41
08. 01. 1958	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Präsident Eisenhower Bezugnehmend auf sein Schreiben vom 10. Dezember 1957 schlägt Ministerpräsident Bulganin, der für das Andauern der Spannungen die westliche „Politik der Stärke“ verantwortlich macht, erneut ein Gipfeltreffen vor und übermittelt die sowjetischen Entspannungsvorschläge. Er weist Verdächtigungen, die Sowjetunion erfülle die Genfer Beschlüsse über Deutschland nicht und verfolge nur propagandistische Ziele, ebenso als unbegründet zurück wie die Behauptung, die Sowjetunion wolle aus einer Position der Stärke heraus verhandeln. Sie trete vielmehr nach wie vor für die Abrüstung ein und befürworte u. a. die Bildung einer Kommission aus allen UNO-Mitgliedern. Dann gibt Bulganin Erläuterungen zu den sowjetischen Vorschlägen und betont entschieden die Vorrangigkeit der Gipfelkonferenz vor Verhandlungen auf anderer Ebene.	58
08. 01. 1958	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Premierminister Macmillan Ministerpräsident Bulganin erinnert an sein Schreiben vom 10. Dezember 1957. Er macht auf den angeblichen Widerspruch in der NATO-Politik zwischen der Erklärung der Verhandlungsbereitschaft und dem Streben nach atomarer Aufrüstung aufmerksam und warnt vor den Gefahren dieses politischen Kurses. Nachdem er sich gegen Vorwürfe verwahrt und an die sowjetischen Entspannungsbemühungen erinnert hat, wiederholt er den Vorschlag einer Gipfelkonferenz. Die westliche Darstellung, diese müsse gründlich, etwa durch die Außenminister, vorbereitet werden, und den Vorwurf, die Sowjetunion wolle von einer Position der Stärke aus verhandeln, wertet er als Versuch, sie zu vereiteln. Er geht dann auf die beigefügten sowjetischen Vorschläge ein. Unterschiede der Systeme betreffende Fragen und das Deutschlandproblem könnten nicht Verhandlungsgegenstand sein.	68

08. 01. 1958	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Ministerpräsident Gaillard Ministerpräsident Bulganin weist auf die weltweite Unterstützung der in den Schreiben vom 10. Dezember 1957 unterbreiteten sowjetischen Vorschlägen hin, womit die Bedingungen für Verhandlungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt geschaffen seien. Er geht dann auf die angeblich vielfältigen westlichen Versuche ein, durch Verdächtigungen und Mißdeutungen der sowjetischen Absichten die Konferenz zu hintertreiben. Er erläutert die beigefügten sowjetischen Vorschläge und betont, die Sowjetunion wolle unmittelbar mit einem Gipfeltreffen beginnen. Die antisowjetische Einstellung gewisser eventueller Teilnehmer an einer Außenministerkonferenz könnte nämlich dazu führen, daß die Konferenz auf höchster Ebene nicht einberufen werde.	77
09. 01. 1958	Erklärung der Volkskammer der „DDR“ zum Beschluß des Obersten Sowjet der UdSSR vom 21. Dezember 1957 Die Volkskammer erklärt ihre völlige Übereinstimmung mit dem Beschluß und appelliert an den Deutschen Bundestag, diese sowjetische Initiative ebenfalls zu unterstützen.	85
09. 01. 1958	Gesetz über den Außenhandel der „DDR“ Das Gesetz erklärt den Außenhandel zum staatlichen Monopol.	87
09. 01. 1958	Aus der Verordnung über die Durchführung des Außenhandels der „DDR“ Die Verordnung legt fest, daß die Durchführungsbestimmungen auch für den innerdeutschen Handel gelten.	88
09. 01. 1958	Aufsatz von N. Arkadjew: Eine atomwaffenfreie Zone in Europa Arkadjew erläutert Inhalt und Bedeutung des polnischen Vorschlages und befaßt sich mit den im Westen gegen und für ihn vorgebrachten Argumenten.	89
10. 01. 1958	Aus der Erklärung des Ministerialdirektors von Eckardt auf der Bundespressekonferenz Ministerialdirektor von Eckardt teilt den Eingang des neuen Schreibens von Ministerpräsident Bulganin und der sowjetischen Vorschläge mit und nimmt dazu Stellung.	92
10. 01. 1958	Aus der Pressekonferenz des Staatssekretärs Dulles in Washington Staatssekretär Dulles erläutert, wie die Sowjetunion durch Erfüllung früherer Übereinkommen ihre Verhandlungsbereitschaft beweisen könne, betont aber, daß der Westen Verhandlungen nicht davon abhängig mache. Eine Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen, für die die Vereinigten Staaten keine neuen, sondern die bereits bekannten Vorschläge einbringen würden, hält er unter dem Druck der Weltmeinung für wahrscheinlich. Er äußert sich zu der Frage der im Rapacki-Plan – vorgesehenen teilweisen Neutralisierung Deutschlands.	94
11. 01. 1958	Erklärung des Vorsitzenden der Außenpolitischen Kommission im Politischen Komitee der Demokratischen Partei, Acheson Dean Acheson widerspricht entschieden der Ansicht, die von George Kennan in seinen Reith-Vorlesungen vorgetragenen Gedanken repräsentierten die Auffassung der Demokratischen Partei.	98
12. 01. 1958	Schreiben des Präsidenten Eisenhower an Ministerpräsident Bulganin Präsident Eisenhower beantwortet das Schreiben vom 10. Dezember 1957. Er betont, daß die Vereinigten Staaten den Frieden wünschten und daß die freien Nationen sich nicht um aggressiver Ziele willen, sondern wegen der kommunistischen Machtkonzentration verbünden müßten; denn ein umfassendes Sicherheitssystem sei bisher am sowjetischen Veto im Sicherheitsrat gescheitert. Die sowjetischen Vorschläge erscheinen dem Präsidenten unzureichend. Er schlägt dagegen vor, die Vereinten Nationen, z. B. durch Beschränkung des Veto-Rechts, zu stärken, das Vertrauen in das gegebene Wort, vor allem durch die Verwirklichung der Direktive der Regierungschefs von 1955 hinsichtlich der Wiedervereinigung Deutschlands, zu festigen und die Abrüstung energisch zu betreiben, und zwar durch Abkommen über die friedliche Nutzung des Weltraums, die Beschränkung der Kernwaffenproduktion und –erprobung, die Reduzierung der konventionellen Waffen und Streitkräfte und die Verhinderung von Überraschungsangriffen. Abschließend erklärt sich der Präsident zur Erörterung der sowjetischen sowie seiner eigenen Vorschläge auf einem Gipfeltreffen bereit, allerdings erst nach gründlicher Vorbereitung.	100
14. 01. 1958	Schreiben des Ministerpräsidenten Gaillard an Ministerpräsident Bulganin Ministerpräsident Gaillard beantwortet das Schreiben vom 10. Dezember 1957. Die Vorwürfe gegen die NATO weist er zurück. Er erinnert an die einseitige Beendigung der Abrüstungsverhandlungen durch die Sowjetunion und betont, daß Vereinbarungen an der sowjetischen Ablehnung von Kontrollmaßnahmen gescheitert seien. Auf die sowjetischen Vorschläge eingehend, regt er u. a. statt einer Verzichtserklärung die Erklärung an, Kernwaffen nur im Angriffsfall einzusetzen; er lehnt für Frankreich den Verzicht auf Kernwaffenversuche ohne wirksames Kontrollabkommen ab und fordert ein wiedervereinigtes Deutschland als Voraussetzung für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone. Abschließend empfiehlt Gaillard Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen und erklärt die Verhandlungsbereitschaft Frankreichs unter der Voraussetzung, daß die Verpflichtungen der letzten Gipfelkonferenz nicht in Frage gestellt würden. Ein neues Gipfeltreffen müsse sorgfältig vorbereitet werden, etwa durch eine Außenministerkonferenz.	109

BERATENDE VERSAMMLUNG DES EUROPARATES

15. 01. 1958 Aus der Erklärung des Abg. Kiesinger (CDU/CSU)
Kiesinger berichtet über die Diskussion internationaler Probleme in dem jüngsten Ost-West-Briefwechsel. Er prüft die sowjetischen Vorschläge, die die Absicht der Sowjetunion zeigen, die Anerkennung des Status quo in Europa zu erreichen und den Einfluß des Kommunismus in Westeuropa und der übrigen Welt auszudehnen. Er vermutet, daß auch die Sowjetunion auf die Dauer eine Abrüstung wünsche, mit den vorgeschlagenen Maßnahmen jedoch nur eigene Vorteile erstrebe. Kiesinger betont, daß der Westen die Fixierung des Status quo nicht zulassen dürfe. Er müsse nach neuen Wegen zu einer wirksam kontrollierten Abrüstung suchen, das Vertrauen der asiatischen und afrikanischen Völker gewinnen und vor allem durch die gemeinsame Konzeption seiner Außenpolitik einheitliche Vorstellungen für Verhandlungen entwickeln. 114
15. 01. 1958 Erklärung des Abg. Schmid (SPD)
Schmid stellt fest, daß die waffentechnische Entwicklung die Regelung politischer Fragen von der Lösung von Abrüstungsproblemen abhängig gemacht habe. Außerdem sei der Standpunkt überholt, nur aus einer Position der Stärke heraus verhandeln zu wollen. Bei Verhandlungen müsse der Westen erkennen, daß auch die Sowjetunion berechnete Interessen habe. Die von ihr vorgeschlagene Verhandlungsgrundlage deutet Schmid nicht als Forderung nach Anerkennung des Status quo. Angesichts des ungefähren Kräftegleichgewichts schlägt er als neuen Ansatz für Abrüstungsverhandlungen regionale Lösungen vor und empfiehlt, den Rapacki-Plan als Möglichkeit ernst zu nehmen. Ein positives Ergebnis hätte zwangsläufig die Notwendigkeit politischer Regelungen in dem entmilitarisierten Gebiet zur Folge. 124
15. 01. 1958 Erklärung des Abg. Struye
Struye geht davon aus, daß der Westen auch ohne Aussicht auf ideale Lösungen mit dem Osten verhandeln müsse. Statt östliche Vorschläge abzulehnen oder mit Gegenvorschlägen zu beantworten, solle der Westen Anstrengungen aufgreifen und ergänzen, wie etwa den Rapacki-Plan, die Luftinspektion, die Einstellung der Atomversuche und auch die von Präsident Eisenhower angeregte Modifizierung des Veto-Systems. Schließlich kritisiert Struye die westlichen Staaten, die so oft einzeln, ohne die verabredete vorherige Konsultation Grundsatzklärungen abgaben. 131
15. 01. 1958 Aus der Erklärung des Abg. Edwards
Edwards bejaht für die westeuropäischen Staaten die Teilnahme an einer Gipfelkonferenz. Einige der sowjetischen Verhandlungsvorschläge erscheinen ihm annehmbar; außer Atomversuchsstop, kernwaffenfreie Zone und Kontrollmaßnahmen auch die Frage der Spannungen im Nahen und Mittleren Osten. 137
15. 01. 1958 Aus der Erklärung des Abg. Hutchison
Hutchison äußert Zweifel an der Echtheit der sowjetischen Friedensliebe. Er lehnt zwar Gipfelgespräche nicht ab, hält aber den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für günstig, weil die Zeit für den Westen arbeiten werde. Er fordert eine umfassende Prüfung eines Disengagement in Europa und verlangt, ein militärisches Gutachten einzuholen. 138
15. 01. 1958 Erklärung des Abg. de Menthon
De Menthon erinnert an die Grundprinzipien der westlichen Politik gegenüber der Sowjetunion. Er warnt vor den politischen Folgen einer kernwaffenfreien Zone, weil dadurch innerhalb der NATO zwei Staatengruppen entstünden. Noch bedenklicher für die atlantische Solidarität erscheint ihm die völlige militärische Neutralisierung, die zur politischen Neutralisierung führen würde. Er hält es für eine gefährliche Illusion, mit der gleichzeitigen Neutralisierung kommunistischer Staaten die Hoffnung auf friedliche Modifizierung des Status quo und Beendigung der sowjetischen Bedrohung zu verbinden. 142
15. 01. 1958 Rundfunkansprache des Bundeskanzlers Adenauer
Bundeskanzler Adenauer kennzeichnet die sowjetischen Briefe und Vorschläge als Propagandamanöver. Bedingt stimmt er einer internationalen Konferenz zu. Eine Konföderation beider deutscher Staaten lehnt er ab und bezeichnet die kernwaffenfreie Zone, die nur die Aufhebung von Einheit und Freiheit des Westens bezwecke, auch als militärisch sinnlos. Abschließend verweist er auf die Fortschritte in der europäischen Einigungspolitik. 145
15. 01. 1958 Bericht über Ausführungen des Bundesministers von Brentano vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU
Bundesminister von Brentano bestreitet eine außenpolitische Kursänderung einiger NATO-Staaten. Er spricht sich gegen die Vorschläge Kennans und ein isoliertes Eingehen auf den Rapacki-Plan aus und äußert sich zur Frage der Raketenbasen. Die Regierung bindende Resolutionen des Parlaments für künftige Verhandlungen lehnt er ab. 149

16. 01. 1958	Schreiben des Premierministers Macmillan an Ministerpräsident Bulganin In seiner Antwort auf das Schreiben vom 10. Dezember 1957 versichert Premierminister Macmillan, Großbritannien lehne jede Aggression ab. Er bedauert, daß die Sowjetunion alle westlichen Vorschläge übergehe, und fragt, warum nicht sofort Beratungen über Durchführungsmaßnahmen von Kontrollen stattfinden sollten. Unter den mit einer Ausnahme nicht neuen sowjetischen Empfehlungen vermißt er die wichtige Frage der deutschen Wiedervereinigung. Neu sei nur der Vorschlag der kernwaffenfreien Zone, den seine Regierung prüfe. Er befürwortet eine Außenministerkonferenz und behält sich eine Stellungnahme zur Frage der Gipfelkonferenz vor.	150
16. 01. 1958	Aus der Rede des Staatssekretärs Dulles vor dem National Press Club in Washington Staatssekretär Dulles hält Verhandlungen mit dem Osten für möglich und nötig. Er unterstreicht die Bedeutung der Vorschläge Präsident Eisenhowers für eine Konferenz, die jedoch keine unvorbereitete Gipfelkonferenz sein dürfe. Denn von dieser einen mühelosen Frieden zu erwarten, sei eine Illusion, die, indem sie von eigenen Sicherheitsinteressen ablenke, sogar verhängnisvoll werden könne.	153
17. 01. 1958	Resolution 145 der Beratenden Versammlung des Europarates Die Versammlung begrüßt die Fortschritte in der europäischen Einigung und empfiehlt sechs Grundsätze für die Politik in den Ost-West-Beziehungen.	156
17. 01. 1958	Schreiben des Vorsitzenden der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik, Fierlinger, an Bundestagspräsident Gerstenmaier Fierlinger betont die Notwendigkeit, eine Verschärfung der internationalen Spannung zu verhindern, woran zwar führende NATO-Mächte und die Bundesregierung nicht, wohl aber breite Kreise der westdeutschen Öffentlichkeit interessiert seien. Er geht auf die letzten sowjetischen Vorschläge ein und äußert die Überzeugung, daß jede Entspannung die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakischen Republik und der Bundesrepublik verbessern werde. Dazu könnten auch Kontakte zwischen Parlamentsmitgliedern beider Länder beitragen.	157
18. 01. 1958	Schreiben des Botschafters der Vereinigten Staaten in Bonn, Bruce, an den Geschäftsträger der UdSSR in der „DDR“, Astawin Aus gegebenem Anlaß beschwert sich Botschafter Bruce über die Erklärung der sowjetischen Behörden, für Genehmigungen zum Überfliegen der Sowjetzone seien „DDR“-Dienststellen zuständig. Er weist auf die Vier-Mächte-Vereinbarungen hin und betont, daß die drei Westmächte deren Einhaltung erwarteten.	161
18. 01. 1958	Appell der verbotenen KPD an die Bevölkerung Westdeutschlands Der Appell fordert dazu auf, mit „Taten des Friedens“ die Atomkriegsgefahr abzuwenden und eine Volksbewegung gegen die atomare Aufrüstung zu organisieren.	162
19. 01. 1958	Rede des Bundesministers von Brentano in Berlin: Die deutsche Außenpolitik und der Osten Bundesminister von Brentano kennzeichnet die Beziehungen zu Moskau wegen der sowjetischen Haltung in der Deutschlandfrage und der mangelnden Verbindung zu anderen Ostblockländern als ungenügend. Er widerspricht dem Vorwurf, die Bundesregierung verfolge starr eine außenpolitische Linie, und erklärt, für die Außenpolitik gelte noch immer die zur Vorsicht mahnende Erkenntnis, daß der Osten, trotz gewisser Wandlungen, das Ziel der kommunistischen Weltrevolution verfolge. Dennoch strebe die Bundesregierung eine Verbesserung der Beziehungen an, wobei aber deutsche Interessen nicht verletzt werden dürften. Brentano erläutert die Haltung der Bundesregierung in den Ost-West-Beziehungen. Er verweist auf die große Bedeutung der Integration in den Westen, die die Freiheit und Sicherheit Deutschlands garantiere. Insofern sei sie die Voraussetzung jeder Ostpolitik gewesen und unerlässlich für die Wiedervereinigung Deutschlands in freier Selbstbestimmung. Die Lösung dieser Frage sei bisher an der sowjetischen Haltung gescheitert. Die Aufgabe der Bundesregierung bestehe darin, sich um Abrüstung und Entspannung zu bemühen, um dadurch auch ihr nationales Ziel zu erreichen.	164
20. 01. 1958	Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer an Ministerpräsident Bulganin In Beantwortung des Schreibens vom 10. Dezember 1957 und unter Berücksichtigung des letzten Briefes und der Vorschläge begrüßt Bundeskanzler Adenauer die sowjetische und bestätigt die deutsche Verständigungsbereitschaft. Um so mehr bedaure er deshalb die sowjetischen Anschuldigungen gegen die Bundesrepublik Deutschland und ihre Verbündeten. Er erklärt die völlige Übereinstimmung der Bundesregierung mit den Vorschlägen Präsident Eisenhowers und verwahrt sich gegen die sowjetischen Versuche, die westlichen Bündnispartner gegeneinander auszuspielen. Das Verhalten der Sowjetunion und ihre Vorschläge zur Deutschlandfrage nennt er enttäuschend. Zum Schluß bittet er, den öffentlichen Briefwechsel einzustellen und zu diplomatischen Gesprächen zurückzukehren, die zunächst von den Außenministern zur Vorbereitung einer Gipfelkonferenz geführt werden sollten.	172
21. 01. 1958	Antrag der Fraktion der SPD betreffend Bemühungen der Bundesrepublik um internationale Entspannung und Einstellung des Wettrüstens Der Antrag nennt fünf die Entspannung betreffende Themen, die die Bundesregierung mit den Atom-Weltmächten, und zwei die NATO betreffende Probleme, die sie mit ihren Vertragspartnern erörtern sollte.	177

21. 01. 1958	Schreiben des Abg. Gotthelf (SPD) an Bundeskanzler Adenauer Der Abg. Gotthelf bedauert die mangelnde Initiative der Bundesregierung in der Entspannungspolitik und protestiert dagegen, daß die Bundesregierung noch nicht ausdrücklich auf atomare Bewaffnung und Raketenbasen verzichtet habe.	179
21. 01. 1958	Stellungnahme von 17 amerikanischen Politikern, Wissenschaftlern und Publizisten zu den Vorschlägen von Professor Kennan Die amerikanischen Persönlichkeiten bedauern Professor Kennans Vorschläge, weil ihre Verwirklichung Einheit und Sicherheit des Westens gefährden würde.	180
AUSSPRACHE DER FRANZÖSISCHEN NATIONALVERSAMMLUNG		
21. 01. 1958	Aus der Erklärung des Abg. Moch Moch äußert sich zur Problematik der kernwaffenfreien Zone. Im Hinblick auf den nuklearen Rüstungswettlauf plädiert er für die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen, für die ein neuer Kontrollplan nötig sei.	183
22. 01. 1958	Aus der Erklärung des Außenministers Pineau Außenminister Pineau erklärt, Frankreich stimme in der Reihenfolge Außenminister-, Gipfelkonferenz Verhandlungen zu. Zum Thema Abrüstung legt er u. a. dar, warum ein Verbot von Atomversuchen mit dem Verbot der Herstellung spaltbaren Materials für militärische Zwecke verbunden sein müsse und wie der Rapacki-Plan zu beurteilen sei. Er betont, daß sich die Haltung der NATO in der Deutschlandfrage nicht geändert habe.	186
22. 01. 1958	Aus der Erklärung des Abg. de Menthon Ausgehend von den Fragen, ob das Disengagement Mitteleuropas Ausgangspunkt einer allgemeinen Abrüstung oder Beginn einer Auflösung der NATO sein könnte, führt de Menthon aus, daß der Rapacki-Plan die atlantische Solidarität sehr gefährden würde.	189
22. 01. 1958	Aus der Erklärung des Ministerpräsidenten Gaillard Ministerpräsident Gaillard erklärt Abrüstung ohne Kontrolle für unmöglich und kritisiert die Haltung der Sowjetunion in den Fragen der Abrüstung und Entspannung. Eine Gipfelkonferenz hält er nur für gerechtfertigt, wenn die Sowjetunion festumrissene Verpflichtungen eingehe. Er äußert sich außerdem zu Fragen der NATO und betont vor allem die Notwendigkeit eines Junktim zwischen der Lösung militärischer und politischer Probleme.	193
22. 01. 1958	Rundfunk- und Fernsehansprache des Ministerpräsidenten Grotewohl Ministerpräsident Grotewohl spricht von der Furcht vor einem Atomkrieg, weil die Bundesregierung, unterstützt durch die NATO-Beschlüsse, die atomare Abrüstung betreibe. Er lobt die sowjetischen Vorschläge und den Rapacki-Plan, der – im Gegensatz zur Ansicht der Bundesregierung – ein wesentlicher Schritt zur Abrüstung und auch zur Wiedervereinigung Deutschlands sei. Wegen ihrer ablehnenden Haltung verurteilt er die Bundesregierung und zeigt sie des Mißbrauchs der Wahrheit, wenn sie die Atomaufrüstung mit NATO-Verpflichtungen begründe. Abschließend schlägt er einen Volksentscheid in „beiden deutschen Staaten“ über die Frage vor, ob die „DDR“ und die Bundesrepublik Deutschland einer atomwaffenfreien Zone angehören sollten oder nicht.	195
22. 01. 1958	Beschluß der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin über die Aufgaben der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung von Groß-Berlin im zweiten Fünfjahresplan von 1956 bis 1960 Der Beschluß legt im einzelnen die von der Berliner Bevölkerung geforderten Produktions- und Leistungssteigerungen auf allen Gebieten fest.	199
22. 01. 1958	Beschluß der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin über die Aufgaben des Volkswirtschaftsplans 1958 Der Beschluß bestimmt im einzelnen die Hauptziele und Aufgaben des Plans.	212
22. 01. 1958	Offener Brief des Staatssekretärs Dulles an den Herausgeber der Zeitschrift „The New Statesman and Nation“, K. Martin Im Auftrag Präsident Eisenhowers beantwortet Staatssekretär Dulles den offenen Brief Bertrand Russels. Er stellt fest, daß die von Chruschtschow aufgegriffene Erklärung Russels, man müsse auf die Verbreitung seiner Lehre mit Waffengewalt verzichten, für die Vereinigten Staaten eine Selbstverständlichkeit sei, nicht jedoch für den Kommunismus. Den Ausführungen Chruschtschows über die Gefahr eines Atom-Weltkrieges begegnet er mit dem Hinweis, daß die Sowjetunion die Vorschläge zur Verhinderung der atomaren Aufrüstung ablehnte. Sie habe jetzt Gelegenheit, Präsident Eisenhowers Vorschlag zur friedlichen Nutzung des Weltraums anzunehmen, statt zu propagieren, daß Westeuropa nur konventionelle Waffen besitzen dürfe, während sie selbst atomar weiter aufrüste.	222

22. 01. 1958 Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, in Minsk Chruschtschow polemisiert gegen das Schreiben Eisenhowers und unterstellt, die amerikanische Regierung wolle die sozialistische Staatsordnung diskutieren, während die Sowjetunion die friedliche Koexistenz betreibe. Zur Deutschlandfrage wiederholt er die Zweistaatentheorie und den Vorschlag einer Konföderation. Er bestreitet, daß 1955 eine Vereinbarung über die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen getroffen worden sei. An der Haltung der Bundesregierung und an den Äußerungen Bundeskanzler Adenauers übt er scharfe Kritik. Er betont die Notwendigkeit einer Gipfelkonferenz, wobei er einige der sowjetischen Vorschläge erläutert und die Prüfung von Kontrollvorschlägen für die kernwaffenfreie Zone zusagt. Er nennt die Bedingungen, z. B. die Anerkennung des Status quo, für ein positives Ergebnis. 226
- AUSSENPOLITISCHE AUSSPRACHE DES 3. DEUTSCHEN BUNDESTAGES
23. 01. 1958 Regierungserklärung, abgegeben von Bundesminister von Brentano
Bundesminister von Brentano gibt einen Überblick über die außenpolitische Entwicklung. Auf die letzte NATO-Ratstagung eingehend, erläutert er die Haltung der Bundesregierung, die es bedaure, daß die internationale Lage keine Verminderung der Rüstungen und Verteidigungslasten erlaube. Die NATO wolle jedoch jede Möglichkeit zur Wiederaufnahme von Abrüstungsverhandlungen ergreifen, und die Bundesregierung werde sich einem Abkommen anschließen. Brentano nimmt kritisch zu den letzten sowjetischen Schreiben und Vorschlägen Stellung und erörtert die Probleme einer Gipfelkonferenz, der Wiedervereinigung und des Rapacki-Planes. Er betont, daß die Haltung der Sowjetunion von der Bundesregierung die Einhaltung ihrer NATO-Verpflichtungen verlange, wozu auch Überlegungen und Entscheidungen über moderne Verteidigungseinrichtungen auf deutschem Boden gehörten. Er vertritt die Ansicht, daß die Fortsetzung des Briefwechsels zwischen den Regierungen wenig erfolgversprechend sei. Deshalb habe die Bundesregierung in ihrer Antwort auf das Schreiben Ministerpräsident Bulganins die diplomatische Vorbereitung einer Konferenz angeregt. Abschließend unterstreicht er die Bereitschaft der Bundesregierung, sich für die Sicherung des Weltfriedens und die Abrüstung einzusetzen. 234
23. 01. 1958 Begründung der Großen Anfrage der Fraktion der FDP durch den Abg. Mende
Mende begründet die Große Anfrage vom 11. Dezember 1957 über die Haltung der Bundesregierung auf der NATO-Konferenz am 16. Dezember 1957. Den Standpunkt, die Wiedervereinigung durch den militärischen Druck der NATO erreichen zu können, erklärt er für überholt. Er entwickelt eine Konzeption, wonach vor freien Wahlen eine Einigung der vier Siegermächte über den militärischen Status Gesamtdeutschlands erfolgen müsse. Ein mit Ausnahme der militärischen Belange unabhängiges wiedervereinigtes Deutschland sollte entweder zu einem Bündnissystem der vier Siegermächte oder zu einem europäischen Sicherheitssystem gehören. Mende betont die Notwendigkeit von Verhandlungen mit der Sowjetunion. Er fragt, ob die Bundesregierung nach Ablehnung aller Deutschlandpläne, z. B. Pfeleiders und Edens, endlich eine eigene Konzeption entwickeln wolle. Er begründet, warum die FDP eine atomwaffenfreie Zone befürwortet, geht auf die Problematik der Errichtung von Raketenbasen ein und kritisiert die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage. Er spricht die Erwartung aus, daß die Bundesregierung die durch Kennans Erklärungen neu belebte Erörterung der Deutschlandfrage diplomatisch nutzen werde. Abschließend stellt er die Frage, ob eine Reise von Abgeordneten nach Formosa deutschen Interessen dienlicher sei als die von Parlamentariern nach Moskau. 244
23. 01. 1958 Erklärung des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier
Bundestagspräsident Gerstenmaier weist darauf hin, daß im Gegensatz zu einer auf sowjetische Einladung erfolgenden Reise einer formellen Delegation des Bundestages nach Moskau die Reise von Abgeordneten nach Formosa ein privates Unternehmen sei. 256
23. 01. 1958 Erklärung des Bundesministers von Brentano zur Großen Anfrage der Fraktion der FDP
Bundesminister von Brentano erklärt, wegen der Art und Weise der Begründung Mendes Ausführungen nicht Stellung nehmen zu können. Zur Anfrage selbst bemerkt er, daß die Bundesregierung auf allen NATO-Konferenzen die besondere Lage Deutschlands betont habe, die Verwirklichung des Rapacki-Planes nur als Bestätigung des Status quo ansehen könne, die Deutschlandpläne zurückstellen müsse, bis die Sowjetunion zu Gesprächen über die Wiedervereinigung bereit sei, und die Erklärungen Kennans nicht als geeignete Grundlage für eigene Vorschläge betrachte. 257

23. 01. 1958	<p>Begründung des Antrages der Fraktion der SPD durch den Abg. Ollenhauer Ollenhauer stellt eine Zuspitzung der internationalen Lage durch die waffentechnische Entwicklung und den Abbruch der Abrüstungsverhandlungen fest und warnt vor den Gefahren, wenn die NATO deswegen ihre Rüstung noch steigern. Er übt Kritik an der Bundesregierung, die anders als Dänemark und Norwegen eine atomare Ausrüstung und Raketenbasen nicht abgelehnt habe. Durch einen offiziellen Verzicht könne die Bundesregierung aber ebenso zur Entspannung beitragen wie durch die ernsthafte Bereitschaft zu Verhandlungen. Die Problematik der Bulganin-Briefe erkennt er an, kritisiert aber, daß die Bundesregierung sowjetische und andere Entspannungsvorschläge von vornherein als indiskutabel ablehne, z. B. auch den Rapacki-Plan, der ein Auftakt zu Abrüstungsverhandlungen sein könne. In ihnen hätte die Bundesregierung eine bessere Position, wenn sie die Beziehungen zu den Ostblockstaaten normalisiere und darauf verzichte, die Wiedervereinigung zur Vorbedingung für eine atomwaffenfreie Zone zu machen. Abschließend betont Ollenhauer, daß die Politik der Stärke zu einer Katastrophe führe, die nur durch Verhandlungen vermeidbar sei.</p>	259
23. 01. 1958	<p>Erklärung des Abg. Kiesinger (CDU/CSU) Kiesinger erklärt, daß er die Befürchtungen Ollenhauers über die internationale Lage teile, seinen Schlußfolgerungen aber nicht zustimme. Eine Analyse der jüngsten sowjetischen Vorschläge bestätige das Streben nach Verfestigung des Status quo. Ein Zugeständnis wie die Annahme des Rapacki-Plans sei eine gefährliche Vorleistung, mit der der Westen auf einen Anreiz verzichte, die sowjetische Zustimmung zur Wiedervereinigung in Freiheit zu erlangen. Unter Berufung auf Vorschläge Healeys und Kennans erläutert Kiesinger die angesichts der andauernden kommunistischen Bedrohung bestehende Problematik, bei diesen Teillösungen die Sicherheit zu gewährleisten. Er bekennt sich zu Verhandlungen, bei denen jedoch in einem bestimmten Stadium die Probleme der Abrüstung und der Wiedervereinigung unbedingt miteinander verbunden werden müßten.</p>	273
23. 01. 1958	<p>Erklärung des Abg. Maier (Stuttgart) (FDP) Von der Feststellung ausgehend, daß das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Deutschland über den Weltfrieden entscheide, gibt Maier einen historischen Überblick über die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Er betont die Schuld des Nationalsozialismus an der deutschen Teilung und bezeichnet die kommunistische Herrschaft in Mitteldeutschland als modernen Kolonialismus. Bei der einen Frage, ob sich die Sowjetunion jemals zurückziehen werde, verweist er auf die ferne Zukunft, bei der anderen, welchen Beitrag die Bundesrepublik Deutschland leisten könne, kommt er zu dem Schluß, sie müsse auf Atomwaffen verzichten und das Disengagement diskutieren. Er kritisiert, daß Bundeskanzler Adenauer durch die Rundfunkansprache sein auf der NATO-Ratstagung abgelegtes Bekenntnis zur Entspannung im Widerspruch zu der entsprechenden NATO-Tendenz zurückgenommen habe. Er verlangt eine gute Innenpolitik als Stütze der Außenpolitik.</p>	293
23. 01. 1958	<p>Erklärung des Abg. Schneider (Bremerhaven) (DP) Schneider charakterisiert die vom Mißtrauen bestimmte Weltlage sowie die Absichten der Sowjetunion und verlangt, sich um Entspannung zu bemühen. Diese werde jedoch nicht durch kritiklose Annahme jedes Planes erreicht. Der Rapacki-Plan, der die Amerikaner aus Europa verdrängen würde, sei unannehmbar, da Europa keine dritte Kraft sein könne. Dennoch sollte der Vorschlag diskutiert werden, wobei auch die deutsche Frage berücksichtigt werden müsse. Schneider würdigt die NATO-Konferenz und kritisiert die Opposition, die Vorleistungen an die Sowjetunion vorschlage. Als Weg zur Entspannung biete sich aber nur die Schaffung aller Voraussetzungen für Selbstschutz und Sicherheit sowie die Wahrnehmung jedweder Verhandlungsmöglichkeiten an, um dem Frieden und der Wiedervereinigung näher zu kommen.</p>	308
23. 01. 1958	<p>Erklärung des Abg. Gradl (CDU/CSU) Gradl kritisiert die Opposition, die die westliche Politik für die fortbestehende Spaltung verantwortlich mache, während doch die Sowjetunion die Anerkennung der bestehenden Verhältnisse betreibe, auch mit dem Rapacki-Plan, der den Westen militärisch benachteilige. In der deutschen Frage warnt er vor Vorleistungen. Gerade jetzt beweise die Sowjetunion, indem sie in der Zone die Erschwerung des innerdeutschen Reiseverkehrs und den Kampf gegen Religion und Kirche zulasse, ihr Desinteresse an einem echten Gespräch. Sie schlage nur immer wieder die unannehmbare Konföderation vor. Gradl bestreitet, daß die Bundesregierung mit einer absoluten Forderung nach Vorrangigkeit freier Wahlen naiv eine sowjetische Kapitulation verlange, betont aber die Unerläßlichkeit freier Wahlen im Prozeß der Wiedervereinigung.</p>	317

23. 01. 1958	<p>Erklärung des Abg. Schmid (Frankfurt) (SPD)</p> <p>Nach kritischen Bemerkungen zum Stil der Debatte kennzeichnet Schmid die Politik der Stärke als bedenklich und schlägt vor, das noch bestehende Kräftegleichgewicht für eine Verbesserung der Weltlage zu nutzen. Auf dem wichtigsten Gebiet, der Rüstungsbeschränkung, sollten, da eine umfassende Abrüstung keine Chance habe, Teillösungen, wie Atomversuchsstop und vor allem Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen, beraten werden. Statt der qualitativen oder quantitativen Abrüstungsmethoden empfiehlt Schmid regionale Lösungen, wobei die Wiedervereinigung allerdings leider eine vorherige Einigung der interessierten Mächte über den künftigen politischen und militärischen Status Deutschlands nötig mache. Er geht dann auf die Disengagement-Pläne für Mitteleuropa als mögliche Verhandlungsgrundlage ein und setzt sich kritisch mit der Diskussion um Rapackis und Kennans Vorschläge auseinander. Abschließend betont er, daß es keine andere Alternative gebe, als es zu verhandeln.</p>	325
23. 01. 1958	<p>Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer</p> <p>Bundeskanzler Adenauer widerspricht den Ansichten der Opposition. Er würdigt die NATO, die die kommunistische Expansion in Europa aufhalten konnte, obwohl der Kommunismus seine Weltherrschaftsansprüche nicht aufgegeben habe. Zum Abrüstungsproblem weist er auf die starre Haltung der Sowjetunion hin, die alle, auch die in der UNO gebilligten westlichen Vorschläge ablehnte. Mit Geduld jeden möglichen Weg zu einer kontrollierten Abrüstung zu suchen, nennt er die Richtlinie der deutschen Außenpolitik, bestreitet aber, daß die atomwaffenfreie Zone ein solcher Weg sei. Von der Zukunft erwartet er, daß die Sowjetunion in ihrer Arbeit eine Pause bis zu 30 Jahren einlegen müsse, die für die Erreichung einer kontrollierten Abrüstung genutzt werden könnte, in der Hoffnung, daß in der Sowjetunion am Ende der Gedanke kommunistischer Welteroberung abgeschwächt oder geschwunden sei. Dafür müsse der Westen sein wertvollstes Gut, die Einigkeit, bewahren.</p>	338
23. 01. 1958	<p>Erklärung des Abg. Erler (SPD)</p> <p>Erler geht von den drei Thesen aus, daß es mit dem Atomwetterüsten keine Sicherheit der Völker gebe, daß fremde Truppen auf deutschem Boden die Wiedervereinigung ausschließen und daß diese Truppenstationierung mit fortgesetztem Atomwetterüsten andauere. Hieraus leitet er die Aufgaben der Bundesrepublik ab, jede Teilnahme an diesem Wetterüsten zu vermeiden und ernsthaft alle Abrüstungsvorschläge zu prüfen, was bisher geschehen sei. Die Vorschläge Rapackis und Kennans diskutiert er als möglichen Ausgangspunkt für Abrüstung und Entspannung aber auch für die Wiedervereinigung.</p>	347
23. 01. 1958	<p>Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer</p> <p>Bundeskanzler Adenauer erklärt, daß er nicht, wie Erler behauptete, verlangt habe, die Sowjets sollten ihrer Ideologie abschwören, sondern nur von ihrem möglichen Verzicht auf den Weltherrschaftsanspruch gesprochen habe.</p>	359
23. 01. 1958	<p>Erklärung des Bundesministers Strauß</p> <p>Zu Anfang geht Bundesminister Strauß auf Erlers Thesen und die Erklärung Maiers ein. Er warnt vor einer Bagatellisierung der militärischen Gefahr und betont, daß nur der Rüstungsstand des Westens die Gefahr eines sowjetischen Überfalls gebannt habe. Deshalb dürfe der Westen diese Risiko für einen Angreifer nicht auflösen, wie es der Ollenhauer-Plan vorsehe. Falls die Sowjetunion Sicherheit wolle, könnten Verhandlungen zum Erfolg führen, falls sie aber Herrschaftsansprüche erhebe und mit ihren Vorschlägen nur den Westen schwächen und die Amerikaner aus Europa verdrängen wolle, sei eine Einigung unmöglich. Für einen nicht durch Erfindung immer neuer Pläne zu erreichenden Rückzug der Sowjets nennt Strauß drei, allein in sowjetischer Einsicht liegende Gründe. Er bejaht Verhandlungen, vorausgesetzt, die Sowjetunion wolle nicht nur Mißtrauen zwischen den Bündnispartnern säen. Ohnehin sei sie gegenwärtig mehr an bilateralen Gesprächen mit den Vereinigten Staaten interessiert. Deshalb müssten die Deutschen vor allem dafür sorgen, daß nicht politisches Mißtrauen die deutsch-amerikanischen Beziehungen belaste. Strauß erörtert den Rapacki-Plan, der gefährlich und deshalb abzulehnen sei. Abschließend beantwortet er Fragen nach den italienisch-französisch-deutschen Militärbesprechungen.</p>	359
23. 01. 1958	<p>Erklärung des Abg. Dehler (FDP)</p> <p>Dehler verwahrt sich gegen eine Diffamierung seiner Partei durch Bundesminister von Brentano. Er kritisiert die Haltung der Bundesregierung in den Fragen der atomaren Aufrüstung und der Wiedervereinigung und beschuldigt sie und den Westen der Fortsetzung des Kalten Krieges. Das bedeute den Verzicht auf politische Aktion. Im entscheidenden Teil seiner Erklärung sucht Dehler zu beweisen, daß die Politik der Bundesregierung unglaubwürdig sei und daß die Regierungspartei, die Bundesregierung und vor allem Bundeskanzler Adenauer die deutsche Wiedervereinigung nicht wahrhaft wollten; er nennt u. a. die nicht angenommenen Vorschläge Stalins vom März 1952, die von Adenauer gewollte Bindungsklausel um Deutschland-Vertrag und die im Gegensatz zu vorhergehenden Versprechen erfolgte Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion.</p>	374
23. 01. 1958	<p>Erklärung des Bundesministers von Brentano</p> <p>Bundesminister von Brentano weist den Vorwurf Dehlers, er habe die FDP diffamiert, zurück und erklärt, daß kein Abgeordneter das Recht habe, die Bundesregierung und die gesamte Außenpolitik für unglaubwürdig zu erklären.</p>	397

23. 01. 1958	Erklärung des Abg. Heinemann (SPD) In einem Rückblick weist Heinemann nach, wie die Bundesregierung, eine Politik der Stärke verfolgend, der Sowjetunion in die Hände gespielt und Möglichkeiten, zur Wiedervereinigung zu kommen, ausgeschlagen habe. Er beklagt, daß die Regierungspartei mit der „christlichen Parole“, d. h. Christentum gegen Marxismus, zu der politischen noch eine weiter Differenz zum Osten schaffe. Zwar erkennt er den mit dem Westen erreichten Ausgleich an, wirft Bundeskanzler Adenauer aber vor, ihn mit Ostfeindschaft verbunden zu haben. Es sei aber gerade die nicht durch die Rüstung lösbare Aufgabe, die Ablehnung des totalitären Systems mit der Bejahung gutnachbarlicher Beziehungen in Einklang zu bringen. Heinemann fragt geradezu, ob Bundeskanzler Adenauer nicht zurücktreten wolle. Auf die atomare Bewaffnung, die die Bundesregierung betreiben wolle, eingehend, bedauert er, daß von „Panikmache“ gesprochen werde, statt Proteste ernst zu nehmen. Er mahnt, jede Anregung, das Wettrüsten zu beenden, aufzugreifen.	399
23. 01. 1958	Erklärung des Abg. Krone (CDU/CSU) Krone widerspricht Argumenten Heinemanns und verurteilt die Erklärung Dehlers.	410
23. 01. 1958	Erklärung des Abg. Schmid (Hamburg) (SPD) Schmid stellt fest, daß die Bundesregierung die Frage, welcher Art ihre Rüstungsbesprechungen mit anderen NATO-Ländern gewesen seien, nicht eindeutig beantwortet habe. Die Ausführungen Dehlers und Heinemanns seien zwar kritisiert, aber nicht widerlegt worden.	412
23. 01. 1958	Erklärung des Abg. Höcherl (CDU/CSU) Höcherl kritisiert die Erklärungen der Opposition, vor allem die Dehlers und Heinemanns. Er erklärt, das angeblich so günstige sowjetische Angebot von 1952 habe unannehmbare Forderungen enthalten. Den Vorwurf, die Regierung habe eine Politik der Stärke betrieben, weist er mit dem Hinweis auf Sicherheitsbelange zurück.	413
23. 01. 1958	Erklärung des Abg. Erler (SPD) Erler nimmt zu einigen Punkten in Erklärungen von CDU/CSU-Abgeordneten Stellung. Er verlangt, Vorschläge von östlicher Seite wirklich zu prüfen und den Kampf für die Wiedervereinigung nicht dem Verlust der Sicherheit gegenüber zu stellen, sondern als einzigen Weg zur Sicherheit anzusehen.	418
23. 01. 1958	Erklärung des Abg. Cillien (CDU/CSU) Cillien kritisiert, daß Heinemann religiöse Fragen in die Diskussion gebracht und für die Politik als negatives Argument verwendet habe.	420
23. 01. 1958	Erklärung des Abg. Schneider (Bremerhaven) (DP) Auch Schneider verwarft sich dagegen, daß Heinemann Glaubensfragen diskutierte.	422
23. 01. 1958	Erklärung des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier Bundestagspräsident Gerstenmaier bittet darum, die Theologie aus der politischen Debatte herauszuhalten.	423
23. 01. 1958	Erklärung des Abg. Baron Manteuffel-Szoegé (CDU/CSU) An Heinemanns religiöse Argumentation anknüpfend, bekennt Manteuffel-Szoegé als seine Überzeugung, daß das Böse notfalls auch mit Atomwaffen bekämpft werden müsse.	423
23. 01. 1958	Erklärung des Abg. Heinemann (SPD) Heinemann widerspricht den gegen ihn erhobenen Vorwürfen.	424
23. 01. 1958	Erklärung des Abg. Mende (FDP) Mende weist den Vorwurf Krones, Dehler habe schlimmer als ein Kommunist gesprochen, zurück.	425
23. 01. 1958	Erklärung des Abg. Furler (CDU/CSU) Furler begründet den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU und der DP zur Beratung der Großen Anfrage der FDP-Fraktion. Er beantragt, den Antrag der Fraktionen der SPD und der FDP, mit Polen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu verhandeln, an den Auswärtigen Ausschuß zu überweisen. Er legt dar, daß die CDU/CSU den Antrag der SPD-Fraktion ablehnen werde.	425
23. 01. 1958	Erklärung des Abg. Mommer (SPD) Mommer erklärt das Einverständnis der SPD-Fraktion mit der Überweisung des die diplomatischen Beziehungen zu Polen betreffenden Antrags an den Auswärtigen Ausschuß. Er erläutert, daß die SPD den Antrag der Regierungsparteien als Verschleierung der wahren Absichten, nämlich die Politik der Stärke weiterzuführen, betrachte.	428
23. 01. 1958	Erklärung des Abg. Bucher (FDP) Namens seiner Fraktion schlägt Bucher vor, die vorliegenden drei Anträge dem Auswärtigen Ausschuß zu überweisen. Falls das nicht geschehe, könne die FDP dem SPD-Antrag zustimmen, müsse sich jedoch bei dem Antrag der CDU/CSU der Stimme enthalten.	429
23. 01. 1958	Erklärung des Abg. Schneider (Bremerhaven) (DP) Schneider weist Mommers Vorwurf, der Koalitionsantrag sei eine Verschleierung der wahren Absichten, zurück.	430
23. 01. 1958	Abstimmung über die eingebrachten Entschließungsanträge Eine Mehrheit des Parlaments stimmt nur bei dem die Beziehungen zu Polen betreffenden Antrag der Ausschußüberweisung zu, nimmt den Antrag der Regierungsparteien an und lehnt den der SPD ab.	430

27. 01. 1958	<p>Aus den Erklärungen des Ministerialdirektors von Eckardt und des Ministerialdirektors Grewe auf der Bundespressekonferenz</p> <p>Zunächst gibt Grewe Erläuterungen zur Bindungsklausel, und von Eckardt erklärt, daß Bundeskanzler Adenauer einer Intervention gegen die Klausel zustimme. Grewe bestätigt, daß in den sowjetischen Noten von 1952 mehrfach freie Wahlen erwähnt seien, ihre Stellung im Wiedervereinigungsprozeß der bisher nicht widerrufenen deutschen Forderung nach deren Vorrangigkeit jedoch nicht besprochen habe. Die Frage, ob die Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung durch freie Wahlen ganz Deutschland bindende Sicherheitsverpflichtungen eingehen könne, verneint Grewe. Er klärt ein Mißverständnis über den Eden-Plan auf. Den einen Vorschlag, der die Entmilitarisierung eines Gebietes in Mitteleuropa an die Wiedervereinigung Deutschlands binde, habe die Bundesregierung unterstützt. Nur gegen den anderen Vorschlag über ein Inspektionssystem habe sie Bedenken geäußert. Grewe betont, daß die Direktive von 1955 die Verpflichtung begründe, über Sicherheit und Wiedervereinigung auf der Basis freier Wahlen zu verhandeln. Es folgten noch Fragen nach Ost-West-Verhandlungen und dem Inhalt der deutschen Rüstungsbesprechungen mit anderen Ländern.</p>	431
28. 01. 1958	<p>Schreiben des Geschäftsträgers der UdSSR in der „DDR“, Astawin, an den Botschafter der Vereinigten Staaten in Bonn, Bruce</p> <p>Astawin weist die amerikanische Botschaft über die Behinderung von Flügen zurück. Er erklärt erneut, daß nur die „DDR“-Behörden für Fluggenehmigungen zuständig seien, daß aber die sowjetische Seite die Weiterleitung von Anträgen übernehmen wolle.</p>	444
29. 01. 1958	<p>Rundfunkansprache des Bundeskanzlers Adenauer</p> <p>Die Anschuldigungen Dehlers zurückweisend, legt Bundeskanzler Adenauer dar, daß die sowjetische Note vom März 1952 nur unannehmbare Forderungen enthalten habe, nicht jedoch das Angebot freier Wahlen, zu deren Priorität sich von 1951 – 1955 alle Parteien bekannt hätten. Nach dem Hinweis auf sowjetische Äußerungen, die Sowjetunion habe niemals freie Wahlen angeboten, und der Erinnerung, daß es nur durch die Schaffung der Bundesrepublik Deutschland gelungen sei, für deren Bewohner Frieden und Freiheit zu retten, betont er, daß Verhandlungen der einzige Weg zur Lösung der Probleme seien. Auf seinen Vorschlag, auf diplomatischem Wege eine Annäherung zu versuchen, habe die sowjetische Regierung jedoch nicht reagiert. Das Auftreten der Opposition müsse seinen Bemühungen schaden, da es in der Sowjetunion die Hoffnung nähre, ihr Ziel der Bolschewisierung Deutschlands durch die Spaltung der demokratischen Parteien zu erreichen.</p>	445
29. 01. 1958	<p>Interview des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, mit A. Springer und H. Zehrer in Moskau</p> <p>Chruschtschow beantwortet Fragen zum Problem der Wiedervereinigung Deutschlands mit den geläufigen sowjetischen Argumenten, daß die Bundesrepublik Deutschland u. a. der Konföderation beider deutscher Staaten und der Entspannung in Europa zustimmen müsse. Die Beseitigung der Spannung in Berlin hält er für notwendig und, falls die Bundesregierung und der „Westberliner Magistrat“ eine für beide Seiten annehmbare Lösung wünschten, auch für, erreichbar. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion bezeichnet er als nützlich und entwicklungsfähig, wenn die Bundesregierung sie nicht behindere. Von den gegenwärtig laufenden Verhandlungen erwarte er positive Ergebnisse.</p>	449
29. 01. 1958	<p>Stellungnahme der Regierung der „DDR“ zu den Vorschlägen der UdSSR vom 8. Januar 1958</p> <p>Die Regierung der „DDR“ stellt die ablehnende Haltung der Westmächte gegenüber der umfassenden Lösung internationaler Probleme fest. Sie billigt uneingeschränkt die sowjetischen Vorschläge. Die Bundesrepublik Deutschland beschuldigt sie einer aggressiven Politik. Sie erinnert an ihre eigenen Angebote zur Lösung der deutschen Frage und zur Entspannung.</p>	461
30. 01. 1958	<p>Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer an die Abg. Gotthelf (SPD)</p> <p>Bundeskanzler Adenauer bezeichnet die Anklagen der Abg. Gotthelf als unwahre Behauptungen. Er betont, daß die Bundesregierung Entspannung durch allgemeine kontrollierte Abrüstung und Verhandlungen anstrebe, Vorschläge, die sie für gefährlich halte, jedoch nicht annehmen könne. Er habe zwar Verständnis für die Sorgen der Frauen und Mütter, müsse aber den Versuch, „mit unrichtigen Behauptungen innerpolitische Geschäfte“ zu machen, zurückweisen.</p>	467
30. 01. 1958	<p>Aufsatz von Professor Drath: Zum Status von Berlin</p> <p>Prof. Drath nimmt zu Prof. Krögers Berlin-Aufsatz Stellung und widerlegt zwei seiner Behauptungen. Er stellt fest, daß der Parlamentarische Rat nicht auf Ermächtigung der Militärgouverneure gehandelt und seine Kompetenzen nicht überschritten haben könne, weil die verfassungsgebende Gewalt nur auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhe. Außerdem sei Krögers Begründung, nach der Berlin zur sowjetischen Besatzungszone gehöre, eine durch nichts gerechtfertigte Argumentation.</p>	468

31. 01. 1958	Rundfunk- und Fernsehansprache des Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer Ollenhauer kritisiert, daß Bundeskanzler Adenauer im Rundfunk auf die Vorwürfe der Opposition antwortete. Die Zweifel an der Politik der Bundesregierung seien aufgekommen, weil sie sowohl Ratschläge, vor Einbeziehung Deutschlands in die NATO mit der Sowjetunion zu verhandeln, als auch Empfehlungen, alle Entspannungsvorschläge als Verhandlungsgrundlage zu prüfen, abgelehnt habe und sogar erkennen lasse die Bundesrepublik in die atomare Aufrüstung einzubeziehen. Er fragt, wie Bundeskanzler Adenauer so verhandeln wolle, und stellt fest, daß die Fortsetzung des Wettrüstens die Spaltung Deutschlands verewige, während nur Verhandlungen zu einer Lösung der Probleme führen könnten.	471
31. 01. 1958	Aus dem Interview des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, mit dem Korrespondenten der Zeitung „The Times“, J. McDonald Chruschtschow, der eine Verschiebung der Gipfelkonferenz für möglich hält, befürwortet eine gute Vorbereitung, auch durch die Außenminister. Er lehnt dann aber eine vorbereitende Außenministerkonferenz mit der Begründung ab, einige Minister wollten die Entspannung nicht. Deshalb sei die Vorbereitung über diplomatische Kanäle besser. Bei der späteren Ausführung von Konferenzbeschlüssen durch die Außenminister werde die öffentliche Meinung, die für Konferenz und Entspannung sei, einen Boykott erschweren. Den Rapacki-Plan bezeichnet er als einen ersten Schritt zu einer umfassenden Abrüstung.	475
01. 02. 1958	Rede des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier auf dem Landesparteitag der CDU Württembergs in Stuttgart Einleitend skizziert Bundestagspräsident Gerstenmaier den Status quo des dreigeteilten Deutschland. Im ersten Abschnitt seiner Rede würdigt er die Schaffung der freien und rechtsstaatlichen Bundesrepublik Deutschland, vor allem durch die Politik Bundeskanzler Adenauers, dem das Fortbestehen des Status quo nicht angelastet werden könne, wie es die Opposition tue. Im zweiten Teil widerlegt er im einzelnen die Vorwürfe Dehlers, Heinemanns und Ollenhauers. Er bekennt sich zu ernsthaften deutsch-sowjetischen Verhandlungen.	478
01. 02. 1958	Rundfunkansprache des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der FDP, Mende Mende, der die Rundfunkrede Bundeskanzler Adenauers ebenfalls als eine Mißachtung des Parlaments verurteilt, kommt zu dem Schluß, daß die Regierung auf eine wirkliche Wiedervereinigungspolitik verzichte, wenn sie, ohne einen eigenen Plan zu entwickeln, alle anderen Pläne nur ablehne.	498
01. 02. 1958	Bericht über ein Gespräch des Ministerpräsidenten Nehru mit einem Korrespondenten der Zeitung „Neues Deutschland“ Ministerpräsident Nehru erwartet vor der Schaffung atomwaffenfreier Zonen u. a. eine Erleichterung der Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten, so daß die Wiedervereinigung durch weitere Schritte, eventuell durch eine Konföderation, erreicht werden könne. Eine Erweiterung der Beziehungen zwischen Indien und der „DDR“ würde er begrüßen. Er hält die Aufrüstung der Bundesrepublik für gefährlich. Von einer Gipfelkonferenz erhofft er neue Impulse für die Abrüstung. Eine amerikanisch-sowjetische Verständigung nennt er im Interesse des Friedens das wichtigste.	501
01. 02. 1958	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Präsident Eisenhower Zu Präsident Eisenhowers Schreiben vom 12. Januar wiederholt Ministerpräsident Bulganin zunächst die sowjetischen Verhandlungsvorschläge. Er weist die Bemerkung, die vorgeschlagenen sowjetischen Maßnahmen seien bereits durch die UNO-Charta garantiert und deshalb überflüssig, mit dem Hinweis auf eine notwendige Stärkung der Vereinten Nationen zurück. Zu den amerikanischen Gegenvorschlägen äußert er sich ablehnend. Abschließend betont er erneut, daß die Sowjetunion die Vorbereitung der Gipfelkonferenz durch die Außenminister ablehne.	502
01. 02. 1958	Kommuniqué über Besprechungen zwischen Außenminister Gromyko und Außenminister Rapacki in Moskau Das Kommuniqué faßt die Ergebnisse der Besprechungen über die Themen Gipfelkonferenz und Rapacki-Plan, Kontrollsystem für die atomwaffenfreie Zone sowie Möglichkeit und Notwendigkeit ihrer Realisierung zusammen.	510
03. 02. 1958	Schreiben des Geschäftsträgers der UdSSR in der „DDR“, Astawin, an den Botschafter der Vereinigten Staaten in Bonn, Bruce Astawin weist den amerikanischen Protest gegen den Aufmarsch von Kampftruppen in Ost-Berlin mit dem Hinweis auf die Souveränität der „DDR“ als unbegründet zurück.	511
04. 02. 1958	Aus der Erklärung des Senators Humphrey im amerikanischen Senat Die Spaltung Deutschlands, die sowjetische Herrschaft in Osteuropa und die in beidem liegende Gefahr nennt Humphrey die großen Probleme der europäischen Sicherheit. Amerika begegne ihnen einzig mit dem Vorschlag, Westeuropa mit Raketen auszurüsten, während eher Truppen- und Rüstungsbeschränkungen erwogen werden müssten, allerdings nur nach Beratungen mit der Bundesrepublik Deutschland. Er fordert die amerikanische Regierung auf, sowohl Abrüstungsvorschläge des Senats als auch Kennans zu berücksichtigen. Es gebe nämlich bei den Verbündeten bereits starke Kräfte, die den Abzug fremder Truppen aus Deutschland und Osteuropa befürworteten, weshalb zu bedenken sei, wo sonst amerikanische Truppen stationiert werden könnten. Bei einem Truppenabzug werde Deutschland nicht zum Kommunismus umschwenken; es sei jedoch denkbar, daß einem sowjetischen Abzug politische Erhebungen im Osten erfolgten.	512

05. 02. 1958	Bericht über ein Gespräch des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier mit dem Bonner Korrespondenten der „Stuttgarter Zeitung“ Bundestagspräsident Gerstenmaier macht den Vorschlag, den Abschluß eines Friedensvertrages zum wesentlichen Programmpunkt der deutschen Politik und zum Tagesordnungspunkt von Ost-West-Konferenzen zu erheben. Unter dieser Bedingung könne er die neuen sowjetischen Verhandlungsvorschläge akzeptieren; darin liege wahrscheinlich die einzige Möglichkeit, die Deutschlandfrage mit sowjetischer Zustimmung wieder in die internationale Diskussion zu bringen. Neben dem Hauptpunkt des zu erörternden Friedensvertrages stünden die Fragen des politischen Gesamtstatus Deutschlands auf der Basis völliger Integrationsfreiheit, der Grenzen Deutschlands und seines militärischen Status. Alle drei Punkte seien mit einem internationalen Sicherheitssystem vereinbar.	514
05. 02. 1958	Aus einer Pressekonferenz des Präsidenten Eisenhower Präsident Eisenhower gibt zu verstehen, daß grundlegende Aussprachen auf niedriger Ebene vor einem Gipfeltreffen stattfinden müssten. Er erinnert daran, daß die Sowjetunion auf keinen seiner Vorschläge positiv reagiert habe, mit der einen Ausnahme, durch die Schaffung einer Zone ein Mittel gegen Überraschungsangriffe zu finden. Allerdings dürfe Amerika darüber nur diskutieren, wenn alle Betroffenen eine solche Zone wünschten. Das Problem sei, daß Mitteleuropa in Reichweite der sowjetischen Waffen liege. Deshalb müßten die Sicherheitsbelange der NATO-Partner voll berücksichtigt werden.	515
06. 02. 1958	Kommuniqué über das 35. Plenum des ZK der SED Das Kommuniqué teilt mit, daß im Mittelpunkt der Beratungen die Vorbereitung des 5. Parteitages stand, die im Zeichen der Weiterentwicklung der Partei auf marxistisch-leninistischer Grundlage erfolgen müsse. Es erläutert die Aufgaben im einzelnen.	516
08. 02. 1958	Erklärung der indischen Regierung zu dem Gespräch des Ministerpräsidenten Nehru mit einem Korrespondenten der Zeitung „Neues Deutschland“ Die indische Regierung erklärt, ihre Haltung zur Deutschlandfrage habe sich nicht gewandelt; die Entscheidung liege beim deutschen Volk selbst. Eine Konföderation habe Ministerpräsident Nehru nicht als Bedingung, sondern höchstens als eine von mehreren Möglichkeiten bejaht. Was er über die Aufrüstung der Bundesrepublik als Gefahrenquelle gesagt habe, müsse im Zusammenhang mit der laufenden Diskussion über die Probleme der Verteilung von Atomwaffen und der Errichtung von Raketenbasen gesehen werden.	518
08. 02. 1958	Schreiben des Premierministers Macmillan an Ministerpräsident Bulganin In Beantwortung des Schreibens vom 8. Januar erklärt sich Premierminister Macmillan zur Teilnahme an einer Gipfelkonferenz, auf der nicht nur die sowjetischen Vorschläge, sondern auch die anderer Staaten erörtert werden müßten, bereit, allerdings nur nach sorgfältiger Vorbereitung durch eine Außenministerkonferenz oder vertrauliche diplomatische Gespräche. Falls eines dieser beiden Vorschläge für die betreffenden Regierungen annehmbar sei, könnten deren diplomatische Vertreter in Moskau mit eingehenden Vorbereitungen beginnen. Entgegen der sowjetischen Ansicht halte er die Vorbereitung für wichtig, damit die Hoffnungen der Völker nicht enttäuscht würden. In dem Wunsch, den Frieden zu erhalten, wisse er sich mit der Sowjetunion einig.	519
10. 02. 1958	Schreiben des Bundesvorstandes des FDGB an den Bundesvorstand des DGB Da sich sowohl der FDGB als auch der DGB gegen Wettrüsten und Krieg ausgesprochen hätten, schlägt der FDGB vor, sich über gemeinsame Initiativen zu verständigen, um eine Entscheidung gegen die atomare Aufrüstung und für eine atomwaffenfreie Zone herbeizuführen.	520
10. 02. 1958	Erklärung des amerikanischen Außenministeriums über eine Besprechung zwischen Staatssekretär Dulles und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, in Washington Staatssekretär Dulles versichert, Wohlfahrt und Aufstieg Berlins seien von unmittelbarem Interesse für die Vereinigten Staaten, die besonders für den freien Zugang von Personen und Gütern von und nach Berlin einträten.	523
11. 02. 1958	Kommentar der „Diplomatischen Korrespondenz“: Gipfelkonferenz ohne Deutschlandfrage? Der Kommentar erklärt die Vorstellung einiger deutscher Politiker, Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone und Truppenreduzierung brächten automatisch die Deutschlandfrage ins Gespräch, im Hinblick auf die Wiedervereinigung für illusionär. Unbegründet sei auch die Hoffnung, die kernwaffenfreie Zone rückt die Wiedervereinigung näher, oder die Behauptung, ein Truppenabzug verändere die Situation Berlins nicht. Für dessen Sicherheit sei die Anwesenheit westlicher Truppen unerlässlich. Der Kommentar unterstreicht den unabdingbaren Zusammenhang zwischen Friedensvertrag und Wiedervereinigung, den auch Bundestagspräsident Gerstenmaier in seinem Vorschlag nicht negiert habe. Die sowjetische These von der Beteiligung zweier deutscher Staaten an Friedensverhandlungen verstoße eindeutig gegen das Potsdamer Abkommen.	524

13. 02. 1958	Schreiben des Außenministers Pineau an Außenminister Gromyko Außenminister Pineau wiederholt die Empfehlung der französischen Regierung, die Gipfelkonferenz auf Außenministerebene vorzubereiten. Er betont, daß die Zusammenkunft um so nützlicher wäre, als die diplomatischen Fühlungen nicht ermutigend seien, da jede Seite auf ihrer eigenen Tagesordnung beharre; dabei gebe es bei den jeweiligen Vorschlägen sich ergänzende Punkte. Schließlich unterstreicht er die Notwendigkeit der Verknüpfung politischer und psychologischer Voraussetzungen für den Erfolg eines Treffens. Die Haltung der Sowjetunion, Frankreich zu beschuldigen und anzugreifen, scheine ihm im Gegensatz zu dem Streben nach Annäherung zu stehen.	526
14. 02. 1958	Verordnung des Magistrats von Groß-Berlin über die Anwendung des Gesetzes über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der „DDR“	528
14. 02. 1958	Memorandum der Regierung der Volksrepublik Polen zur Frage der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa In Anbetracht des breiten Echos auf den Rapacki-Plan unterbreitet die polnische Regierung eine detaillierte Weiterentwicklung ihrer Vorschläge, und zwar hinsichtlich des Inhalts der Verpflichtungen aller Staaten, des Kontrollsystems und der Form der Verpflichtungen. Sie schlägt vor, mit Gesprächen zu beginnen.	529
15. 02. 1958	Interview des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, für die „Süddeutsche Zeitung“ Thema des Interviews ist die Wiedervereinigung Deutschlands durch eine Konföderation, die, wie Ulbricht ausführt, durch einen völkerrechtlichen Vertrag zustandekommen sollte, der zunächst keine über beiden Staaten stehende Gewalt vorsehe, sondern einen Gesamtdeutschen Rat mit nur beratender Funktion. Den Staatenbund bezeichnet Ulbricht als den einzig möglichen Weg. Er zählt Voraussetzungen und Aufgaben der Konföderation auf und weist den Vorschlag, als Vorleistung die Einheit Berlins wieder herzustellen, zurück. Die Ausdehnung der „sozialen Errungenschaften“ sei keine Vorbedingung, darüber hätten die westdeutschen Werktätigen selbst zu entscheiden. Für gesamtdeutsche Wahlen habe der paritätisch besetzte Gesamtdeutsche Rat das Wahlverfahren zu erörtern. Die „DDR“ bestehe nicht auf ihrem Wahlsystem, wenn auch die Bundesrepublik nicht auf dem ihren beharre, und bekenne sich zu geheimen Wahlen. Wie sich die Vertreter im Rat verständigen, hänge von der Entwicklung in der Bundesrepublik ab, in der heute eine „militärisch-klerikale Ordnung“ bestehe.	533
15. 02. 1958	Schreiben des Präsidenten Eisenhower an Ministerpräsident Bulganin Präsident Eisenhower äußert Zweifel am Nutzen der brieflichen Erörterung der Probleme. Die Sowjetunion habe seine Vorschläge, die er noch einmal erläutere, zurückgewiesen und nur die ihren gelten lassen, obwohl er seine Bereitschaft erklärt habe, die sowjetischen Vorschläge zu erörtern. Er empfiehlt erneut, den Gedankenaustausch durch die Botschafter oder Außenminister fortzusetzen, und betont, daß Vorbereitungen jeder Art die Teilnahme des amerikanischen Außenministers erforderten. Er bedauert die zunehmenden sowjetischen Anschuldigungen gegen die Vereinigten Staaten. Da sie vielleicht tatsächlich auf falschen Vorstellungen beruhten, schlägt er der sowjetischen Regierung vor, über den vorgesehenen Austausch von Technikern und Spezialisten hinaus weitere Bürger nach Amerika zu entsenden, damit sie die Wirklichkeit richtig kennenlernten. Abschließend bekräftigt er den trotz Vorwürfen und kommunistischen Machtansprüchen fortbestehenden Verständigungswillen der Vereinigten Staaten.	541
15. 02. 1958	Aus dem Bericht über ein Gespräch des Ersten Sekretärs des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gomulka, mit einem Korrespondenten der Zeitung „The Times“ Gomulka erklärt, daß Polen nicht zwischen den Blöcken, sondern fest im sozialistischen Lager stehe, aber kein Befehlsempfänger der Sowjetunion sei, wie der Rapacki-Plan beweise. Diesen mit der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands, die die Anerkennung der „DDR“ erfordere, zu verbinden, nennt er unrealistisch. Er unterstreicht aber, daß der Plan über eine Verminderung der Spannung zur Wiedervereinigung beitragen könne, die sein Land jedoch nicht als Hauptproblem der Entspannung ansehe. Ein vereinigtes Deutschland dürfe nicht der NATO angehören, solle aber auch nicht gegen den Westen ausgespielt werden. Wegen des deutschen Anspruchs auf die polnischen Westgebiete sei Polen zur Vorsicht gezwungen. Ob Deutschland neutralisiert werden solle, hänge von der Art der Neutralisierung ab. Doch sei diese Frage noch nicht spruchreif, denn alle mit ihr beginnenden Ost-West-Gespräche seien zum Scheitern verurteilt.	546
00. 02. 1958	Artikel von L. Besymenskij: Die Lehren einer Bonner Debatte Besymenskij betrachtet die außenpolitische Aussprache vom 23. Januar unter dem Aspekt, daß Heinemanns und Dehlers Kritik an der Bundesregierung gerechtfertigt sei. Er kommt zu dem Schluß, daß die Fortsetzung der Politik der Stärke gefährlich und die Anerkennung der „DDR“ für die Wiedervereinigung unumgänglich sei. Zweifellos gäre es in der Bundesrepublik; welche Folgen das haben werde, sei aber noch ungewiß.	549

16. 02. 1958	Kampfplan der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für das Jahr 1958 Der Plan erläutert im einzelnen drei „Kampfaufgaben“, und zwar erstens, der Volksbewegung für Frieden und Verständigung beider deutscher Staaten in ganz Deutschland zum Siege zu verhelfen, zweitens, die Bevölkerung der „DDR“ für Erfüllung und Übererfüllung der sozialistischen Pläne zu gewinnen, und drittens, die „Volksinitiative“ mit den „Menschheitsideen des Friedens und des Sozialismus zu beflügeln“.	553
18. 02. 1958	Kommentar des Sozialdemokratischen Pressedienstes: Polens neue Initiative Der Kommentar unterstreicht die Bedeutung des polnischen Memorandums mit dem präzisierten Rapacki-Plan und kommt zu dem Ergebnis, daß eine Ablehnung des polnischen Vorschlags weder militärisch noch politisch zu rechtfertigen sei.	558
19. 02. 1958	Rundfunkansprache des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier Nach Bemerkungen zum Stand der internationalen Diskussion kritisiert Bundestagspräsident Gerstenmaier die verschärfte innerdeutsche politische Auseinandersetzung. Nicht jede Überlegung dürfe gleich als Aufweichung diffamiert werden, weil eine Lösung der Deutschlandfrage, die ohnehin ein Kompromiß sein werde, die Prüfung von Ideen und Anregungen nötig mache. Aufweichung sei aber alles, was die Verhandlungsposition des Westens schwäche. Gegenwärtig richteten sich Hoffnungen auf den präzisierten Rapacki-Plan, der jedoch für Deutschland unannehmbar bleibe. Trotzdem seien die Ideen Rapackis nicht nur Material für Verhandlungen sondern auch kritische Anregung für Gegenvorschläge der deutschen Politik. Deren Aufgabe sei es, für die Behandlung der Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland auf einer kommenden Ost-West-Konferenz zu sorgen. Abschließend betont Gerstenmaier, es sei Aufgabe des deutschen Volkes, die östlichen Nachbarn davon zu überzeugen, daß Pankow einer Verständigung im Wege stehe.	559
19. 02. 1958	Erklärung der Regierung der UdSSR zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa Die sowjetische Regierung erklärt, daß sie den Vorschlag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone als einen Anfang zur Beseitigung der Atomkriegsgefahr begrüße und voll unterstütze, wenn auch die Bundesrepublik Deutschland wie die anderen betroffenen Staaten zustimme. Außerdem sei sie bereit, die Verpflichtung zu übernehmen, weder ihre eigenen noch die Truppen anderer Staaten in diesem Gebiet mit Kern- und Raketenwaffen auszurüsten, wenn die drei Westmächte das gleiche täten.	563
19. 02. 1958	Aus der Erklärung des Abg. Gaitskell im britischen Unterhaus Von der Vorstellung ausgehend, Aufstände in den Ostblockstaaten bedeuten eine erhebliche Gefahr, wenn die Rüstung nicht beschränkt würde, erörtert Gaitskell die Notwendigkeit des Disengagement. Den Rapacki-Plan bezeichnet er als Diskussionsgrundlage und Anregung, eigene Vorschläge vorzulegen. Die der Opposition erläutert er als einen Komplex von fünf Abkommen. Der Kritik begegnet er mit dem Argument, erst einmal zu verhandeln.	565
20. 02. 1958	Interview des Bundesministers Lemmer für die „Süddeutsche Zeitung“ Lemmer äußert sich zu den im Ulbricht-Interview angesprochenen Problemen. Er führt aus, daß eine Konföderation unmöglich sei, solange nicht eine demokratische Angleichung durch freie Wahlen in der „DDR“ stattgefunden hätte. Er erläutert, wie er sich die Intensivierung innerdeutscher Kontakte vorstellt. Für den Prozeß der Wiedervereinigung kommt er zu der Reihenfolge: Einigung der Mächte über die Deutschlandfrage, Schaffung einer deutschen Wahlkommission mit begrenzten Aufgaben, Abhaltung freier Wahlen. Abschließend betont er, es für keinen ernsthaften Versuch an politischer Elastizität fehlen zu lassen.	569
21. 02. 1958	Bericht über den Fünf-Punkte-Plan des Bundesministers Strauß Die Fortsetzung der bisherigen Verteidigungspolitik zugrunde legend, sieht Bundesminister Strauß die Möglichkeit, über fünf Fragen zu verhandeln, und zwar über die geographische Ausdehnung einer militärisch verdünnten, atomwaffenfreien Zone und die Bedingungen, die für ihre Realisierung zu erfüllen sind.	576
22. 02. 1958	Der „Berliner Plan“ von Professor Meder In acht Punkten entwickelt Prof. Meder einen Wiedervereinigungsplan, in dem das formell noch unter Vier-Mächte-Kontrolle stehende Berlin die Funktion des vermittelnden Dritten zwischen zwei Teilregierungen haben soll, so daß Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ keine diplomatische Anerkennung bedingen.	578
22. 02. 1958	Meldung der Zeitung „Die Welt“: Bonn will nicht mit Warschau verhandeln „Die Welt“ teilt mit, daß die Bundesregierung auch nach dem polnischen Memorandum ihr negatives Urteil über den Rapacki-Plan nicht geändert habe. Sie berichtet über Gesichtspunkte und Perspektiven für künftige Ost-West-Verhandlungen.	581
24. 02. 1958	Aide-mémoire der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der Volksrepublik Polen Zu dem polnischen Aide-mémoire vom 13. Februar erklärt die Bundesregierung, daß sie Verhandlungen über den Rapacki-Plan ohne Zusammenhang mit der Frage der Wiedervereinigung ablehnen müsse. Sie kenne keinen anderen Weg zu einer europäischen Sicherheit als den, die Sowjetunion immer wieder an die Vier-Mächte-Verantwortung zu erinnern, wofür sie eine polnische Unterstützung begrüßen würde. Das polnische Memorandum wolle sie sorgfältig studieren.	582

24. 02. 1958	Interview des Abg. Wehner (SPD) für die „Süddeutsche Zeitung“ Wehner erläutert ebenfalls seine Ansichten zu den in dem Ulbricht-Interview aufgeworfenen Fragen. Eine Konföderation lehnt er nicht grundsätzlich ab. Er legt dar, wie über eine deutsche Wirtschaftsgemeinschaft in Etappen die Wiedervereinigung erreicht werden könnte. Ähnlich wie Lemmer setzt er einen Grundsatzbeschuß der vier Mächte voraus, der eine Beteiligung beider deutscher Seiten erfordere und der erleichtert würde, wenn beide Teile Deutschlands einer atomwaffenfreien Zone angehörten. Er äußert die Erwartung, daß sich Ulbricht wirklich ernstgemeinten Angeboten auf die Dauer nicht werde entziehen können. Gegenwärtig befinde sich die Wiedervereinigungspolitik in einer Sackgasse. Abschließend gibt Wehner zu verstehen, er sehe für die politische Praxis keine andere Möglichkeit als die Anerkennung der bestehenden Verhältnisse im geteilten Deutschland.	583
25. 02. 1958	Große Anfrage der Fraktion der FDP betreffend Gipfelkonferenz und atomwaffenfreie Zone Die Anfrage fordert Auskunft über die Bereitschaft der Bundesregierung, sich für die Erörterung der Deutschlandfrage auf einer Gipfelkonferenz einzusetzen und in der Frage der atomwaffenfreien Zone aktiv zu werden.	589
26. 02. 1958	Rundfunkansprache des Bundestagsvizepräsidenten Schmid Schmid würdigt die zahlreichen „Pläne“ als Versuche, über die internationalen Probleme ins Gespräch zu kommen. Er begründet die Schwerpunktverlagerung von der Politik der Stärke über eine Entspannung der politischen Lage durch Regelung strittiger Gebietsfragen zur Abrüstung. Er legt dar, welche Bedeutung die Realisierung von Teillösungen, z. B. nach den Plänen Rapackis und Kennans, für die Deutschlandfrage haben könnte.	590
27. 02. 1958	Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betreffend die deutsche Frage auf künftigen internationalen Konferenzen Die Anfrage wünscht Aufklärung über die Einstellung der Bundesregierung zu Problemen der Deutschlandfrage und über ihre Initiativen bei den NATO-Partnern.	593
28. 02. 1958	Schreiben des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier an den Vorsitzenden der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik, Fierlinger In seiner Antwort auf Fierlingers Schreiben vom 17. Januar verweist Gerstenmaier auf die parlamentarische und öffentliche Debatte, die die Einstellung der Deutschen zu den angesprochenen Problemen verdeutliche. Das Antwortschreiben Bundeskanzler Adenauers an Ministerpräsident Bulganin lege die Politik der Bundesregierung dar.	594
28. 02. 1958	Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der „DDR“ Die Erklärung verweist auf die vorbehaltlose Zustimmung der Regierung der „DDR“ zu dem polnischen Memorandum. Die westdeutschen Einwände gegen den polnischen Plan interpretiert sie als Versuche, ihn zum Scheitern zu bringen. Sie betont die Verantwortung der westdeutschen Bevölkerung, die Realisierung der atomwaffenfreien Zone durchzusetzen, z. B. durch die von der „DDR“ vorgeschlagene Volksabstimmung.	594
28. 02. 1958	Aide-mémoire der Regierung der UdSSR an die Regierung der Vereinigten Staaten Unter Berufung auf mannigfache Zustimmung hebt die sowjetische Regierung hervor, daß bald eine Konferenz auf höchster Ebene stattfinden sollte. Sie stimmt jetzt auch einer vorbereitenden Außenministerkonferenz zu und macht Vorschläge über deren Termin, Aufgaben und Zusammensetzung. Sie wiederholt ihre Verhandlungsvorschläge und erklärt sich bereit, einige von Präsident Eisenhower vorgeschlagene Themen zu erörtern, u. a. einen Friedensvertrag mit Deutschland. Eine Diskussion über die Verhältnisse in den Ostblockstaaten lehnt sie entschieden ab.	597
01. 03. 1958	Schreiben des Außenministers Gromyko an Außenminister Pineau In Beantwortung des Schreibens von Außenminister Pineau teilt Außenminister Gromyko das Einverständnis seiner Regierung mit einer die Gipfelkonferenz vorbereitenden Außenministerkonferenz und ihre Vorstellungen über Zeit, Ort, Aufgaben und Zusammensetzung mit. Zur Tagesordnung einer Gipfelkonferenz unterstreicht er die Notwendigkeit, nur von beiden Seiten akzeptierte Fragen zu diskutieren. Er widerspricht der Ansicht Pineaus über einander ergänzende Punkte in den jeweiligen Vorschlägen. Die Vorwürfe über sowjetische anti-französische Äußerungen weist er zurück und betont die Bedeutung einer Intensivierung der französisch-sowjetischen Beziehungen.	600
02. 03. 1958	Bericht über ein Gespräch des Ersten Sekretär des ZK der SED, Ulbricht, mit britischen Unterhausabgeordneten in Leipzig Die Fragen der Abrüstung und Entspannung, der Wirtschaftsbeziehungen und der Wiedervereinigung sind Themen des Gesprächs, in dem die britischen Abgeordneten weitgehend Ulbrichts Ansichten beipflichten.	604

03. 03. 1958	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Präsident Eisenhower In seiner Antwort auf Präsident Eisenhowers Schreiben vom 15. Februar weist Ministerpräsident Bulganin den Vorwurf, die Sowjetunion wolle nur ihre Vorschläge diskutieren, zurück. Sie sei vielmehr bereit, einige der von Präsident Eisenhower vorgeschlagenen Fragen zu erörtern, und stimme einer vorbereitenden Außenministerkonferenz zu. Mit dem Hinweis auf einen seiner Meinung nach bestehenden Widerspruch in der westlichen Haltung, den Willen zur Entspannung zu versichern, aber gleichzeitig militärische Vorbereitungen zu treffen, äußert Bulganin seine Besorgnis über die Konferenzvorbereitungen. Dann geht er auf das Problem der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen ein, die trotz des ideologischen Gegensatzes gut sein könnten. Gegen Erklärungen bestimmter amerikanischer Kreise für einen „Präventivkrieg“, die die amerikanische Regierung nicht verurteilt habe, müsse aber die Sowjetunion ebenso protestieren wie gegen die Behauptung, sie sei für die überwiegend militärische Nutzung der Kernenergie verantwortlich.	605
03. 03. 1958	Memorandum der Regierung der UdSSR an die Regierung der Volksrepublik Polen Die Sowjetregierung stimmt den in dem polnischen Memorandum enthaltenen Vorschlägen vorbehaltlos zu und erklärt sich erneut bereit, alle daraus sich ergebenden Verpflichtungen zu übernehmen.	613
04. 03. 1958	Aus einer Pressekonferenz des Staatssekretärs Dulles in Washington Staatssekretär Dulles meint, der Briefwechsel zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten sei zur Klärung entscheidender Fragen unentbehrlich gewesen. Er wisse aber nicht, wie die Antwort auf die Kernfrage, ob eine erfolgreiche oder nur propagandistische Gipfelkonferenz beabsichtigt sei, lauten werde. Eine Erörterung der Wiedervereinigung Deutschlands bezeichnet er zwar nicht als absolute Vorbedingung, gibt aber zu verstehen, daß ihm eine Gipfelkonferenz nur dann sinnvoll erscheine, wenn sie an die vorangehende, die die Deutschlandfrage behandelt habe, anknüpfe.	615
05. 03. 1958	Erklärung der SPD zur außenpolitischen Lage Die Erklärung fordert die Bundesregierung auf, die Bemühungen um eine Gipfelkonferenz aktiv zu fördern und vor allem alles zu unterlassen, was zu einer atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik führen könnte.	616
05. 03. 1958	Kommuniqué über die Sitzung des Rates der WEU Das Kommuniqué berichtet über die Beratungen zu Fragen der gemeinsamen Forschung, Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern, der Atomwaffenkontrolle und der Verteidigung. Es teilt mit, daß sich der Rat in einer Geheimsitzung mit den letzten Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis befaßte.	617
06. 03. 1958	Aus dem Interview des Bundesministers von Brentano für den Südwestfunk Bundesminister von Brentano bestätigt, daß die Außenminister der WEU auf ihrer Tagung in Rom übereinstimmend die diplomatische Vorbereitung einer Gipfelkonferenz und eine vorbereitende Außenministerkonferenz befürworten, deren Zuständigkeit jedoch nicht auf bestimmte, nur einer Seite genehme Fragen beschränkt werden dürfe. Auch die Deutschlandfrage, die nicht nur ein deutsches Problem, sondern Ausdruck der internationalen Spannung sei, müsse beraten werden.	617
06. 03. 1958	Aide-mémoire der Regierung der Vereinigten Staaten an die Regierung der UdSSR In ihrer Stellungnahme zu dem sowjetischen Memorandum vom 28. Februar begrüßt die Regierung der Vereinigten Staaten die sowjetische Zustimmung zu einer Außenministerkonferenz und legt dar, daß diese außer organisatorischen auch sachliche Probleme beraten sollte. In fünf Punkten erläutert sie ihre Vorstellungen zur Tagesordnung der Gipfelkonferenz, die an die Genfer Konferenz von 1955 anknüpfen müsse. Sie äußert die Ansicht, daß ohne Erörterung der Hauptursachen der internationalen Spannung, wozu die sowjetische Unterstützung des Weltkommunismus, aber auch die Deutschlandfrage und die Lage in den Ostblockstaaten gehöre, die Gipfelkonferenz nicht zu einer Verbesserung der internationalen Beziehungen führen werde und daß es wirksame Abrüstungsmaßnahmen geben müsse. Abschließend bekräftigen die Vereinigten Staaten ihren Wunsch nach einer ernsthaft die wesentlichen Probleme beratenden, nicht aber propagandistischen Gipfelkonferenz.	619
07. 03. 1958	Bericht über eine Besprechung zwischen dem Bundeskanzler Adenauer und dem Botschafter der UdSSR in Bonn, Smirnow Im Gespräch zwischen Bundeskanzler Adenauer und Botschafter Smirnow werden die Möglichkeiten einer Gipfelkonferenz, das Problem der Anerkennung der „DDR“ und die Frage des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages vor dem Hintergrund der Weltlage erörtert.	622
07. 03. 1958	Aus den Erklärungen des Ministerialdirektors von Eckardt auf der Bundespressekonferenz Ministerialdirektor von Eckardt interpretiert das in dem sowjetischen Memorandum enthaltene Angebot, auf einer Gipfelkonferenz über einen deutschen Friedensvertrag zu verhandeln. Anders als das Memorandum der Vereinigten Staaten, das in Verbindung mit der europäischen Sicherheit die Behandlung der Wiedervereinigung wünsche, schlage die Sowjetunion nicht nur vor, beide deutsche Staaten an den Beratungen zu beteiligen, sondern auch, die Wiedervereinigung als eine innerdeutsche Angelegenheit auszuklammern, was unvorstellbar und unannehmbar sei. Die Bundesregierung werde sich um eine Klärung der Frage bemühen.	623

08. 03. 1958	Appell der 7. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz an alle Arbeiter und Gewerkschaftler Deutschlands Der Appell bezeichnet die Konföderation als den einzig richtigen Weg zur Wiedervereinigung. Er ruft alle Arbeiter und Gewerkschaftler zur Aktionseinheit im Kampf gegen die friedensbedrohende atomare Aufrüstung der Bundesrepublik auf.	626
10. 03. 1958	Aufruf zum Kampf gegen den Atomtod Der von namhaften Persönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Aufruf fordert sowohl Bundestag und Bundesregierung als auch das deutsche Volk auf, sich einer lebensbedrohenden atomaren Rüstungspolitik zu widersetzen und statt dessen eine Politik der friedlichen Entwicklung zu fördern.	629
12. 03. 1958	Spiegel-Gespräch mit Bundestagpräsident Gerstenmaier Die einleitende Frage nach dem Vorschlag Bundespräsident Gerstenmaiers, auf einer Gipfelkonferenz über den Friedensvertrag mit Deutschland zu verhandeln, bestimmt den Gang des Gesprächs. Gerstenmaier bezeichnet die Deutschlandfrage als Funktion der Weltpolitik und erläutert, in welchem Verhältnis sein Vorschlag zu der bisherigen Politik der Bundesregierung steht und wie er sich eine Realisierung vorstellt. Insbesondere wird deutlich, daß für ihn eine Einigung über den Status Gesamtdeutschlands vor freien Wahlen rangiert und daß er die Gipfelkonferenz für zuständig hält, einen Friedensvertrag auszuarbeiten, der auch die Frage, wer in Deutschland über Annahme oder Ablehnung entscheiden könne, klären müsse. Die Möglichkeit, über eine Entspannung indirekt der Wiedervereinigung zu nützen, bejaht er – als kritische Anregung auch den Rapacki-Plan. Er legt dann jedoch dar, daß die Politik, Deutschland mit allen Konsequenzen in die NATO zu integrieren, weitergehen müsse, solange sich in politischen Verhandlungen nicht konkrete Ergebnisse abzeichneten. Eine Diskussion über die atomwaffenfreie Zone ohne Einbeziehung der deutschen Frage lehnt er ebenso ab wie eine Konföderation, u. a. weil die Bereitschaft Moskaus, den Gesamtstatus Deutschlands von Bonn und Pankow bestimmen zu lassen, unwahrscheinlich sei. Mit der Ablehnung Pankows als Vertragspartner mündet das Gespräch in die Ausgangsthese von der Verantwortung der Alliierten für einen Friedensvertrag.	630
12. 03. 1958	Rundfunkansprache des Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer Ollenhauer beschäftigt sich mit den Vorbereitungen einer Gipfelkonferenz, besonders hinsichtlich der deutschen Frage, und kritisiert die passive Haltung der Bundesregierung. In ihrem Treuebekenntnis zum NATO-Bündnis sieht er wie in jeder anderen Blockbildung eher ein Hemmnis für die Wiedervereinigung, die einen neuen Status Deutschlands erfordere. Er empfiehlt, den Rapacki-Plan ernst zu nehmen und ihn durch Modifizierung für Deutschland annehmbar zu machen. Mit Interesse erwarte die Opposition die Vorschläge der Regierung und warne nachdrücklich vor der atomaren Bewaffnung. In der bevorstehenden außenpolitischen Debatte hoffe sie Auskünfte über die Politik der Regierung zu erhalten.	648
12. 03. 1958	Schreiben des Botschafters der Vereinigten Staaten in Bonn, Bruce, an den Geschäftsträger der UdSSR in der „DDR“, Astawin Bruce erklärt die in einer Botschaft des sowjetischen Kontrollbeamten im Berliner Zentrum für Luftsicherheit enthaltene Behauptung, der amerikanische Vertreter habe völkerrechtswidrig einem sowjetischen Zivilflugzeug das vom Auswärtigen Amt der Bundesregierung genehmigte Überfliegen der Bundesrepublik Deutschland verweigert, für unbegründet. Er weist auf die Vier-Mächte-Verantwortung und das Dementi des Auswärtigen Amtes hin. Außerdem stellt er fest, die sowjetische Maschine sei bereits unterwegs gewesen, als die drei westlichen Botschaften das Gesuch noch erwogen. Er erinnert daran, daß die Westmächte Fluggenehmigungen in der Erwartung gegeben hätten, die sowjetischen Behörden würden ihrerseits das gleiche tun.	651
14. 03. 1958	Aus den Erklärungen des Ministerialdirektors von Eckardt auf der Bundespressekonferenz Ministerialdirektor von Eckardt geht auf die Problematik der von Botschafter Smirnow gegebenen Interpretation, entweder zwei Friedensverträge oder einen mit einer bis zur Gipfelkonferenz gebildeten Konföderation abzuschließen, ein. Die Frage nach der Erörterung der Tagesordnung einer Gipfelkonferenz führt zu Unterscheidung und Bewertung thematisch begrenzter und umfassender Gipfeltreffen. Von Eckardt legt dar, daß sich die Bundesregierung einer Gipfelkonferenz, die nur die Abrüstung diskutiert, nicht widersetzen werde. Bei einer allgemeinen Konferenz müsse sie jedoch auf ihrer Forderung beharren, die Wiedervereinigungsfrage auf die Tagesordnung zu setzen.	653
14. 03. 1958	Bericht über die Gespräche des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, und des Oberbürgermeisters von Ost-Berlin, Ebert, mit H. U. Kempfski Weder der Regierende Bürgermeister Brandt noch Oberbürgermeister Ebert halten eine Wiedervereinigung Berlins ohne eine vorausgehende gesamtdeutsche Regelung für möglich. Beide geben ihre Bereitschaft, miteinander in Kontakt zu treten, zu verstehen. Es fällt auf, daß Ebert die Bindung der Stadt an den Vier-Mächte-Status betont.	663
14. 03. 1958	Verordnung des Magistrats von Groß-Berlin über den Außenhandel der „DDR“ Die Verordnung bestimmt, daß das Gesetz über den Außenhandel vom 9. Januar und die Durchführungsverordnung auch für Groß-Berlin gelten.	666

14. 03. 1958	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Premierminister Macmillan In seiner Antwort auf die beiden Schreiben Premierminister Macmillans vom 16. Januar und 8. Februar bringt Ministerpräsident Bulganin im wesentlichen die gleichen Gedanken zum Ausdruck wie in dem Brief an Präsident Eisenhower vom 3. März. Mit dem Wunsch, möglichst bald zu einer Gipfelkonferenz zu kommen, wiederholt er die sowjetische Zustimmung zu einer organisatorische Fragen vorbereitenden Außenministerkonferenz und die annehmbaren Tagesordnungspunkte. Auch hier weist er wieder auf den angeblichen Widerspruch in der westlichen Haltung hin.	666
14. 03. 1958	Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR zur Abrüstungsfrage Die Erklärung bezeichnet Bestrebungen im Westen, die UN-Abrüstungskommission wieder einzuberufen und die Abrüstungsfrage an den Sicherheitsrat zu überweisen, was die Sowjetunion aus guten Gründen ablehnen müsse, als den Versuch, die Aufmerksamkeit von den sowjetischen Bemühungen um eine Gipfelkonferenz abzulenken.	672
14. 03. 1958	Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, in Moskau Chruschtschow, der das Streben der Sowjetunion nach friedlicher Koexistenz bekräftigt, wiederholt in seinen Ausführungen zur Gipfelkonferenz den Katalog der Fragen, über die die Sowjetunion zu verhandeln bereit sei. Er polemisiert gegen die Vorschläge der Vereinigten Staaten, die Lage in den Ostblockstaaten und die Deutschlandfrage zu erörtern.	674
15. 03. 1958	Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Die Erklärung stellt fest, die westliche Welt habe ihren Standpunkt, die deutsche Frage auf einer Gipfelkonferenz zu behandeln, nicht geändert. Nach wie vor sei die Bundesregierung davon überzeugt, daß eine Konferenz sorgfältig vorbereitet werden und die Durchführung von Abrüstungsvereinbarungen die Behandlung und Lösung der deutschen Frage einschließen müsse.	678
15. 03. 1958	Bericht über ein Gespräch des Bundestagsvizepräsidenten Schmid mit dem Warschauer Korrespondenten der Zeitung „Die Welt“ Aufgrund seiner Gespräche in Polen äußert Schmid die Ansicht, Polen wolle sein Freundschaftsverhältnis zur Sowjetunion nicht lockern, in diesem Rahmen jedoch unabhängig sein. Es wünsche die Herstellung normaler Beziehungen zur Bundesrepublik, der gegenüber es aber gewisse Befürchtungen hege, die auszuräumen nicht ganz leicht sein werde.	679
15. 03. 1958	Aus einer Rede des stellvertretenden Oberbürgermeisters von Ost-Berlin, Schmid, in Berlin Schmid erklärt den Vier-Mächte-Status der Stadt für völkerrechtlich überholt, da dieser Teil des Potsdamer Abkommens sei, das von den Westmächten gebrochen wurde.	680
19. 03. 1958	Bericht über eine Besprechung zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem Botschafter der UdSSR in Bonn, Smirnow Anlässlich der Überreichung des nachfolgenden Aide-mémoire der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland schlägt Bundeskanzler Adenauer vor, der Sowjetzone den Status Österreichs zu geben, da er die Frage der Wiedervereinigung nicht vom Standpunkt des deutschen Nationalismus aus betrachte.	680
19. 03. 1958	Aide-mémoire der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Das Aide-mémoire nimmt zur Erklärung der Bundesrepublik Deutschland vom 15. März Stellung. Nach Hinweisen auf die Bedeutung der Gipfelkonferenz und der zu behandelnden Probleme bedauert die Sowjetregierung die negativen Äußerungen zu dem Vorschlag, über einen deutschen Friedensvertrag zu verhandeln, und zu anderen Vorschlägen. Sie legt ihren Standpunkt dar, nur einen Friedensvertrag abschließen zu wollen, und zwar mit einer von den Deutschen selbst zu schaffenden gesamtdeutschen Vertretung. Die Wiedervereinigung könne nicht Thema einer internationalen Konferenz sein. Wenn die Bundesregierung weiterhin ein Junktim zwischen Abrüstung und Wiedervereinigung verlange, müsse die Sowjetregierung das als Versuch werten, die Einberufung einer Konferenz zu erschweren. Sie erwarte eine Überprüfung der Einstellung und eigene Vorschläge der Bundesregierung.	681
19. 03. 1958	Artikel von H. Rumpf: Verhandlungen mit Pankow auch rechtlich unmöglich Rumpf weist an Beispielen nach, daß das Bundesverfassungsgericht seinen Entscheidungen die Kontinuitäts- und Identitätstheorie zugrunde legt, die im Grundgesetz, das mit gewissen Einschränkungen auch für Berlin gilt, verankert ist. Daraus folgt: Verhandlungen mit Pankow sind nicht nur politisch sondern auch rechtlich ausgeschlossen.	686
20. 03. 1958	Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Polen Angesichts der Bemühungen um eine Gipfelkonferenz und der Diskussion um den polnischen Vorschlag einer kernwaffenfreien Zone, zu dem Stellungnahmen der westlichen Staaten noch ausstünden, bedauert die Erklärung Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland, ihre Streitkräfte mit Kernwaffen auszurüsten. Die polnische Regierung könne das nur als Beweis dafür ansehen, daß die Politik der Bundesregierung im Widerspruch zu allen Abrüstungs- und Entspannungstendenzen stehe. Falls die Pläne zur Atombewaffnung verwirklicht würden, sehe sie sich zu verstärkten Sicherheitsvorkehrungen gezwungen.	691

Zweiter Drittelband

AUSSENPOLITISCHE AUSSPRACHE DES 3. DEUTSCHEN BUNDESTAGES

20. 03. 1958 Begründung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU durch den Abg. Gradl
Gradl erläutert, daß eine Gipfelkonferenz die Wiedervereinigung behandeln müsse, da
eine isolierte Erörterung der europäischen Sicherheitsfrage wenig nützlich wäre.
Innenpolitisch wünscht er eine Klarstellung, ob die Regierung und alle Parteien sich
noch zu der unabdingbaren Forderung nach Wiedervereinigung durch freie Wahlen
bekennen. Er legt dar, daß kein Anlaß bestehe, von der Auffassung, Verhandlungen mit
Pankow hemmten die Wiedervereinigung, abzugehen. Schließlich betont er, den
Beratungen und der Abstimmung der politischen Ansichten der Bundesregierung mit
den NATO-Partnern komme entscheidende Bedeutung zu. 694
20. 03. 1958 Begründung der Großen Anfrage der Fraktion der FDP durch den Abg. Mende
Mende weist darauf hin, daß nicht freie Wahlen, sondern die Klärung des militärischen
Status Deutschlands Vorrang habe. Das sowjetische Angebot von Friedensvertrags-
verhandlungen dürfe nicht so gedeutet werden, als ob die Sowjets den Vertrag nur mit
zwei Deutschland oder einer Konföderation abschließen wollten. Die FDP glaube
vielmehr, die Sowjetunion stelle sich die Wiedervereinigung in vier Phasen vor, deren
letzte die Ratifikation eines Friedensvertrages durch eine frei gewählte gesamtdeutsche
Repräsentanz brächte. Mende betont, auch seine Partei halte an der Verantwortung der
Siegermächte fest, erachte aber dafür ein Minimum an Vertrauen zur Sowjetunion und
eine gewisse Skepsis gegenüber den Westmächten für angebracht. Nach einem FDP-
Antrag solle sich die Bundesregierung bei den vier Mächten um die Bildung einer
Kommission zur Erarbeitung der Grundzüge eines Vertrages mit Gesamtdeutschland
bemühen. Bei der Frage nach eigenen Vorschlägen der Bundesregierung zur
atomwaffenfreien Zone geht Mende zunächst auf den Rapacki-Plan und anschließend
auf den Fünf-Punkte-Plan des Verteidigungsministers Strauß ein. Damit und mit der
Frage nach Verhandlungen mit Polen verbindet er eine Reihe weiterer kritischer Fragen
an die Bundesregierung. 702
20. 03. 1958 Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer
Zu Anfang berichtet Bundeskanzler Adenauer, der die Ausführungen Mendes scharf
kritisiert, über seine Gespräche mit Botschafter Sorin zur Frage des Friedensvertrages.
Dann wendet er sich den vorliegenden Anfragen und Anträgen zu, die seiner Ansicht
nach in der Frage gipfeln, ob die Bundesrepublik in der NATO bleiben wolle. In einer
ausführlichen Begründung bejaht er diese Frage entschieden. Angesichts der
fortdauernden aggressiven Tendenz der Sowjetpolitik könne das Ziel, durch allgemeine
Abrüstung den Weltfrieden zu retten, nur erreicht werden, wenn die NATO, deren
moderne Umrüstung bevorstehe, und damit die Verhandlungsposition des Westens
nicht geschwächt werde. Er erklärt die Verhandlungsbereitschaft der Bundesregierung,
betont aber, daß er lieber über die Wiedervereinigung als über einen Friedensvertrag
verhandeln würde. 721
20. 03. 1958 Beantwortung der Großen Anfragen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der
FDP durch Bundesminister von Brentano
Die Anfrage der CDU/CSU beantwortet Bundesminister von Brentano ganz im Sinne der
von dem Abg. Gradl gegebenen Begründung. Zur Anfrage der FDP führt er aus, die
Bundesregierung könne die Deutung, erst Friedensvertrag, dann Wiedervereinigung,
schon deswegen nicht akzeptieren, weil es ohne Wiedervereinigung keinen Partner für
den Vertrag gebe. Er teilt mit, daß die Bundesregierung keinen Vorschlag für eine
kernwaffenfreie Zone vorlegen, sondern gemeinsam mit ihren Verbündeten handeln
werde. Bei dem Rapacki-Plan macht er auf die Gefahr aufmerksam, die in einem
Rückzug der Amerikaner aus Deutschland liegen würde. Er nennt es eine Zumutung,
wenn Deutschland von seinen Verbündeten Schutz verlange, ohne selbst den
notwendigen Sicherheitsbeitrag zu leisten. 732
20. 03. 1958 Aus der Erklärung des Abg. Arndt (SPD)
Arndt begründet vier zur Beratung der Großen Anfragen der CDU/CSU- und der FDP-
Fraktion eingebrachte Entschließungsanträge der SPD-Fraktion. Er weist darauf hin,
daß eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr und die Weigerung, einer
atomwaffenfreien Zone anzugehören, Entscheidungen gegen die Wiedervereinigung
seien. 743
20. 03. 1958 Aus der Erklärung des Bundesministers Strauß
Aus einer historischen Analyse zieht Verteidigungsminister Strauß den Schluß, daß die
Sowjetunion zielstrebig ihre expansiven Absichten in Europa verfolgt und Deutschland
als Schlüsselposition ihrer Strategie angesehen habe. Auch in Zukunft werde sie kaum
davon abgehen, weshalb die westliche Position nicht geschwächt werden dürfe; die
Verhandlungsbereitschaft stehe dabei jedoch nicht in Frage. Strauß betont, wirkliche
Sicherheit könne nur auf politischem Wege erreicht werden. Abrüstung, Frieden und
Wiedervereinigung seien nicht als absolute, sondern als relative Werte anzusehen. 748

20. 03. 1958	<p>Aus der Erklärung des Abg. Erler (SPD) Erler hebt hervor, nicht der Zerfall der NATO, sondern eine bessere Politik in Europa stehe zur Debatte. In der Abrüstungsfrage könne nur schrittweise vorgegangen und z. B. der überprüfte Rapacki-Plan in Verbindung mit einem Truppenabzug den Sowjets als akzeptabel hingestellt werden. Ein Truppenabzug erleichtere die Lage in den Ostblockstaaten und sei als Vorteil zu werten, nicht aber die in einem amerikanischen Rückzug liegende angebliche Gefahr als Nachteil. Alle Anstrengungen müßten sich auf die Abrüstung konzentrieren, weil nur über sie auch die Wiedervereinigung, die durch eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr erheblich gefährdet würde, näher rücke. Wenn die Bundesregierung Friedensvertragsverhandlungen ablehne, übersehe sie, daß eine Erörterung des Status Gesamtdeutschlands eingeschlossen sei. Dieser müsse geklärt werden, weil die Sowjetunion die „DDR“ sich nicht ins Ungewisse entlassen werde. Schließlich fordert Erler konkrete Vorschläge zur Behandlung der deutschen Frage.</p>	758
20. 03. 1958	<p>Aus der Erklärung des Bundesminister von Brentano Bundesminister von Brentano berichtet eine Feststellung Erlers dahingehend, daß der Abrüstungsausschuß des amerikanischen Senats bei seinen militärischen Entspannungsvorschlägen von der Wiedervereinigung ausgegangen sei.</p>	767
20. 03. 1958	<p>Aus der Erklärung des Abg. Kiesinger (CDU/CSU) Kiesinger setzt sich kritisch mit den in der letzten außenpolitischen Aussprache von Heinemann und Dehler erhobenen Vorwürfen auseinander. Er verweist darauf, daß Heinemann wider besseres Wissen die sowjetischen Vorschläge von 1957 wörtlich genommen habe, obwohl gleiche Begriffe in kommunistischer Interpretation eine völlig andere Bedeutung hätten. Er betont, daß, – was die Opposition heute nicht mehr wahrhaben wolle –, zumindest bis 1954 Regierungs- und Oppositionsparteien die sowjetischen Vorschläge als unannehmbar angesehen und sich gemeinsam für die Priorität freier Wahlen ausgesprochen hätten.</p>	768
21. 03. 1958	<p>Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer Bundeskanzler Adenauer teilt mit, die Sowjetunion habe entgegen einer anderslautenden Absprache das Aide-mémoire vom 19. März veröffentlicht. Die Abgeordneten Ollenhauer und Mende hätten ihn von ihren Unterredungen mit Botschafter Smirnow unterrichtet.</p>	773
21. 03. 1958	<p>Aus der Erklärung des Abgeordneten Wehner (SPD) Wehner bezeichnet die Frage, wie die Bündnispartner von der notwendigen militärischen Entspannung in Europa zu überzeugen seien, als entscheidend, nicht aber die, ob die Bundesrepublik in der NATO bleiben solle. Er kritisiert die Auffassung der Bundesregierung von ihren NATO-Verpflichtungen und ihre negative Einstellung zu den vorliegenden Entspannungsvorschlägen. Außerdem beschäftigt er sich kritisch mit den verpaßten Gelegenheiten bei der Wiedervereinigung, wobei er entschieden betont, daß die SPD nicht mit der Politik der Regierung übereinstimmt, sondern ständig ihre Einwände geltend gemacht habe. Heute, erläutert Wehner, sei die Wiedervereinigung nur durch eine Kombination von Schritten, an denen die vier Mächte, und von solchen, an denen beide Teile Deutschlands beteiligt seien, zu erreichen. Zwei Entschlüsse der Bundesregierung seien dafür notwendig: erstens einen Beitrag zur militärischen Entspannung und zweitens eine innerdeutsche Politik mit dem Ziel der Annäherung, wofür er z. B. eine deutsche Wirtschaftsgemeinschaft vorgeschlagen habe.</p>	774
21. 03. 1958	<p>Aus der Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer Nach kritischen Bemerkungen zur Erklärung Wehners betont Bundeskanzler Adenauer noch einmal, Freiheit und Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland seien, ehe für die Freiheit der Sowjetzone gearbeitet werden könnte, oberstes Gebot. Die Position der freien Welt dürfe deshalb nicht geschwächt werden. Die Bundesrepublik müsse sich, wenn es notwendig sei, auch an der atomaren Umrüstung der NATO beteiligen.</p>	792
21. 03. 1958	<p>Erklärung des Bundesministers von Brentano Auch Bundesminister von Brentano nimmt kritisch zu einigen Punkten in Wehners Erklärung Stellung. Er betont vor allem, daß 1952/53 übereinstimmend alle Parteien die sowjetischen Vorschläge zur Wiedervereinigung abgelehnt hätten. Er weist auf die deutschen Gegenvorschläge und die erfolglosen Bemühungen der Westmächte hin. Es sei falsch, so zu tun, als ob die Schuld für die Situation Deutschlands bei der Bundesregierung und dem Bundestag liege.</p>	793
21. 03. 1958	<p>Aus der Erklärung des Abg. Friedensburg (CDU/CSU) Die Verpflichtung der Bundesrepublik, sich um die Wiedervereinigung zu bemühen, und die, den Bolschewismus abzuwehren, bezeichnet Friedensburg als verhängnisvollen Dualismus der deutschen Aufgaben. Dieser Konflikt müsse bei dem Problem der Sicherheit immer berücksichtigt werden. Für die Wiedervereinigung sei die Konföderation ebenso unannehmbar wie manche Vermittlungsvorschläge, z. B. Wehners Vorschlag einer deutschen Wirtschaftsgemeinschaft.</p>	796

21. 03. 1958 Aus der Erklärung des Bundesministers Lemmer
Bundesminister Lemmer bezeichnet es als den Kern der Gegensätze, daß die Regierung absolute Sicherheit fordere, während die Opposition ein größeres Risiko für die Wiedervereinigung einzugehen bereit sei; zweifellos befinde sich die Politik in einem gewissen Dilemma, Vorleistungen würden jedoch die Wiedervereinigung erschweren. Er begründet die Ablehnung von Kontakten zu Pankow und einer Konföderation, erklärt aber, die Regierung werde eine Ost-West-Konferenz nicht wegen der Teilnahme einer „DDR“-Delegation ablehnen. Abschließend äußert er die Überzeugung, es werde trotz der gegenwärtigen Stagnation zu einer Lösung der deutschen Frage kommen. 804
21. 03. 1958 Aus der Erklärung des Abg. von Merkatz (DP)
Von Merkatz rechtfertigt die Politik der Bundesregierung gegen Vorwürfe Wehners und nennt dessen Anschauungen über die Wiedervereinigung und die atomwaffenfreie Zone gefährlich. Die Möglichkeiten der Außenpolitik sieht er von der Frage bestimmt, ob die Sowjetunion zu einem wirklichen Ausgleich bereit sei. Die westliche Verteidigungsbereitschaft begründet er mit der Notwendigkeit, den potentiellen Angreifer im Osten abzuschrecken. Er beklagt, daß die sowjetische Propaganda bei so manchem im Westen den Widerstandswillen geschwächt habe, was die positiven Interpretationen des Friedensvertragsangebots zeigten. 808
21. 03. 1958 Aus der Erklärung des Abg. Döring (Düsseldorf) (FDP)
Döring bemängelt die unzulängliche Beantwortung der Großen Anfrage und stellt fest, die Regierung bemühe sich nur um die formale Legitimation für die atomare Ausrüstung. Er verlangt eine eingehendere Prüfung des sowjetischen Aide-mémoire, das sicher mit der nötigen Skepsis betrachtet werden müsse, die aber in anderer Hinsicht auch gegenüber den westlichen Verbündeten geboten sei. Er fordert, den Status Gesamtdeutschlands auf einer Gipfelkonferenz erörtern zu lassen. Er kommt zu dem Schluß, daß der Eindruck entstehe, die atomare Ausrüstung sei der Regierung wichtiger als ein anderes Ziel. Bestrebungen, die Bundesrepublik zu einem selbständigen Staat zu machen, verstärkten sich. 814
21. 03. 1958 Aus der Erklärung des Abg. Bucerius (CDU/CSU)
Bucerius erklärt, die Regierung werde selbstverständlich bei den vier Mächten für die Behandlung der Entspannung und des Friedensvertrages eintreten. Die leider häufig geäußerte Meinung, die Gipfelkonferenz müsse unbedingt – auch ohne Deutschlandfrage – stattfinden, sei jedoch die Ursache dafür, daß dieser Punkt nicht auf die Tagesordnung komme. Der Kritik Dörings begegnet er mit dem Hinweis, daß die FDP die Politik der Regierung unterstützt habe. 822
21. 03. 1958 Aus der Rede des Ministerpräsidenten Grotewohl auf einer Kundgebung in Suhl
Ministerpräsident Grotewohl bekräftigt die Friedensliebe des sozialistischen Lagers. Die Bundestagsdebatte dagegen, führt er aus, beweise erneut die aggressive Politik der Bundesregierung. Das Volk allerdings unterstütze den Plan einer atomwaffenfreien Zone. Die Realisierung dieses Plans wie auch die Lösung der deutschen Frage, die in den sowjetischen Vorschlägen für eine Gipfelkonferenz enthalten sei, versuche die Bundesregierung zu hintertreiben. Mit der Atomausrüstung würde sie einen weiteren Schritt gegen die friedliche – d. h. konföderative – Wiedervereinigung unternehmen. Grotewohl wiederholt den Vorschlag, eine Volksabstimmung über die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone durchzuführen. 825
22. 03. 1958 Aus der Erklärung des Abg. Schmid (Frankfurt) (SPD)
Für Frieden und Wiedervereinigung hält Schmid die Klärung dreier Fragen in Vorverhandlungen und Vorklärungen über einen Friedensvertrag für unumgänglich. Hier erwähnt er das Problem der „DDR“-Regierung, die eben leider de facto bestehe. Die Frage der NATO-Mitgliedschaft stehe nicht zur Debatte, sondern andere Fragen wie Bündnisfreiheit Gesamtdeutschlands und atomwaffenfreie Zone, für die er den Rapacki-Plan als Verhandlungsgrundlage empfiehlt. Der Vorwurf, die Sowjetunion habe die deutsche Einheit verhindert, bestehe zu Recht; doch dürfe nicht übersehen werden, daß die Westalliierten nicht nur aus Altruismus, sondern auch im eigenen Interesse für deutsche Belange einträten. Deshalb habe er eine zu einseitige Westorientierung für bedenklich gehalten. Er warnt davor, durch Festhalten an dieser Tendenz eine Chance zu vergeben. Die Einigung über den militärischen Status Gesamtdeutschlands sei notwendig, weil sonst keine Macht Deutschland freigebe. 829
22. 03. 1958 Aus der Erklärung des Bundesministers von Brentano
In einer Stellungnahme zu Schmid's Ausführungen stimmt Bundesminister von Brentano den Vorverhandlungen zu, erregt jedoch durch die Art seiner Interpretation den Widerspruch Schmid's. Dessen Vorschlag, über den Rapacki-Plan zu verhandeln, weist er mit dem Argument zurück, eine Realisierung würde das politische Gleichgewicht derart stören, daß nicht weitere Schritte daraus folgten, sondern die Ausweglosigkeit besiegelt werde. 835
22. 03. 1958 Aus der Erklärung des Abg. Kiesinger (CDU/CSU)
Kiesinger wirft der Opposition vor, mit ihren Vorschlägen zu einer schrittweisen militärischen Entspannung, der auch die Regierung zustimme, ein gefährliches Vakuum zu schaffen, die sowjetische Gefahr außer acht zu lassen und den Verzicht auf atomare Ausrüstung als Vorleistung erbringen zu wollen. Er versichert, man werde nach Wegen suchen, das Problem der Sicherheit und der Wiedervereinigung gemeinsam mit den westlichen Verbündeten zu lösen. 838

23. 03. 1958	Kommuniqué über Verhandlungen zwischen Delegationen der SED und der KPÖ in Wien Das Kommuniqué bestätigt die völlige Übereinstimmung in allen behandelten Fragen und die Zusicherung gegenseitiger Unterstützung.	841
24. 03. 1958	Aus dem Kommuniqué über Verhandlungen zwischen Partei- und Regierungsdelegationen der „DDR“ und der Ungarischen Volksrepublik in Berlin Beide Delegationen beschuldigen den Westen, durch eine Politik der Atomkriegsvorbereitung den Frieden in Europa zu gefährden, und die Bundesrepublik, mit Hetzpropaganda aggressive Ziele gegen Ungarn und die „DDR“ zu verfolgen. Sie versichern, daß sie ihre Entspannungsbemühungen verstärken wollten und die Vorschläge zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone und zur Einberufung einer Gipfelkonferenz, deren Verwirklichung der Westen bisher verhinderte, voll unterstützen.	842
24. 03. 1958	Aide-mémoire der Regierung der UdSSR an die Regierung der Vereinigten Staaten Die sowjetische Regierung stellt fest, die amerikanische Regierung behandle in ihrem Aide-mémoire vom 6. März, obwohl sie den Wunsch nach einer Gipfelkonferenz ausspreche, die sowjetischen Vorschläge in einer Weise, die ebenso wie die Wiederholung unannehmbarer Themen berechnete Zweifel am guten Willen Amerikas aufkommen lasse. Die Forderung, eine neue Gipfelkonferenz müsse an die vorangegangene anknüpfen, erscheine ihr wenig sinnvoll. Die Sowjetregierung halte an ihrer Ansicht fest, eine Außenministerkonferenz nur mit organisatorischen Aufgaben zu betrauen. Sie hoffe, die amerikanische Regierung werde die Notwendigkeit prüfen, unverzüglich alle Fragen auf höchster Ebene zu erörtern.	845
24. 03. 1958	Aus den Antworten des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, auf Fragen des Korrespondenten der Zeitung „Il Tempo“, G. Palozzi Chruschtschow erklärt, die Sowjetunion habe weder 1955 noch später einer Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen zugestimmt, da sie eine Wiedervereinigung zwischen beiden deutschen Staaten für notwendig erachte.	850
25. 03. 1958	Erklärung des Abg. Heinemanns (SPD) Heinemann, der die Fragestellung „NATO oder nicht“ als unrichtig ablehnt, beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Problem der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr, die weder rechtlich noch ethisch gerechtfertigt werden könne. Dem Argument, der Verzicht sei eine einseitige Vorleistung, widerspricht er mit dem Hinweis, daß ja der Rapacki-Plan z. B. Gegenleistungen vorsehe.	851
25. 03. 1958	Aus der Erklärung des Abg. Gerstenmaier (CDU/CSU) Gerstenmaier kommt auf seine Überlegungen zur Deutschlandfrage zurück und betont, daß im wesentlichen die Reihenfolge Wiedervereinigung durch Entspannung zu gelten habe. Das sowjetische Angebot, nur über einen Friedensvertrag zu verhandeln, bedeute zwar eine Verstümmelung, müsse aber dennoch angenommen werden. Zusammenfassend charakterisiert Gerstenmaier die gegenwärtige Verhandlungssituation, die von dem sowjetischen Bestreben, die Wiedervereinigung zu verhindern, bestimmt sei, und leitet daraus drei Hauptaufgaben der deutschen Politik her. Er unterstreicht, daß die Bundesrepublik nur durch die NATO im freien Westen Schutz sowie eine Verhandlungsposition gewinnen konnte. Er nennt es die Schwäche der SPD-Politik, daß sie zu sehr von sowjetischem Wohlwollen abhängig geworden sei.	863
25. 03. 1958	Aus der Erklärung des Abg. Bucher (FDP) Bucher sieht in Gerstenmaiers Ausführungen Ansätze für eine gemeinsame Politik, weil u. a. die Reihenfolge Entspannung – Wiedervereinigung als eine Art Kettenreaktion anerkannt, nicht aber das hemmende Junktim beider verlangt werde. Er kritisiert den Stil der Debatte, in der die Regierung das komplizierte Problem der gefährlichen atomaren Ausrüstung als einfache Frage zu behandeln versuche. Weder das Argument, die NATO müsse gleichmäßig ausgerüstet sein, noch das, Atomwaffenverzicht bedeute einseitige Vorleistung, sei stichhaltig.	875
25. 03. 1958	Aus der Erklärung des Abg. Ollenhauer (SPD) Auch Ollenhauer nennt die Einstellung der Bundesregierung zur Frage der atomaren Ausrüstung unverantwortlich. Er teilt mit, seine Fraktion erwäge, einen Gesetzentwurf über eine Volksbefragung zur atomaren Ausrüstung einzubringen. Statt mit der Behauptung mangelnder sowjetischer Verhandlungsbereitschaft die unbedingte Notwendigkeit der NATO-Mitgliedschaft zu begründen, sollte besser der Rapacki-Plan in Verbindung mit dem Truppenabzug ernsthaft geprüft werden. Ebenso „müsse auch mit dem sowjetischen Angebot von Friedensvertragsverhandlungen verfahren werden. Keinen der sowjetischen Vorschläge zum Gegenstand ernsthafter Verhandlungen gemacht zu haben, das sei die sozialdemokratische Kritik an der Politik der Bundesregierung.	880
25. 03. 1958	Aus der Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer Bundeskanzler Adenauer geht auf die Vorwürfe der Opposition ein und wiederholt die Grundprinzipien seiner Politik. Zur Weltlage weist er auf den Gegensatz zwischen den beiden Großmächten hin und erläutert, daß dieser die NATO-Politik bestimme. Die Wiedervereinigung betreibe die Bundesrepublik nicht mit dem Ziel, ihr militärisches und politisches Potential zu stärken, sondern aus rein humanitären Gründen.	885

25. 03. 1958	Erklärung des Bundesministers von Brentano Bundesminister von Brentano faßt noch einmal die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion zusammen, wobei er wieder die Gefahren der atomwaffenfreien Zone und die Notwendigkeit einer Beteiligung an der atomaren Umrüstung der NATO betont. Schließlich richtet er an die Opposition die Frage, ob sie auf die Forderung nach freien Wahlen am Anfang der Wiedervereinigung verzichten und damit die Einigkeit in Grundfragen aufgeben wolle.	890
25. 03. 1958	Aus der Erklärung des Abg. Schmid (Frankfurt) (SPD) Schmid stellt den Grundsatz auf, die Politik nicht nach ihren Absichten, sondern nach den möglicherweise durch sie ausgelösten „Ursachenreihen“ zu bewerten. Die deutsche Politik mit ihrer einseitigen Bindung an den Westen und ohne Offenheit nach Osten könne bedenkliche Folgen haben.	895
25. 03. 1958	Aus der Erklärung des Abg. Kiesinger (CDU/CSU) Kiesinger nennt den Verzicht auf atomare Verteidigung aus ethischen Gründen die Kapitulation der Politik vor den Massenvernichtungsmitteln. Er widerspricht den Thesen der Opposition, die Politik der Bundesregierung gefährde den Frieden und die Wiedervereinigung.	898 900
25. 03. 1958	Abstimmung über die eingebrachten Entschließungsanträge	
25. 03. 1958	Aus der Pressekonferenz des Staatssekretärs Dulles in Washington Staatssekretär Dulles meint, die Sowjetunion fordere mit ihren Bedingungen einen sehr hohen politischen Preis für eine Gipfelkonferenz, erklärt jedoch, daß er ein Treffen nicht für unmöglich halte. Er äußert sich zu Tagesordnungsfragen und befürwortet die uneingeschränkte Beratung aller Probleme auf einer Viererkonferenz. Von deren Ergebnis werde es weitgehend abhängen, ob ein Gipfeltreffen stattfinde, das nur sinnvoll wäre, wenn es nicht zu einer Verschärfung der Differenzen führe.	908
26. 03. 1958	Spiegel-Gespräch mit Außenminister Rapacki Außenminister Rapacki begründet seinen Plan mit Polens Interesse an einer Entschärfung der Konfliktsituation in Europa. Durch Entspannung werde auch die deutsche Wiedervereinigung begünstigt, die jedoch nicht mit dem Plan verbunden werden sollte. Er erklärt, Polen wolle an einem wirksamen Kontrollsystem mitarbeiten, und betont, über Kontrolle und Garantieerklärungen hinaus sei ein Minimum an Vertrauen erforderlich, um den Plan zu verwirklichen. Die Alternative sei sonst die Polen tief beunruhigende atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Weitergehende Verpflichtungen, z. B. Reduzierung der konventionellen Rüstung, sollten vorerst nicht in den Plan aufgenommen werden. Es gebe kaum ein Problem, das nicht durch immer neue Forderungen kompliziert werden könnte.	912
27. 03. 1958	Erklärung der Bundestagsfraktion der SPD Die SPD-Bundestagsfraktion, die Bundeskanzler Adenauer beschuldigt, der Beteiligung am atomaren Wettrüsten den Vorzug vor Friedensvertragsverhandlungen zu geben, richtet einen Aufruf an die Bevölkerung. Sie fordert die Ablösung der Regierung und sichert einer neugebildeten Regierung, wenn sie eine andere Politik verfolge, die Unterstützung der SPD zu.	917
27. 03. 1958	Beschluß der Regierung der „DDR“ Die Regierung der „DDR“ weist darauf hin, daß wegen der Entscheidung des Bundestages für die baldige atomare Ausrüstung die Gipfelkonferenz noch dringlicher geworden sei. Sie beauftragt den Minister für Auswärtige Angelegenheiten, ein Weißbuch über die friedensgefährdende Politik der Bundesrepublik zusammen zu stellen und außenpolitische Maßnahmen vorzuschlagen. Sie begrüßt den wachsenden Widerstand der westdeutschen Bevölkerung gegen die Politik der Bundesregierung.	918
27. 03. 1958	Interview des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, für die Nachrichtenagentur ADN Ulbricht erhebt schwere Beschuldigungen gegen die Bundesregierung wegen des Beschlusses, die Bundeswehr atomar auszurüsten, weist aber zugleich auf den Widerstand der Bevölkerung hin, die die „Organisierung eines Atomkrieges“ verhindern könne. Die Umrüstung mit der kommunistischen Gefahr zu begründen, sei widersinnig, da gerade die kommunistischen Staaten für die friedliche Koexistenz einträten, auch die „DDR“ z. B. ihr sozialistisches System nicht einfach auf Westdeutschland übertragen wolle. Ulbricht begrüßt das sowjetische Angebot, über einen deutschen Friedensvertrag zu verhandeln, und erläutert, Beratungen darüber und über eine Konföderation seien wegen der Existenz zweier deutscher Staaten unerläßlich. Die „Atomausrüstung“ führe die Bundesregierung immer tiefer in eine Sackgasse, aus der nur eine Volksbewegung herausführen könne. Deshalb ruft Ulbricht die SPD, FDP und die Gewerkschaften zur Zusammenarbeit mit der „DDR“ auf.	919
27. 03. 1958	Beschluß des Obersten Sowjet der UdSSR Der Oberste Sowjet der UdSSR beschließt, Chruschtschow zum Vorsitzenden des Ministerrates zu ernennen und ihn zu beauftragen, einen Vorschlag über die Zusammensetzung der Regierung vorzulegen.	925
28. 03. 1958	Mitteilung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland über deutsch-französische Besprechungen in Bonn Beide Regierungen bejahen eine Gipfelkonferenz und wünschen insbesondere die Behandlung der Abrüstung und der Wiedervereinigung im Zusammenhang mit der europäischen Sicherheit. Sie bekräftigen ihren Wunsch nach enger Zusammenarbeit.	926

28. 03. 1958	Aus dem Gesetz über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Bezirksverordnetenversammlungen (Landeswahlgesetz) Der §1 des Gesetzes definiert das Wahlrecht, §10 regelt das Verfahren bei Behinderung der Wahl durch höhere Gewalt.	926
29. 03. 1958	Entschließung des Bundesparteitages der FDP zum Deutschlandproblem Der FDP-Bundesparteitag nennt den Beschluß über die atomare Ausrüstung eine Fehlentscheidung. Er bekennt sich aber trotzdem zu politischen Entscheidungen innerhalb des Parlaments und lehnt außerparlamentarische Maßnahmen ab. Die FDP regt die Bildung eines Ständigen Ausschusses aus Vertretern aller Parteien an, der zusammen mit dem Gesamtdeutschen Ministerium die gemeinsame Deutschlandpolitik beraten sollte. Diese sei jedoch nur möglich, wenn eine Regierung gebildet werde, die entschieden das Ziel, die Teilung zu überwinden, verfolge.	927
31. 03. 1958	Erklärung der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten an die Regierung der UdSSR Angesichts der internationalen Lage erklären die drei Regierungen eine Gipfelkonferenz für wünschenswert, wenn sie wirklich Aussicht auf Fortschritte biete. Sie äußern sich zu den Modalitäten der unbedingt erforderlichen umfassenden Vorbereitungsarbeit, die jedoch nicht zu Entscheidungen führen solle. Falls die Sowjetunion mit dem Verfahren einverstanden sei, schlagen sie vor, in der zweiten Aprilhälfte in Moskau einen diplomatischen Meinungsaustausch zu beginnen.	928
31. 03. 1958	Aus der Erklärung des Außenministers Gromyko vor dem Obersten Sowjet der UdSSR Außenminister Gromyko beschäftigt sich eingehend mit dem Beschluß des Bundestages über die atomare Ausrüstung, der nicht nur die Einheit Deutschlands endgültig verhindere, sondern auch den Frieden in Europa gefährde. Er kritisiert vor allem die Haltung der amerikanischen, aber auch die der britischen und französischen Regierung, die ihre Völker mit dem Argument der Kontrolle über die Bewaffnung Westdeutschlands irreführt hätten. Er betont, wer die Umrüstung der Bundeswehr forcieren, gefährde die Gipfelkonferenz und die Entspannungsbemühungen. Das sozialistische Lager dagegen strebe konsequent nach Minderung der Spannung. Die Sowjetunion gebe mit dem einseitigen Verzicht auf Kernwaffenversuche ein weiteres Beispiel für den Kampf um die Erhaltung des Friedens.	929
31. 03. 1958	Beschluß des Obersten Sowjet der UdSSR über die einseitige Einstellung der Versuche mit Atom- und Wasserstoffwaffen durch die Sowjetunion Da die sowjetischen Bemühungen um die Einstellung der Kernwaffenversuche bisher erfolglos geblieben seien, beschließt der Oberste Sowjet die einseitige Einstellung der Atom- und Wasserstoffwaffenversuche, in der Hoffnung, daß die anderen Atommächte dem sowjetischen Beispiel folgten. Sollte das nicht der Fall sein, behalte sich die sowjetische Regierung eine Änderung ihres Entschlusses vor.	934
31. 03. 1958	Appell des Obersten Sowjet der UdSSR an den Deutschen Bundestag Der Oberste Sowjet verurteilt den Beschluß des Bundestages über die atomare Ausrüstung, weist auf die Gefahren hin, die dadurch heraufbeschworen würden, und warnt vor den Konsequenzen. Die atomare Aufrüstung stehe im Widerspruch zu den internationalen Entspannungsbemühungen und strafe Versicherungen, sich an einer kontrollierten Abrüstung beteiligen zu wollen, Lügen. Der Oberste Sowjet, der mit diesem Appell das Ziel verfolge, die sowjetischen und deutschen Bemühungen im Interesse des Friedens zu vereinen, hoffe darauf, daß in der Bundesrepublik diejenigen politischen Kräfte, die sich diesem verhängnisvollen Weg widersetzen, die Oberhand gewännen.	936
00. 04. 1958	Aufsatz von P. Auersperg: Die ČSR und die Bonner Revanchepolitik Die Politik der Bundesrepublik Deutschland, besonders die Forderung nach Revision des Status quo in Europa, charakterisiert Auersperg als revanchistisch. Gegenüber der Tschechoslowakei münde diese Politik, unterstützt von den Sudetendeutschen, in eine „neue Variante von München“. Einzig mögliche Grundlage der Beziehungen sei aber die friedliche Koexistenz. Dazu könne der Rapacki-Plan beitragen. Hoffnung auf friedliche Entwicklung liege in der Existenz der „DDR“, aber auch im Anwachsen der friedliebenden Kräfte in der Bundesrepublik.	942
01. 04. 1958	Memorandum der Regierung der Tschechoslowakischen Republik zur Ausrüstung der Bundeswehr mit Atom- und Raketenwaffen Die tschechoslowakische Regierung warnt vor dem deutschen Militarismus und verurteilt entschieden die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Gleichzeitig appelliert sie an die Großmächte, alles zu tun, um die daraus erwachsende Kriegsgefahr zu beseitigen.	950
02. 04. 1958	Aus einem Vortrag des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, in der „Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften <Walter Ulbricht>“ in Babelsberg: Die Staatslehre des Marxismus-Leninismus Ulbricht behandelt die Staatsfrage in Deutschland nach 1945. Er stellt der Entwicklung zu einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ im östlichen Teil Deutschland die Entwicklung im westlichen Teil gegenüber, die von der fortbestehenden „Herrschaft der Monopole“ und der „Ausarbeitung des Klerikalismus“ gekennzeichnet sei. Er beschäftigt sich mit den Prinzipien der volksdemokratischen Ordnung und faßt als Ergebnis in vier Punkten Bedeutung, Struktur und Aufgaben der „DDR“ zusammen.	954

03. 04. 1958	Aus der Rede des Ministerpräsidenten Chruschtschow in Budapest Ministerpräsident Chruschtschow bekennt sich zu friedlicher Koexistenz und plädiert für friedlichen Wettbewerb. Leider gebe es im Westen jedoch noch immer Verfechter des Kalten Krieges. Durch Wiederholung unannehmbarer Diskussionsthemen versuchten die Vereinigten Staaten die Gipfelkonferenz, die entscheidend zur Verbesserung der Beziehungen beitragen könne, zu vereiteln. Chruschtschow erinnert an das Manifest des Friedens der kommunistischen und Arbeiterparteien, das weiten Widerhall gefunden habe, und fordert, diese Friedensbewegung zu unterstützen.	958
04. 04. 1958	Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow an Präsident Eisenhower Ministerpräsident Chruschtschow nennt die Einstellung der Kernwaffenversuche eines der dringlichsten Probleme der Gegenwart. Solange es nur drei Atommächte gebe, sei ein Abkommen noch am ehesten zu erreichen. Die Sowjetregierung habe beschlossen, auf Experimente zu verzichten; sie appelliere an die Vereinigten Staaten wie auch an Großbritannien, dem sowjetischen Beispiel zu folgen. Andernfalls sehe sie sich gezwungen, ihren Entschluß wieder rückgängig zu machen.	961
04. 04. 1958	Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow an Bundeskanzler Adenauer Das Schreiben an Bundeskanzler Adenauer stimmt inhaltlich mit dem an Präsident Eisenhower überein. Nur verweist Ministerpräsident Chruschtschow hier auf den Appell an die Vereinigten Staaten und Großbritannien und fordert die Bundesregierung auf, die sowjetische Initiative zu unterstützen.	963
04. 04. 1958	Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow an Ministerpräsident Grotewohl In dem inhaltlich ebenfalls mit den Botschaften an andere Regierungschefs übereinstimmenden Schreiben an Ministerpräsident Grotewohl appelliert Ministerpräsident Chruschtschow an die Regierung der „DDR“, die sowjetische Initiative zu unterstützen.	965
05. 04. 1958	Manifest der Arbeiterjugend an die junge Generation in beiden deutschen Staaten Zentrales Thema des Manifestes ist die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Das Manifest entwickelt einerseits die Aufgaben der Jugend im Kampf gegen atomare Aufrüstung und Atomtod und würdigt andererseits die „DDR“ als sozialistischen Staat und die friedlichen Ziele der östlichen Länder, vor allem der Sowjetunion.	967
05. 04. 1958	Interview des britischen Oppositionsführers Gaitskell für die Zeitung „Trybuna Ludu“ Dem polnischen Memorandum vom 14. Februar, das er nur als Diskussionsgrundlage anerkennt, stellt Gaitskell seinen umfangreicheren, fünf Punkte umfassenden Plan einer neutralen Zone gegenüber. Zur Frage der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr äußert er, Verhandlungen über die militärisch verdünnte oder neutrale Zone müßten Vorrang haben. Er spricht die Hoffnung aus, daß eine Gipfelkonferenz stattfinden werde, daß aber auch die Sowjetregierung ihre Ansichten in den Fragen der Abrüstung und der Lösung der europäischen Probleme modifizieren werde.	972
08. 04. 1958	Kommuniqué über den Abschluß der deutsch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau Das Kommuniqué berichtet über die vereinbarten Abkommen in Wirtschaftsfragen, die Abmachungen über die Ausreise einzelner Staatsangehöriger beider Länder und die Familienzusammenführung sowie den Konsularvertrag.	975
08. 04. 1958	Erklärung der Regierungsdelegation der UdSSR zur Repatriierungsfrage In einer mündlichen Erläuterung zu der Vereinbarung über die Ausreise Staatsangehöriger beider Länder erklärt die sowjetische Delegation, Anträge von Personen, die am 21. Juni 1941 die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hätten, würden geprüft und positiv entschieden. Sie nimmt die deutsche Gegenerklärung zur Kenntnis und bestätigt, daß beide Seiten sich zur Familienzusammenführung nach ihrer jeweiligen Gesetzgebung und zur Zusammenarbeit ihrer Rotkreuzgesellschaften bekannten.	979
08. 04. 1958	Gegenerklärung der Regierungsdelegation der Bundesrepublik Deutschland zur Repatriierungsfrage Die deutsche Delegation erklärt, auch die Bundesrepublik Deutschland werde Ausreiseanträge sowjetischer Staatsangehöriger prüfen und positiv entscheiden. Sie bestätigt ebenfalls das Übereinkommen in der Familienzusammenführung und die Zusammenarbeit der Rotkreuzgesellschaften.	981
08. 04. 1958	Schreiben des Präsidenten Eisenhower an Ministerpräsident Chruschtschow In seiner Antwort auf das sowjetische Schreiben vom 4. April äußert Präsident Eisenhower Zweifel an der Bedeutung der Erklärung über die Einstellung der Kernwaffenversuche. Er erinnert an die amerikanischen Vorschläge hinsichtlich der friedlichen Nutzung der Kernenergie und der Kontrolle, auf die die Sowjetunion nicht reagiert habe. Er fordert Ministerpräsident Chruschtschow auf, die Haltung seiner Regierung in diesen Fragen noch einmal zu überprüfen. Die amerikanische Regierung sei zu Verhandlungen bereit.	981
08. 04. 1958	Schreiben des Ministers Bolz an den Präsidenten der ECE, Lange Minister Bolz macht für die „DDR“ als souveränen deutschen Staat nachdrücklich den Anspruch auf gleichberechtigte Mitarbeit in der Kommission geltend. Außerdem bezeichnet er es als Diskriminierung, wenn von „Ostdeutschland“ oder „Ostzone Deutschlands“ gesprochen werde. Er teilt mit, die „DDR“ habe zur Fortsetzung ihrer selbständigen Mitarbeit eine Delegation zur 13. Plenarsitzung entsandt.	984

09. 04. 1958	Erklärung einer Delegation der „DDR“ anlässlich der XIII. Tagung der ECE Die Delegation der „DDR“ erklärt Artikel 10 des Mandats der ECE für überholt, da seit Jahren keine Ostzone Deutschlands als besetztes Gebiet mehr existiere, sondern nur die „DDR“ als souveräner Staat. Sie betont, das Interesse an einer gesamt-europäischen Zusammenarbeit gebiete, bald einen befriedigenden Status für die weitere Mitarbeit der „DDR“ herzustellen.	985
10. 04. 1958	Erklärung der Regierung der „DDR“ zur Einstellung der Kernwaffenversuche durch die Sowjetunion Die Regierung der „DDR“ begrüßt den sowjetischen Beschluß, die Kernwaffenversuche einzustellen, und sichert ihre Unterstützung zu. Sie unterstreicht die außerordentliche Bedeutung des Beschlusses für die Entspannung, die auch die Wiedervereinigung durch eine Konföderation fördern würde. Sie beschließt, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vorzuschlagen, die Briefe Ministerpräsident Chruschtschows gemeinsam zu beantworten.	987
10. 04. 1958	Note der Regierung der „DDR“ an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Die Regierung der „DDR“ schlägt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, Verhandlungen über eine gemeinsame deutsche Antwort auf die Schreiben Ministerpräsident Chruschtschows vom 4. April aufzunehmen. Falls die Bundesregierung damit nicht einverstanden sei, sei sie auch bereit, sich auf dem Verhandlungswege über gleiche Prinzipien der Antworten beider Regierungen zu verständigen.	988
11. 04. 1958	Aide-mémoire der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten Die Sowjetregierung stellt zu der Erklärung der drei Westmächte vom 31. März fest, diese verzögerten die Verhandlungen zur Vorbereitung einer Gipfelkonferenz. Sie betont, sowohl der diplomatische Meinungs-austausch als auch die Außenministerkonferenz sollten jeweils nur der Klärung organisatorischer Fragen dienen. Sie erwarte eine baldige Antwort auf ihre Vorschläge zur Gipfelkonferenz, deren Einberufung nicht vom Ergebnis der Vorverhandlungen abhängig gemacht werden dürfe. Abschließend erklärt sie sich bereit, am 17. April in Moskau mit dem diplomatischen Meinungs-austausch zu beginnen.	990
12. 04. 1958	Kommuniqué über die Konferenz der Außenminister der „DDR“, der Tschechoslowakischen Republik und der Volksrepublik Polen in Prag Das Kommuniqué teilt mit, die Außenminister der drei Staaten seien der Auffassung, daß der Beschluß des Deutschen Bundestages über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr die Spannung in Europa verschärfe. Deshalb gewinne der Plan einer atomwaffenfreien Zone erhöhte Bedeutung. Die drei Minister erklärten die Bereitschaft ihrer Regierungen, über die Kontrolle und weitere Einzelfragen mit interessierten Regierungen zu verhandeln. Sie würdigten ferner die sowjetischen Bemühungen um Entspannung und Abrüstung.	992
AUSSPRACHE DER VOLKSKAMMER DER „DDR“		
16. 04. 1958	Regierungserklärung, abgegeben von Ministerpräsident Grotewohl Ausgehend von dem sowjetischen Beschluß, die Kernwaffenversuche einzustellen, weist Ministerpräsident Grotewohl auf die großen Gefahren einer weiteren radioaktiven Verseuchung hin. Den östlichen Friedensbemühungen stellt er die ablehnende westliche Haltung gegenüber. Besonders heftige Angriffe richtet er gegen die Bundesregierung, vor allem wegen des Beschlusses, die Bundeswehr atomar auszurüsten. Er bezichtigt sie, die Abrüstung und die Gipfelkonferenz zu hintertreiben. Diese wie auch der Rapacki-Plan würde der Entspannung und einer Verständigung beider deutscher Staaten förderlich sein. Nur durch deren Konföderation könnte die Voraussetzung für einen deutschen Friedensvertrag geschaffen werden. Abschließend behandelt Grotewohl die Notwendigkeit, durch eine Volksbewegung eine Kursänderung der westdeutschen Politik zu erzwingen. Er erläutert die Politik und die Maßnahmen der „DDR“.	994
16. 04. 1958	Gemeinsame EntschlieÙung aller Fraktionen der Volkskammer der „DDR“ Die Volkskammer billigt in allen Punkten die Politik der Regierung der „DDR“. Sie verurteilt den Beschluß des Deutschen Bundestages, die Bundeswehr atomar auszurüsten. Sie stellt eine zunehmende Unterstützung des Plans einer atomwaffenfreien Zone im deutschen Volk fest und ruft die Bevölkerung beider deutscher Staaten auf, sich im Kampf gegen die Atomkriegsgefahr noch enger zusammenzuschließen.	1006
16. 04. 1958	Appell der Volkskammer der „DDR“ an den Deutschen Bundestag Die Volkskammer würdigt die Bedeutung des sowjetischen Beschlusses, die Kernwaffenversuche einzustellen. Sie fordert den Bundestag auf, die Bundesregierung zu veranlassen, mit der Regierung der „DDR“ über eine gemeinsame deutsche Antwort zu verhandeln.	1007
16. 04. 1958	Appell der Volkskammer der „DDR“ an zehn europäische Parlamente An die Leiden im Zweiten Weltkrieg erinnernd, appelliert die Volkskammer an das Parlament des jeweiligen Landes, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Verwirklichung des gefährlichen Beschlusses des Deutschen Bundestages, die Bundeswehr atomar auszurüsten, zu verhindern.	1008

16. 04. 1958	Appell der Volkskammer der „DDR“ an den Reichstag des Königreiches Schweden und an den Nationalrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft Ausgenommen die Erinnerung an die Leiden des Zweiten Weltkriegs stimmt dieser Appell mit dem voranstehenden überein.	1010
16. 04. 1958	Note der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten an die Regierung der UdSSR Die drei Regierungen begrüßen die sowjetische Zustimmung zu einem vorbereitenden Meinungsaustausch in Moskau und akzeptieren den 17. April als Termin. Sie wünschen jedoch umfassendere als nur organisatorische Fragen der Außenministerkonferenz betreffende Beratungen. Die Gipfelkonferenz könne nur dann stattfinden, wenn die Vorarbeiten den Beweis für aussichtsreiche Verhandlungen erbrächten.	1011
17. 04. 1958	Interview des Botschafters Lahr für den Hessischen Rundfunk Botschafter Lahr erläutert die Entstehung, Art und Bedingungen der in den deutsch-sowjetischen Verhandlungen vereinbarten Wirtschaftsabkommen.	1012
17. 04. 1958	Kommuniqué über die Tagung der Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten in Paris Das Kommuniqué teilt die Ergebnisse der Beratungen über die Verteidigungsstrategie und Organisationsfragen der NATO mit. Zur Erhaltung der Abschreckungsmacht sei die Ausrüstung mit modernsten Waffen notwendig.	1016
18. 04. 1958	Aus dem Kommuniqué über Verhandlungen zwischen Partei- und Regierungsdelegationen der „DDR“ und der Volksrepublik Bulgarien in Berlin Der zweite Abschnitt des Kommuniqués behandelt die Gefahren der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr und den Gegensatz zwischen den Entspannungsbemühungen vor allem der Sowjetunion und dem Bestreben westlicher imperialistischer Kreise, eine Verständigung zu verhindern. Beide Delegationen halten die Schaffung atomwaffenfreier Zonen für notwendig. Die bulgarische Delegation erklärt, die diplomatische Anerkennung der „DDR“ diene dem Frieden und der Wiedervereinigung Deutschlands. Abschließend wird der Wille zur friedlichen Koexistenz betont.	1017
19. 04. 1958	Kommuniqué über Besprechungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Premierminister Macmillan in London Das Kommuniqué teilt mit, beide Regierungschefs hielten eine gut vorbereitete Gipfelkonferenz für wünschenswert und die kontrollierte Abrüstung für eines der wichtigsten Themen. Außerdem seien sie der Meinung, die Sowjetunion sollte an ihre Verpflichtung in der deutschen Frage erinnert werden. Auch bei der Erörterung wirtschaftlicher Fragen habe Übereinstimmung bestanden, besonders hinsichtlich der Schaffung einer Freihandelszone.	1020
19. 04. 1958	Rundfunkansprache des Bundesministers Lemmer Bundesminister Lemmer klagt das Regime der „DDR“ an, seit dem Frühjahr 1957 mit verschiedenen Maßnahmen die Zerstörung der Einheit des deutschen Volkes zu betreiben, die trotz der politischen Trennung bisher erhalten geblieben sei. Er betont, unter den bestehenden Bedingungen sei ein gesamtdeutsches Gespräch unmöglich. Die Sowjetunion könne aber die Voraussetzungen dafür schaffen.	1022
21. 04. 1958	Botschaft des Obersten Sowjet der UdSSR an die Volkskammer der „DDR“ Wegen des Beschlusses, die Bundeswehr atomar auszurüsten, polemisiert der Oberste Sowjet heftig gegen die Bundesregierung. Er unterstreicht jedoch, daß der Beschluß sicher nicht dem Willen des deutschen Volkes entspreche. Er würdigt die Bedeutung und die Haltung der „DDR“ und äußert die Hoffnung, die friedliebenden Kräfte in aller Welt könnten eine verhängnisvolle Entwicklung verhindern.	1025
22. 04. 1958	Erklärung des Abg. Carroll Reece im amerikanischen Repräsentantenhaus Reece stellt fest, die Deutschen, besonders aber die Vertriebenen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, nähmen im Kampf gegen den kommunistischen Imperialismus eine besondere Stellung ein. Deshalb versuchten die Sowjets Deutschland durch den Rapacki-Plan zu neutralisieren. Um nachzuweisen, wie die Vertreibung die kommunistische Expansion begünstigte, bringt er eine ausführliche Darstellung der sudetendeutschen Frage. Er weist darauf hin, daß die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts völkerrechtswidrig sei. Er verlangt, die Vereinigten Staaten müßten auf Wiederherstellung eines Status dringen, der dem Völkerrecht entspreche.	1027
24. 04. 1958	Interview des Botschafters Lahr für den Westdeutschen Rundfunk Botschafter Lahr erläutert die in den deutsch-sowjetischen Verhandlungen getroffenen Repatriierungsvereinbarungen.	1052
24. 04. 1958	Verordnung der Regierung der „DDR“ über die Erhebung von Wasserstraßen-Benutzungsgebühren Mit der Begründung, Baumaßnahmen an der Elbe bei Geesthacht bedrohten „DDR“-Gebiete mit Überschwemmungen, ordnet die Regierung der „DDR“ ab 2. Mai 1958 die Erhebung von Wasserstraßen-Benutzungsgebühren an.	1054

24. 04. 1958 Erklärung der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten an die Regierung der UdSSR
Die drei Regierungen geben ihrer Überraschung darüber Ausdruck, daß der sowjetische Außenminister trotz der vorher geäußerten sowjetischen Zustimmung gemeinsame Besprechungen mit ihren Botschaftern ablehnte. Sie betonen erneut, sie hielten eine vorbereitende Klärung der Standpunkte zu wichtigen Fragen für unerlässlich, was am besten in gemeinsamen Besprechungen geschehen könnte; deshalb bäten sie um wohlwollende Prüfung dieses Vorschlages. 1055
24. 04. 1958 Bericht über einen Disengagement-Plan der Labour-Partei und der britischen Gewerkschaften
Die Labour-Partei und die Gewerkschaften legen einen fünf Punkte umfassenden, über den Rapacki-Plan hinausgehenden Disengagement-Plan für Mitteleuropa einschließlich Ungarns vor. Dieser solle das militärische Gleichgewicht gewährleisten. Vor einer Gipfelkonferenz sollten keine Schritte zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr unternommen werden. 1056
25. 04. 1958 Bericht über ein Gespräch des Bundeskanzlers Raab mit einem Korrespondenten der Zeitung „Industriekurier“
Bundeskanzler Raab hat den beiden Großmächten vorgeschlagen, auf der Gipfelkonferenz eine alliierte Kommission zu schaffen, die die Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen prüfen und ein Wahlgesetz ausarbeiten solle. Das halte er für einen ersten Schritt zu einer Entspannung in Europa. Er sei einigermaßen optimistisch, daß die Sowjetunion einmal freien deutschen Wahlen ohne Gegenforderungen zustimmen werde. 1057
- BESUCH DES ERSTEN STELLVERTRETENDEN MINISTERPRÄSIDENTEN MIKOJAN IN BONN ANLÄSSLICH DER UNTERZEICHNUNG DER ABKOMMEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER UdSSR
25. 04. 1958 Tischrede des Bundesministers von Brentano
Bundesminister von Brentano würdigt die Abkommen und die Vereinbarungen in der Repatriierungsfrage als wichtigen Beitrag zum Ausbau der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Er äußert die Hoffnung, daß es gelingen werde, auch die anderen großen Probleme im Verhältnis zwischen den beiden Völkern zu lösen. 1058
25. 04. 1958 Tischrede des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan
Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Mikojan bezeichnet die Abkommen als eine erste Voraussetzung zur Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die auf verschiedenen Gebieten intensiviert werden könnten. Er kritisiert dann den Beschluß, die Bundeswehr atomar auszurüsten, und die ablehnende Haltung gegenüber dem Rapacki-Plan. Er spricht die Erwartung aus, daß die Bundesrepublik Deutschland keine antisowjetische Propaganda zulassen werde, und bekräftigt die friedlichen Absichten der Sowjetunion und ihren guten Willen zur Zusammenarbeit. 1060
25. 04. 1958 Erklärung des Bundesministers von Brentano zur Tischrede des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan
Bundesminister von Brentano erklärt, die Bundesregierung werde jede Maßnahme unterstützen, die Mißtrauen und Angst zwischen den Völkern beseitigen helfe. Sie sei außerdem bereit, auf alle Waffen, auch die Atomwaffen, zu verzichten, wenn andere Staaten, auch die Sowjetunion, dasselbe täten. 1063
26. 04. 1958 Bericht über eine Besprechung zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan
Bundeskanzler Adenauer und der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Mikojan erörtern, anknüpfend an die sowjetisch-deutschen Verhandlungen im September 1955, Probleme der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland, – Fragen der Friedensbereitschaft der Bundesregierung, der Situation in der „DDR“, des sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses und einer Gipfelkonferenz. 1064
26. 04. 1958 Erklärung des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan auf einer Pressekonferenz in Bonn
Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Mikojan berichtet über seine Gespräche in Bonn und die Möglichkeiten, auf verschiedenen Gebieten die Beziehungen auszubauen. Er übt wiederum Kritik an der Politik der Bundesregierung, besonders hinsichtlich der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr. Er betont, die Sowjetregierung erhoffe eine Überprüfung dieses Entschlusses. Außerdem versichert er, seine Regierung werde, wenn die Bundesregierung der atomwaffenfreien Zone zustimme, auch in einem Konfliktfall keine Atomwaffen gegen westdeutsches Gebiet einsetzen. Zusammenfassend nennt er den Meinungsaustausch klärend und nützlich. 1064

26. 04. 1958 Bericht über das Interview des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, mit W. R. Hearst Jr.
Ulbricht bestreitet einen Widerspruch zwischen kommunistisch und deutsch. Vielmehr vertrete einzig die soziale Regierung der „DDR“ konsequent die nationalen deutschen Interessen. Außerdem sei sie nach den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens die rechtmäßige deutsche Regierung. Die Wiedervereinigung hält Ulbricht nur über eine allmähliche Annäherung in einer Konföderation, nicht aber durch freie Wahlen für möglich. Frei entscheiden sollten die Deutschen allerdings in einer Volksbefragung über die atomare Aufrüstung und die atomwaffenfreie Zone. Zur Wirtschaftsentwicklung erläutert er, der Weg der „DDR“ sei schwieriger gewesen, dafür aber krisenfrei und stetiger als in der Bundesrepublik Deutschland. Abschließend äußert er sich zur Gipfelkonferenz, die die Sicherung des Friedens beraten müsse und dadurch zur Lösung des Deutschlandproblems beitragen werde. 1068
26. 04. 1958 Aide-mémoire der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten
In ihrer Antwort auf die Erklärungen der drei Westmächte vom 16. und 24. April beschuldigt die Sowjetunion die drei Regierungen, die Vorbereitungen zu verzögern, und bemängelt, daß sie noch keine Antwort auf ihre konkreten Vorschläge erhalten habe. Sie gibt zu, in dem diplomatischen Meinungs-austausch könnten außer den vordringlichen organisatorischen auch einige substantielle Fragen besprochen werden. Das könne aber nicht in gemeinsamen Besprechungen geschehen, da dann die sowjetische Meinung durch die drei westlichen Botschafter majorisiert würde. Falls die drei Regierungen aber gemeinsame Beratungen vorzögen, müßten aus Paritätsgründen noch die Botschafter Polens und der Tschechoslowakei hinzugezogen werden. 1071
28. 04. 1958 Kommuniqué über den Besuch des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan in Bonn und die Unterzeichnung der deutsch-sowjetischen Abkommen
Das Kommuniqué teilt die Unterzeichnung der deutsch-sowjetischen Verträge und Abkommen mit und faßt die Ergebnisse der Besprechungen zusammen. 1073
29. 04. 1958 Rede des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan auf einer Kundgebung in Berlin
Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Mikojan geht zunächst auf die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der „DDR“ ein. Dann erläutert er das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland, vor allem die jüngsten Abkommen und die Gespräche in Bonn. Er hebt hervor, die sowjetische Delegation habe unmißverständlich die atomare Ausrüstung der Bundeswehr verurteilt. Er gibt seiner Freude Ausdruck, daß die „DDR“ die Haltung der Sowjetunion, die Beziehungen zum ganzen deutschen Volk zu verbessern, voll unterstütze. Umgekehrt befürworte die Sowjetunion die von der „DDR“ vorgeschlagene Konföderation als einzigen Weg zur Wiedervereinigung. 1075
02. 05. 1958 Aus der Erklärung des Abg. de Félice in der Beratenden Versammlung des Europarates
De Félice begründet die Forderung, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands auf einer Gipfelkonferenz mit Vorrang vor der Frage der Freiheit für die Satellitenstaaten zu behandeln. Jene sei – auch für die Ostblockländer – wirksamer und wegen der Sicherheit Europas dringlicher. 1079
02. 05. 1958 Aus der Erklärung des Abg. Kiesinger (CDU/CSU) in der Beratenden Versammlung des Europarates
Kiesinger erklärt, eine Lösung der deutschen Frage liege nicht allein im deutschen, sondern ebenso sehr im europäischen Interesse. Außerdem betont er, die Einigkeit des Westens bei einer Gipfelkonferenz müsse selbstverständlich sein. Gut wäre, wenn nicht nur in der Beratenden Versammlung, sondern auch im Ministerrat des Europarates Gespräche stattfänden. 1081
02. 05. 1958 Aus der Erklärung des Abg. Becker (FDP) in der Beratenden Versammlung des Europarates
Auch Becker befaßt sich mit der Gipfelkonferenz und wirft im Zusammenhang mit dem Deutschlandproblem eine Reihe kritischer Fragen auf. Er betont vor allem, daß eine allgemeine Abrüstung nur durchführbar sei, wenn auch daß Mißtrauen beseitigt werde. Das sei aber schwerlich ohne eine Bereinigung aller Konfliktsstoffe, also auch die Lösung der deutschen Frage, zu erreichen. 1082
02. 05. 1958 Bericht über eine Erklärung und eine Pressekonferenz der Kommission der Wählervertreter bei der Bezirksleitung Groß-Berlin der SED
Die Kommission der Wählervertreter erklärt, die SED beteilige sich an der Wahl, um eine Wende der Politik in West-Berlin herbeizuführen. Sie trete für eine Politik der Entspannung ein. Sie sei bereit, gemeinsam mit der SPD einen Wahlkampf gegen den Atomtod und für soziale Sicherheit zu führen. 1084
03. 05. 1958 Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der „DDR“ zur Tagung des Nordatlantikrates
Die Erklärung behauptet, die „herrschenden Kreise Westdeutschlands“ versuchten, die NATO ihren aggressiven Plänen dienstbar zu machen. Der Beschluß, die Bundeswehr atomar auszurüsten, stehe jedoch in schroffem Gegensatz zum Willen der westdeutschen Bevölkerung, so wie die Aufrüstungspolitik der NATO überhaupt bei den Völkern Europas auf Widerstand stoße. Das deutsche Volk fordere von den Regierungen der NATO-Länder, eine Verschärfung der internationalen Lage zu verhindern und die Gipfelkonferenz zu unterstützen. 1086

03. 05. 1958	Appell des Hauptvorstandes der CDU in der „DDR“ an die Vorstände aller christlichen Parteien Europas Zu der Frage, was die christlichen Parteien für den Frieden tun könnten, verweist der Appell einerseits auf den sowjetischen Entschluß, die Kernwaffenversuche einzustellen, andererseits auf den Beschluß des Deutschen Bundestages, die Bundeswehr atomar auszurüsten. Um dies zu verhindern, werden die Parteien um Mithilfe gebeten und aufgefordert, die Gipfelkonferenz und alle Entspannungsbemühungen zu unterstützen.	1087
03. 05. 1958	Erklärung der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten an die Regierung der UdSSR Die drei Regierungen bedauern, daß die Sowjetunion unnötigerweise ihren Vorschlag ablehnte, die Besprechungen zwischen ihren Botschaftern und dem sowjetischen Außenminister gemeinsam zu führen. Um die Vorbereitungen für die Gipfelkonferenz nicht noch mehr zu verzögern, erklären sie sich mit getrennten Beratungen über substantielle und organisatorische Fragen einverstanden.	1090
03. 05. 1958	Note des Botschafters der Vereinigten Staaten in Warschau, Beam, an den Stellvertretenden Außenminister Winiewicz Botschafter Beam teilt mit, die amerikanische Regierung sei nach sorgfältiger Prüfung des Memorandums vom 14. Februar zu dem Ergebnis gekommen, daß die Vorschläge nicht ausreichen, um die Gefahr eines Atomkrieges zu vermindern und die europäische Sicherheit zu gewährleisten. Er erläutert die weitreichenden westlichen Vorschläge zur Abrüstung und Sicherheit. Solange es keine gesicherten Vereinbarungen gebe, betont er, müsse die NATO als Gegengewicht zur Macht der Sowjetunion in voller Stärke erhalten werden.	1091
04. 05. 1958	Schreiben des ZK der KPdSU an den Vorstand der SPD Wegen des Beschlusses, die Bundeswehr atomar auszurüsten, und der dadurch bedrohlicher gewordenen Situation in Europa wendet sich das ZK der KPdSU an den Vorstand der SPD. Er verweist auf die Protestbewegung in Westdeutschland und auf die sowjetischen Bemühungen um Abrüstung und Entspannung. Abschließend fordert es zu einem Meinungsaustausch über wirksame Maßnahmen zur Entspannung und Verhinderung eines Atomkrieges auf.	1093
05. 05. 1958	Bericht über eine Erklärung des Bundesministers von Brentano auf der Tagung des Nordatlantikrates in Kopenhagen Bundesminister von Brentano bestreitet entschieden, daß die Bundesregierung auf die Behandlung der Deutschlandfrage auf einer Gipfelkonferenz verzichtet habe. Er betont, eine neue Konferenz müsse an die Vereinbarungen der früheren Konferenzen anknüpfen.	1096
05. 05. 1958	Aide-mémoire der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten Die Sowjetregierung begrüßt das Einverständnis der drei Mächte mit dem sowjetischen Vorschlag, die Botschafterbesprechungen getrennt durchzuführen. Sie wiederholt ihre Ansicht, die Vorbereitung des Außenministertreffens sei die dringlichste Aufgabe; doch könnten nötigenfalls auch einige Themen der Gipfelkonferenz erörtert werden.	1097
05. 05. 1958	Vorschläge der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zur Tagesordnung einer Konferenz der Regierungschefs Unter Bezugnahme auf ihre früheren Vorschläge zur Minderung der weltpolitischen Spannungen und den bisherigen Meinungsaustausch unterbreitet und erläutert die Sowjetregierung 12 Vorschläge. Zusätzlich zu den 9 Punkten vom 8. Januar hat sie die friedliche Nutzung des Weltraums, den deutschen Friedensvertrag und den Ausbau der zwischenstaatlichen Beziehungen in ihre Themenliste aufgenommen.	1099
05. 05. 1958	Schreiben des Vorsitzenden der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik, Fierlinger, an Bundestagspräsident Gerstenmaier In seiner Antwort auf das Schreiben Gerstenmaiers vom 28. Februar beschäftigt sich Fierlinger mit dem Beschluß des Deutschen Bundestages, die Bundeswehr atomar auszurüsten. Zu diesem Problem übermittelt er eine Erklärung der Tschechoslowakischen Nationalversammlung.	1108
07. 05. 1958	Kommuniqué über die Tagung des Nordatlantikrates in Kopenhagen Das Kommuniqué faßt die Ergebnisse der Tagung in 10 Punkten zusammen. Außer Fragen des Bündnisses, vor allem der Zusammenarbeit der Bündnispartner, besprachen die Außenminister Probleme der Gipfelkonferenz und der Abrüstung. Trotz des enttäuschenden Verhaltens der Sowjetunion hofften sie auf Verhandlungen.	1109
08. 05. 1958	Erklärung des Staatssekretärs Dulles vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin Staatssekretär Dulles würdigt die Stellung und Leistung Berlins im Spannungsfeld zwischen Ost und West. Er bekräftigt erneut, daß die Vereinigten Staaten wie die anderen zwei Mächte zu ihrer Verpflichtung stünden, die Sicherheit Berlins zu garantieren. Die militärische Abschreckung mißfalle zwar der Sowjetunion, dennoch gehe sie auf westliche Abrüstungsvorschläge nicht ein.	1111

12. 05. 1958 Schreiben des Ministerpräsidenten Grotewohl an Ministerpräsident Chruschtschow
In seiner Antwort auf das Schreiben vom 4. April verweist Ministerpräsident Grotewohl zunächst auf die Schritte der Regierung und der Volkskammer der „DDR“ zu dem sowjetischen Beschluß, die Kernwaffenversuche einzustellen. Er würdigt dessen Bedeutung und äußert die Hoffnung, daß die anderen Atommächte Gleiches tun werden. Die Bundesregierung beschuldigt er, von der Politik der atomaren Aufrüstung nicht abgehen zu wollen. Seine Regierung dagegen sei entschlossen, für die Entspannung einzutreten. 1115
14. 05. 1958 Erklärung des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland
Die Erklärung nennt die Bundesrepublik Deutschland die Hauptgefahr für den Weltfrieden. Die Politik der Bundesregierung sei gegen jede Entspannung gerichtet, während sich die „DDR“ für die Volksbefragung über die atomare Aufrüstung, die Gipfelkonferenz und die Wiedervereinigung durch eine Konföderation einsetze. All denen, die in Westdeutschland dafür eintreten, versichert der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland seiner Sympathie. 1119
16. 05. 1958 Schreiben des ZK der SED an den Parteitag der SPD
Das Schreiben geht davon aus, daß die Verhinderung der atomaren Aufrüstung und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone die entscheidende Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse und Arbeiterparteien sei. Der Gefährdung von Frieden und Wiedervereinigung durch die Politik der Bundesregierung steht die Friedenspolitik der „DDR“ gegenüber. Das ZK der SED fordert die SPD zum gemeinsamen Kampf auf und empfiehlt einen Meinungsaustausch. 1121
16. 05. 1958 Note des Botschafters Großbritanniens in Warschau, Berthoud, an Außenminister Rapacki
Botschafter Berthoud teilt mit, die britische Regierung habe den polnischen Plan für eine atomwaffenfreie Zone geprüft. Dieser lasse etliche Fragen, z. B. die Sicherheit der NATO und die deutsche Wiedervereinigung, unberücksichtigt. Die britische Regierung habe jedoch ein unvermindertes Interesse an einer Lösung der dringlichen Probleme. Sie verweise auf ihre früher vorgelegten konstruktiven Vorschläge. 1126
16. 05. 1958 Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR zur Tagung des Nordatlantikrates
Die Erklärung behauptet, Hauptziel der NATO-Tagung sei die Festlegung einer gemeinsamen Politik des Wettrüstens und des kalten Krieges gewesen, die vor allem von den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland betrieben würde. Sie führt des weiteren aus, daß die NATO-Staaten zwar die Sowjetunion bezichtigen, die Gipfelkonferenz zu verzögern, in Wirklichkeit aber selbst eine Verschleppungstaktik verfolgten. Es frage sich, ob die Westmächte von diesem gefährlichen Kurs abgehen wollten. Die Sowjetregierung sei ebenfalls zu ehrlichen Verhandlungen bereit. 1127
18. 05. 1958 Aus der Rede des Bundeskanzlers Adenauer in Dortmund
Bundeskanzler Adenauer erläutert, daß die sowjetischen Fortschritte in der Entwicklung von Kern- und Raketenwaffen die NATO zu einer Änderung ihrer Verteidigungskonzeption zwingen. An der modernen Umrüstung müsse sich auch die Bundeswehr beteiligen. Sonst gehe das heute noch bestehende Kräftegleichgewicht zuungunsten des Westens verloren. Oberstes Ziel bleibe aber die allgemeine kontrollierte Abrüstung. Die Bundesrepublik Deutschland bitte deshalb die Mächte in Ost und West, sich um eine Gipfelkonferenz zu bemühen. 1134
18. 05. 1958 Schreiben des ZK der verbotenen KPD an den Parteitag der SPD
Wegen des Beschlusses, die Bundeswehr atomar auszurüsten, polemisiert das Schreiben gegen die Bundesregierung. Es erklärt, die Zusammenfassung aller Kräfte sei notwendig, um die atomare Aufrüstung zu verhindern. Das sei auch die Voraussetzung, um den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands durch eine Konföderation offen zu halten. Das ZK der verbotenen KPD fordert zur Zusammenarbeit der Arbeiterparteien und -organisationen in beiden Teilen Deutschlands auf. 1137
19. 05. 1958 Aus der Erklärung des Senators Mansfield im amerikanischen Senat
Mansfield erklärt, eine Regelung der deutschen Frage, die einem wiedervereinigten Deutschland militärische Handlungsfreiheit gebe, sei keine Lösung. Nur die friedliche und unlösbare Vereinigung Deutschlands mit Westeuropa könne das Wiederaufleben des deutschen Militarismus verhindern. Innerhalb dieses Rahmens sei jedoch Raum für Verhandlungen. Außerdem deutet Mansfield an, der westliche Standpunkt, Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen mit Billigung der Siegermächte, sei überholt. Denn aus der Entwicklung im Westen und Osten Deutschlands ergäben sich Probleme, die ohne Vorbereitung durch die Deutschen selbst nicht gelöst werden könnten. Er empfiehlt, den Verteidigungsprozeß in Berlin zu testen. 1139

20. 05. 1958 Referat des Abg. Wehner auf dem Parteitag der SPD in Stuttgart: Außen- und Wehrpolitik im geteilten Deutschland
In einer kritischen Gegenüberstellung erörtert Wehner die Wehrpolitik der Bundesregierung und die Einstellung der SPD zur Landesverteidigung. Sehr zum Schaden des geteilten Deutschland habe sich die Bundesregierung auf den absoluten Vorrang der militärischen Integration festgelegt, während die SPD sich unter Beachtung der Sicherheitsbedürfnisse auf die Möglichkeiten der militärischen Entspannung konzentriere. Denn nur innerhalb einer europäischen Sicherheitsordnung sei die Wiedervereinigung Deutschlands denkbar. Wehner kommt zu dem Schluß, die deutsche Politik sei in eine Sackgasse geraten. Zu den Möglichkeiten, aus ihr herauszukommen, gehöre ein Eingehen auf die Disengagement-Pläne für Mitteleuropa, selbst wenn die Wiedervereinigung vorher nicht zu erreichen sei, und auf das sowjetische Angebot von Friedensvertragsverhandlungen. Keinesfalls dürfe die Forderung nach Wiedervereinigung als Vorwand für die Fortsetzung des Wettrüstens dienen. Es sei besser, wenigstens jetzt noch Schritte zur Verminderung der Auswirkungen der deutschen Spaltung zu tun, als durch die sonst unvermeidlich werdende völkerrechtliche Anerkennung der „DDR“ in eine ausweglose Situation zu geraten. Wehner vertritt die Ansicht, daß freie Wirtschaft und sozialistisches System nicht absolut unvereinbar seien. Er rät eindringlich, die unumgängliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf demokratische Weise zu versuchen. An dem „DDR“-Regime übt er scharfe Kritik. 1140
23. 05. 1958 Forderungen des Parteitages der SPD in Stuttgart
Für eine Welt der Freiheit und des Friedens fordert der SPD-Parteitag unverzüglich Ost-West-Verhandlungen. Er verurteilt den Beschluß, die Bundeswehr atomar auszurüsten, und das Vorgehen der Bundesregierung gegen die Volksbefragung. Nicht deren bedenkliche Rüstungs- und Blockpolitik, sondern nur eine Politik des Verhandeln über Abrüstung und Entspannung sowie der Normalisierung der Beziehungen zu anderen Staaten schaffe die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung, die lebensnotwendig für Deutschland und Europa bleibe. Seine Forderungen hierzu faßt der Parteitag in sieben Punkten zusammen. Außer den Entspannungs- und Abrüstungsmaßnahmen verlangt er die Förderung der innerdeutschen Verbindungen. Dazu gehöre auch die Kombination von Schritten der vier Mächte und beider Teile Deutschlands, um – gegebenenfalls etappenweise – die Wiedervereinigung zu erreichen. Zu diesem Zweck dürfe die Bundesregierung nötigenfalls selbst Kontakte mit „DDR“-Behörden nicht ablehnen. Schließlich verurteilt die SPD die Politik der SED. 1156
23. 05. 1958 Entschließungen des Parteitages der SPD in Stuttgart
Der SPD-Parteitag kritisiert die Außen- und Wehrpolitik der Bundesregierung. Die SPD fordert eine Politik, die der Sicherheit aller Deutschen dient, auf Entspannung und Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit gerichtet ist. Die Bundeswehr dürfe nicht für parteipolitische Zwecke mißbraucht werden. Außerdem müsse die Landesverteidigung den politischen Notwendigkeiten und wirtschaftlichen Möglichkeiten angepaßt werden. Wehrpflicht und atomare Aufrüstung der Truppe lehnt die SPD ab. Der Parteitag macht auf die Vorgänge in der Sowjetzone aufmerksam und fordert von dem „DDR“-Regime, seine gegen die Freiheit der Bevölkerung und die Einheit des deutschen Volkes gerichteten Maßnahmen einzustellen. 1160
- TAGUNG DES POLITISCHEN BERATENDEN AUSSCHUSSES DER MITGLIEDSTAATEN DES WARSCHAUER VERTRAGES IN MOSKAU
24. 05. 1958 Erklärung des Ministerpräsidenten Chruschtschow
Ministerpräsident Chruschtschow gibt einen Überblick über die internationale Lage. Er behauptet, sie sei von dem wachsenden Einfluß des sozialistischen Lagers und einer Stärkung der Friedenskräfte in der ganzen Welt bestimmt, aber auch von der friedensbedrohenden Politik westlicher imperialistischer Kreise. Diese macht er für die Krisen in Ungarn, Ägypten, Algerien usw. verantwortlich. Er wirft ihnen vor, das Wettrüsten zu verstärken und die Gipfelkonferenz zu verzögern. Besonders gefährlich sei die von amerikanischen Kreisen geplante Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in die atomare Aufrüstung, die den letzten Weg zur Wiedervereinigung durch Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten versperren würde. Die Vereinigten Staaten beschuldigt Chruschtschow, in Verfolgung ihrer aggressiven Pläne in ihren Partnerstaaten Atomwaffenlager und Raketenbasen zu errichten. Er warnt vor den atomaren Gefahren und betont, daß sich die sozialistischen Staaten, die ebenfalls über modernste Waffen verfügten, wider Willen zu Gegenmaßnahmen gezwungen sehen müßten. Angesichts des Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West kommt er zu dem Schluß, daß die westliche Politik der Stärke zum Mißerfolg geführt habe und nur internationale Verhandlungen zur Lösung der Weltprobleme führen könnten. Er geht auf die Diskussion um die Gipfelkonferenz ein, in der der Osten bewiesen habe, daß er die Entspannung wünsche, während der Westen die entgegengesetzte Absicht verfolge. Die kapitalistischen Staaten fordert er zum friedlichen Wettbewerb auf, in dem der Sozialismus seine Überlegenheit beweisen werde. Abschließend bekräftigt er, daß der Warschauer Vertrag im Gegensatz zur NATO keine aggressiven Ziele verfolge. Bei weiteren Entspannungsmaßnahmen müßten die Teilnehmerstaaten jedoch stets auch auf die Sicherheit ihrer Länder bedacht sein. 1163

24. 05. 1958	Erklärung des Ministerpräsidenten Grotewohl Ministerpräsident Grotewohl erklärt, die Regierung der „DDR“ stimme mit der sowjetischen Beurteilung der Weltlage überein und unterstütze vorbehaltlos die Entspannungsvorschläge. Sie begrüße auch die weitere Reduzierung der Streitkräfte der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages. Dabei müsse sie allerdings auf die gesteigerte Aufrüstung in der Bundesrepublik Deutschland hinweisen. Trotzdem habe sie selbst ihre Truppenstärke vermindert. Grotewohl betont, das deutsche Volk habe ein Interesse an der Entspannung in Mitteleuropa, z. B. durch einen Nichtangriffspakt oder die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone. Die „DDR“ sei bereit, aus dem Warschauer Vertrag auszusteigen, wenn die Bundesrepublik Deutschland aus der NATO austrete. Selbstverständlich unterstütze sie den sowjetischen Vorschlag einer Gipfelkonferenz, auf der auch über einen deutschen Friedensvertrag verhandelt werden sollte. Als Vertragspartner könnte eine gesamtdeutsche Vertretung durch eine Konföderation oder auf anderem Wege geschaffen werden. Die Genfer Direktive von 1955, erläutert Grotewohl, sei überholt, weil die Westmächte deren Bestimmungen über die europäische Sicherheit mißachtet hätten. Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen sei wegen der westdeutschen Politik nicht möglich. Der beste Weg sei die Konföderation. Die Regierung der „DDR“ sei bemüht, alle Deutschen in „machtvollen Aktionen zu vereinen“.	1185
24. 05. 1958	Kommuniqué über die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages Das Kommuniqué berichtet, die Partnerstaaten seien sich in der Beurteilung der internationalen Lage einig. Einstimmig hätten sie eine Deklaration angenommen, einer weiteren Reduzierung ihrer Streitkräfte zugestimmt und den Beschluß gefaßt, den NATO-Staaten einen Nichtangriffspakt vorzuschlagen.	1191
24. 05. 1958	Deklaration der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages Die Deklaration beginnt mit einer Beurteilung der internationalen Lage. Sie hebt einerseits die Bemühungen der sozialistischen Länder um Entspannung und friedliche Koexistenz hervor und beschuldigt andererseits westliche imperialistische Kreise der Fortsetzung des Kalten Krieges und der Politik der Stärke. Einige NATO-Staaten verträten allerdings eine realistische Politik. Die Mitglieder des Warschauer Vertrags bekräftigen ihren Willen, die UN zu unterstützen, und plädieren für die Aufnahme Rotchinas. Sie bekennen sich zu einer Gipfelkonferenz und den sowjetischen Beratungsthemen. Die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands gehöre allerdings nicht hierher. Die Deklaration wiederholt den Beschluß, die Streitkräfte des Warschauer Vertrages zu verringern, und erläutert den Vorschlag eines Nichtangriffspaktes. Sie appelliert an die NATO-Staaten, ebenfalls ihre Truppenstärke zu vermindern und den Nichtangriffspakt anzunehmen.	1193
24. 05. 1958	Entwurf eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages und des Nordatlantikpaktes Der Entwurf sieht folgende Verpflichtungen vor: Verbot der Anwendung oder Drohung mit Gewalt; friedliche Regelung von Streitfragen auf der Grundlage der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten; gegenseitige Konsultation über gemeinsame Maßnahmen bei Situationen, die den Frieden oder die Sicherheit Europas gefährden. Der Pakt soll auf 25 Jahre abgeschlossen werden. Er tritt außer Kraft, wenn Nordatlantikpakt oder Warschauer Vertrag ihre Gültigkeit verlieren.	1206
28. 05. 1958	Gesetz über die Abschaffung der Lebensmittelkarten in der „DDR“ Mit Wirkung vom 29. Mai 1958 schafft das Gesetz die Lebensmittelkarten in der „DDR“ ab. Es kündigt die Einführung eines einheitlichen Preisniveaus an, d. h. eine Preiserhöhung bei den bisher rationierten Waren, ausgenommen Grundnahrungsmittel, und eine Preissenkung bei den bisher frei verkäuflichen Waren. Zum Ausgleich werden Lohnerhöhungen bzw. monatliche Zuschläge und Kindergeld in unterschiedlicher Höhe für bestimmte Personengruppen gewährt.	1208
28. 05. 1958	Aide-mémoire der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten an die Regierung der UdSSR Nach Prüfung des sowjetischen Aide-mémoire vom 5. Mai halten die Regierungen der drei Mächte die Standpunkte hinsichtlich der Aufgaben der Botschafterbesprechungen mit dem sowjetischen Außenminister und der Außenministerkonferenz für hinreichend geklärt, so daß die Vorbereitungen für die Gipfelkonferenz unverzüglich beginnen könnten. Deren Zweck sei, die Hauptaufgaben zu prüfen und zu bestimmen, welche den Regierungschefs vorgelegt werden sollen. Die Außenminister müßten außerdem feststellen, ob das Gipfeltreffen Erfolg verspreche, ehe sie sich über Zeit, Ort und Teilnehmer einigten.	1212
28. 05. 1958	Memorandum der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten an die Regierung der UdSSR zur Tagesordnung einer Konferenz der Regierungschefs Die Regierungen der drei Mächte erläutern 10 Tagesordnungspunkte. Es sind die acht Vorschläge, die Präsident Eisenhower in seinem Schreiben vom 12. Januar Ministerpräsident Bulganin unterbreitete. Darüber hinaus erklären sich die Westmächte bereit, Vereinbarungen über ein europäisches Sicherheitssystem zu treffen und über einen internationalen Austausch zwischen den Völkern Osteuropas und den westlichen Ländern zu beraten.	1213

31. 05. 1958 Entwurf der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zur Tagesordnung einer Konferenz der Regierungschefs
Stichwortartig nennt der Entwurf einzelne Maßnahmen zu den Hauptthemen:
Abrüstung, Schutz gegen Überraschungsangriffe, europäische Sicherheit und die Deutschlandfrage, internationaler Austausch sowie Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit. Als ein weiteres Thema ist die Lockerung der Spannungen in Osteuropa aufgeführt. 1218
05. 06. 1958 Artikel von Professor von Weizsäcker: Europa und Deutschland
Prof. von Weizsäcker beschäftigt sich mit der Frage, wie die Spaltung Europas in zwei Blöcke zu überwinden sei. Da jede Lösung ein echtes sowjetisches Interesse befriedigen müsse, sollte die – reale oder eingebildete – militärische Drohung gegenüber der Sowjetunion ausgeschaltet werden, etwa durch die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone. Diese hat nach Weizäckers Ansicht weniger militärische als politische Bedeutung. Für weitergehende Schritte das Schlagwort Disengagement anzuwenden, sei zweideutig, da das militärische Auseinanderrücken der Blöcke von einer politischen Verflechtung begleitet sein müßte. Bei dieser spiele die teilweise Abrüstung eine dienende Rolle. Wesentlich seien intensive Handelsbeziehungen. Der Einwand, die wirtschaftliche Verflechtung stärke das kommunistische System, sei nur dann stichhaltig, wenn der Westen die Absicht habe, den Kommunismus zu stürzen. Weizsäcker gesteht aber schließlich ein, daß er eine Vereinbarung mit den Sowjets gegenwärtig für wenig wahrscheinlich halte. Wenn die Sowjetunion ihre Einstellung überhaupt nicht ändere, sei auch die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich. Der geringste Preis dafür sei eine drastische Beschränkung der deutschen Rüstung und der Abzug aller ausländischen Truppen. Ein militärisch starkes wiedervereinigtes Deutschland würden selbst die westlichen Partner als Gefahr für den Weltfrieden ansehen. 1219
06. 06. 1958 Bericht über Ausführungen des Staatssekretärs Dulles zur Wiedervereinigung Deutschlands
Staatssekretär Dulles führt aus, ein wiedervereinigtes Deutschland müsse fest in den Westen integriert sein. Wenn es aus dieser Bindung entlassen würde, käme Deutschland unweigerlich in Versuchung, Ost und West gegeneinander auszuspielen, was für alle äußerst gefährlich wäre. Dazu erläutert „Die Welt“, es gebe also keine Wiedervereinigung, wenn die Sowjets nicht einsähen, daß eine derartige Lösung auch in ihrem Interesse liege. Für Dulles sei die Einheit Deutschlands eine Funktion der Rußlandpolitik. Dieses Ziel werde der Erwartung untergeordnet, daß sich in der Sowjetunion – vielleicht erst in 50 oder 100 Jahren – ein Wandel ereigne, durch den schließlich alle Probleme gelöst würden. 1224
06. 06. 1958 Aus der Erklärung des Ministerpräsidenten Cyrankiewicz vor dem Sejm
Ministerpräsident Cyrankiewicz stellt fest, daß sich trotz der Bemühungen der sozialistischen Länder um Entspannung die gegenläufige Tendenz der imperialistischen Kräfte verstärke. Das zeige sich besonders deutlich in dem Streben, die Bundesrepublik Deutschland atomar aufzurüsten. Diese bedrohliche Entwicklung müsse Polen genau beobachten. Denn dort wiederhole sich die Geschichte, nämlich die Wiedergeburt des deutschen Militarismus wie unter Hitler. Die Situation heute sei allerdings insofern anders, als inzwischen die „DDR“ als sozialistischer Staat entstanden und Polen mit allen sozialistischen Ländern verbündet sei. Polen, betont Cyrankiewicz, beachte die gefährlichen Vorgänge im Westen und lasse sich von Freundschaftsbeteuerungen nicht täuschen, betreibe selbst aber eine Politik der Entspannung und friedlichen Koexistenz. Deshalb habe es die wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen erweitert und sei auf die Festigung des Bündnisses mit den sozialistischen Ländern bedacht. 1226
09. 06. 1958 Aus der Pressekonferenz des Bundesministers von Brentano in Bonn
Bundesminister von Brentano berichtet über seine Gespräche in Kanada und in den Vereinigten Staaten, in denen die Frage der Gipfelkonferenz an erster Stelle gestanden habe. Er wiederholt, daß keine deutsche Regierung auf die Behandlung des Deutschlandproblems auf einer solchen Konferenz verzichten könne, es aber auch nicht in unangebrachter Weise in den Vordergrund schieben werde. Außerdem sei über die Entwicklung in Frankreich gesprochen worden. 1230
10. 06. 1958 Aus einer Pressekonferenz des Staatssekretärs Dulles in Washington
Die Frage, ob die Vereinigten Staaten mit Ostdeutschland über die Freilassung der Hubschrauberbesatzung verhandeln würden, bejaht Staatssekretär Dulles, betont aber, das bedeute keine Anerkennung. Zu einer anderen Frage erläutert er, er glaube nicht, daß er sich stärker als Bundeskanzler Adenauer für die Wiedervereinigung einsetze. Wohl aber bestehe insofern ein gewisser Unterschied, als die Vereinigten Staaten gegenüber den Sowjets zusätzlich auf der Erfüllung der Genfer Abmachungen bestehen müßten. 1232

11. 06. 1958	<p>Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow an Präsident Eisenhower Ministerpräsident Chruschtschow äußert den Verdacht, die Westmächte hätten mit ihrer Forderung nach Vorverhandlungen die Gipfelkonferenz erschweren wollen. Er wiederholt die nach sowjetischer Ansicht gegenwärtig verhandlungsreifen Fragen. Dann geht er auf die westlichen Vorschläge vom 28. Mai ein. Hier fänden sich weiter Anzeichen dafür, daß der Westen an einer Verständigung wenig interessiert sei. Denn die Themen Osteuropa und Wiedervereinigung Deutschlands habe die Sowjetunion bereits als unannehmbar bezeichnet. Ebenso wenig seien die Vorschläge zur europäischen Sicherheit akzeptabel, da sie darauf hinausliefen, gegen fragwürdige Garantien ganz Deutschland in den Westen zu integrieren. Vielmehr müßten die Großmächte gegenseitige Garantien übernehmen, z. B. für eine atomwaffenfreie Zone oder in einem Nichtangriffspakt. Die Abrüstung wollten die Westmächte wieder nur als Ganzes lösen, obwohl derartige Verhandlungen bisher keinen Erfolg gebracht hätten. Es sollte mit Teilmaßnahmen begonnen werden, mit denen die Sowjetunion schon den Anfang gemacht habe. Chruschtschow gibt als Grund für sein Schreiben an, daß nun endgültig und offen geklärt werden müsse, ob wirklich ernsthafte Bereitschaft für die Einberufung einer Gipfelkonferenz bestehe.</p>	1234
11. 06. 1958	<p>Aus dem Interview des Ministerpräsidenten Chruschtschow mit dem Redakteur der australischen Zeitung „The Herald“, J. Waters Die Frage, warum die Sowjetunion Einwände gegen die Wiedervereinigung Deutschlands erhebe, nennt Ministerpräsident Chruschtschow falsch gestellt. Er erinnert an frühere, vom Westen nicht akzeptierte sowjetische Vorschläge zur Lösung dieses Problems. Inzwischen seien jedoch zwei souveräne deutsche Staaten entstanden, die sich untereinander verständigen müßten. Die Sowjetunion sei bereit, derartige Bemühungen zu unterstützen.</p>	1242
12. 06. 1958	<p>Aufsatz des Bundesministers Schröder: Entscheidende Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Bundesminister Schröder geht zunächst auf die Zustände in der sowjetischen Besatzungszone ein, deren Umformung zu einem kommunistischen Staat das eigentliche Hindernis für die Wiedervereinigung sei. Er betrachtet dann die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, die von der Kritik nicht pauschal abgewertet werden dürfe. Eine kritische Beurteilung der inneren Situation bleibe allerdings notwendig, damit die Bundesrepublik Deutschland am Tage der Wiedervereinigung politisch, moralisch und geistig für ihre Verpflichtungen gegenüber Gesamtdeutschland gerüstet sei. Solange die Deutschen im Westen die Aufgabe, Repräsentanz der Nation zu sein, glaubwürdig erfüllen, bleibe die Hoffnung auf Wiedervereinigung bestehen. Daraus ergäben sich eindeutige Folgerungen, u. a. die nach Einigkeit der Parteien in nationalen Schicksalsfragen. Schröder übt scharfe Kritik an der Entschließung des SPD-Parteitag, die sich auf die Formel bringen lasse „Durch Wiedervereinigung zum Sozialismus“, und an Äußerungen Wehners. Er warnt vor dieser gefährlichen Entwicklung. Die jüngsten Ereignisse in Frankreich enthielten die Mahnung, daß der Staat in eine Krise stürze, wenn der Parlamentarismus im Vierparteienstaat klaren Entscheidungen ausweiche.</p>	1244
16. 06. 1958	<p>Bericht über ein Schreiben des Senats von Berlin an den Magistrat von Groß-Berlin Der Senat von Berlin übermittelt dem Ostberliner Magistrat zehn Fragen zur Wiederherstellung der „technischen Einheit“ Berlins. Unter der Bedingung, daß einige Fragen positiv beantwortet würden, erklärt er sich zu einem Gespräch am 30. Juni bereit.</p>	1254
19. 06. 1958	<p>Protokoll über die Vereinbarung zwischen Vertretern der Regierung der „DDR“ und der Regierung des Königreiches Belgien Die Vereinbarung betrifft die Übergabe eines belgischen Piloten und des Flugzeugs, mit dem dieser in die „DDR“ eingeflogen war, sowie die Zahlung der entstandenen Kosten durch die belgische Regierung.</p>	1256
20. 06. 1958	<p>Aide-mémoire des amerikanischen Außenministeriums an die Botschaft der UdSSR in Washington Das Aide-mémoire gibt eine zusammenfassende Darstellung der Bemühungen um die Freigabe des auf ostdeutschem Territorium gelandeten amerikanischen Armeehubschraubers und seiner 9 Insassen. Es erinnert daran, daß die sowjetischen Militärbehörden entgegen bestehenden Abkommen ihre Zuständigkeit bestritten hätten, Verhandlungen mit ostdeutschen Stellen jedoch ergebnislos geblieben seien. Die amerikanische Regierung mache erneut auf die amerikanisch-sowjetischen Vereinbarungen aufmerksam und fordere, den sowjetischen Militärbehörden in Deutschland Anweisungen zur umgehenden Auslieferung des amerikanischen Personals und Hubschraubers zu erteilen.</p>	1257
21. 06. 1958	<p>Anordnung des Ministers für Volksbildung der „DDR“ über die Aufgaben der Zentralstelle für Jugendhilfe Die Anordnung bestimmt die Aufgaben der Zentralstelle für Jugendhilfe zur Sicherung und Wahrung der Rechte Minderjähriger mit der Staatsangehörigkeit der „DDR“ im Ausland und ausländischer Jugendlicher im Inland.</p>	1259
21. 06. 1958	<p>Erklärung des Außenministers Gromyko gegenüber dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, Kroll Außenminister Gromyko protestiert gegen eine Demonstration vor der sowjetischen Botschaft in Bonn.</p>	1260

24. 06. 1958	Note des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland an die Botschaft der UdSSR in Bonn	
	Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland protestiert gegen Ausschreitungen sowjetischer Demonstranten gegen die deutsche Botschaft in Moskau.	1261
26. 06. 1958	Aus dem Interview des Stellvertretenden Außenministers Winzer für die Nachrichtenagentur AP	
	Minister Winzer äußert sich zu der Frage der Rückführung des amerikanischen Hubschraubers und seiner Besatzung. Für seine Regierung, betont er, sei jede Regelung annehmbar, die keinen Rückfall in die Besatzungszeit bedeute. Vereinbarungen könnten also nur mit einem amerikanischen Vertreter, den seine Regierung mit ausreichenden Vollmachten ausstatte, getroffen werden. Winzer bestreitet, daß es der „DDR“ dabei um ihre staatliche Anerkennung gehe. Den Vorwurf, die „DDR“ habe die Angelegenheit verzögert, weist er ebenso zurück wie die Beschuldigung, sie verlange eine zu hohe Entschädigung. Er versichert, den neun amerikanischen Armeeingehörigen, unter denen sich, wie er beziehungsweise sagt, ein Fachmann für topographische Aufklärung befinde, gehe es gut. Sie könnten Post und Päckchen erhalten.	1262
26. 06. 1958	Presseverlautbarung des amerikanischen Verteidigungsministeriums	
	Die Presseverlautbarung enthält eine detaillierte Darstellung der bisher erfolglosen Bemühungen um die Auslieferung des amerikanischen Hubschraubers und seiner Besatzung.	1268
29. 06. 1958	Erklärung der Teilnehmer einer Konferenz von 15 kommunistischen und Arbeiterparteien in Berlin	
	Die Erklärung weist auf den Friedenswillen der Völker und auf die entgegengesetzten politischen Tendenzen in den sozialistischen und kapitalistischen Ländern hin. Ausführlich geht sie auf die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ein. Sie verlangt die Aufhebung des Verbots der KPD. Die kommunistischen und Arbeiterparteien sichern allen Bewegungen für friedliche Koexistenz und Entspannung ihre Unterstützung zu. Angesichts der „atomaren Aufrüstung“ der Bundesrepublik Deutschland fordern sie eine gesteigerte Aktivität und die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Sie kritisieren dabei das Verhalten „rechtssozialistischer Führer“.	1270
30. 06. 1958	Bericht des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen über die Behinderung der menschlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone	
	Der Bericht enthält eine umfassende Darstellung der Behinderung und ständig zunehmenden Einschränkung der menschlichen Kontakte im geteilten Deutschland durch die „DDR“-Regierung. Beispiele und Zahlen beweisen, wie sich die kommunistischen Restriktionen in den verschiedenen Bereichen, im Reiseverkehr, auf wissenschaftlichem, kirchlichem, kulturellem, sportlichem Gebiet usw., auswirken.	1275
30. 06. 1958	Übergabeprotokoll zwischen Vertretern der Regierung der „DDR“ und der Regierung des Königreiches Belgien	
	Das Übergabeprotokoll verzeichnet die Auslieferung des belgischen Flugzeugs gemäß Protokoll vom 19. Juni.	1288
00. 07. 1958	Aus dem Aufsatz des britischen Oppositionsführers Gaitskell: Disengagement: Warum? Wie?	
	Da die Abschreckungsverteidigung des Westens keine ausreichende Politik sei, sollte, so legt Gaitskell dar, ein Disengagement für das Auseinanderrücken der Machtblöcke in Mitteleuropa sorgen. Der ihm am vernünftigsten erscheinende Plan umfasse 5 Punkte: Abzug der fremden Truppen, Abkommen und Kontrolle über die nationalen Streitkräfte, Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen, Sicherheitsvertrag, Austritt aus den Militärbündnissen. Wenn die Russen zustimmen sollten, könne das Ziel nicht die relative Stärkung des Westens sein, sondern nur die Erhaltung des relativen Gleichgewichts der Sicherheit. Gaitskell setzt sich dann mit der negativen Kritik auseinander. Er gibt aber schließlich zu, daß gegenwärtig wenig Aussicht für eine Realisierung bestehe, ausgenommen ein Abkommen über die Einschränkung ausländischer Streitkräfte und die kontrollierte Abrüstung in diesem Gebiet. Deshalb sei es bedauerlich, daß der Westen nicht mit Gegenvorschlägen auf den Rapacki-Plan reagiert habe. Es bleibe zu hoffen, daß er anlässlich einer Gipfelkonferenz zur Überprüfung seiner Haltung bereit sei.	1289

00. 07. 1958 Aufsatz von P. Florin: Die internationale Stellung der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Außenpolitik
Florin kennzeichnet die Gegenwart als Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Außenpolitik der „DDR“ sei davon bestimmt, für die Entstehung günstiger internationaler Bedingungen zu wirken. Im Gegensatz zu den imperialistischen Kreisen, besonders denen der Bundesrepublik Deutschland, die das Deutschlandproblem durch Annexion der „DDR“ lösen wollten, unterstütze die „DDR“ alle Maßnahmen zur Entspannung. Florin geht zuerst auf die Stellung der „DDR“ im sozialistischen Lager ein, in dem alle Staaten gleichberechtigt seien und sich gegenseitig unterstützen. Zwischen den Ländern träten zwar Widersprüche auf, sie ließen sich aber auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus lösen. Nur Jugoslawien wolle staatliche Bindungen auf der Basis friedlicher Koexistenz, die jedoch Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung vorbehalten sei. Florin legt nun dar, daß die Verbindungen der „DDR“ zu den neutralen Staaten auf dieser Grundlage ruhen. Er behandelt dann noch die Frage der Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten, die die friedliche Koexistenz durch Nichtanerkennung der „DDR“ erschwerten. Allerdings sei eine allmähliche Lockerung dieser starren Haltung zu bemerken. Es würden auch Stimmen laut, die die von der „DDR“ vorgeschlagenen innerdeutschen Verhandlungen befürworteten. Florin attackiert heftig die „Bonner Europapolitik“, mit der sich die „westdeutsche Großbourgeoisie“ die Vorherrschaft sichern wolle, eine Politik, die im eigenen Lager auf wachsenden Widerstand stoße. Demgegenüber zeige einzig die Außenpolitik der sozialistischen Länder den Weg zum friedlichen Zusammenleben der Völker. Mit Sicherheit werde die „DDR“ durch ihre Außenpolitik Gleichberechtigung in internationalen Organisationen erringen. 1294
01. 07. 1958 Schreiben des Präsidenten Eisenhower an Ministerpräsident Chruschtschow
Präsident Eisenhower nennt den Vorwurf, die Westmächte verzögerten die Gipfelkonferenz, unverständlich. Sie hielten sie vielmehr für wünschenswert, müßten aber angesichts der sowjetischen Haltung auf ausreichenden Vorbereitungen bestehen. Eisenhower verweist auf die westlichen Vorschläge zur Tagesordnung sowie auf einen Verfahrensvorschlag zur Überwindung der Schwierigkeiten, die sich aus den zwei Vorschlagslisten ergeben. Die Vorbesprechungen in Moskau dürften sich nicht nur auf die sowjetische Themenliste erstrecken. Außenminister Gromyko habe zwar eine offizielle Antwort auf den Verfahrensvorschlag zugesagt, doch statt dessen wiederhole das Schreiben vom 11. Juni nur die Argumente für die sowjetische und gegen die westliche Tagesordnung. Die Westmächte gäben aber weder die Hoffnung noch die Bemühungen auf, eine Lösung der Weltprobleme zu erreichen. Sie erwarteten die Annahme ihres Verfahrensvorschlags oder die Vorlage einer akzeptablen Alternative. 1310
01. 07. 1958 Aide-mémoire des amerikanischen Außenministeriums an die Botschaft der UdSSR in Washington
Das Aide-mémoire wiederholt die Forderung, unverzüglich Vorkehrungen für die Freilassung der Hubschrauberbesatzung und die Auslieferung der Maschine zu treffen. 1312
- AUSSENPOLITISCHE AUSSPRACHE DES 3. DEUTSCHEN BUNDESTAGES IM ZUSAMMENHANG MIT DER DRITTEN BERATUNG DES BUNDESHAUSHALTSPLANS FÜR DAS RECHNUNGSJAHR 1958
02. 07. 1958 Erklärung des Abg. Gradl (CDU/CSU)
Gradl begründet den Antrag, den der Auswärtige Ausschuß dem Bundestag zur Annahme empfiehlt: Danach soll sich die Bundesregierung bei den Vier Mächten dafür einsetzen, daß auf einer Gipfelkonferenz oder auch unabhängig davon ein Vier-Mächte-Gremium mit dem Auftrag gebildet wird, gemeinsam Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage zu erarbeiten. 1313
02. 07. 1958 Aus der Erklärung des Abg. Meyer (Frankfurt) (SPD)
Meyer beklagt, daß noch immer keine diplomatischen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten bestehen, obwohl diese doch sicher an internationalen Verhandlungen beteiligt sein würden. Er kritisiert auch die mangelnde Beweglichkeit und Initiative der deutschen Außenpolitik im Hinblick auf das deutsche Problem. Mit einer Reihe von kritischen Fragen gibt er vor allem zu verstehen, daß die Bundesregierung nicht genügend Interesse an einer Gipfelkonferenz gezeigt habe. Ein starres Festhalten an den Genfer Empfehlungen von 1955 führe nicht weiter. Schließlich weist er darauf hin, eine gemeinsame Außenpolitik setze voraus, daß der Partner – die SPD – nicht verdächtigt werde. 1316

02. 07. 1958	<p>Aus der Erklärung des Bundesministers von Brentano Bundesminister von Brentano äußert sich zu den Vorwürfen des Abg. Meyer. Er bestreitet eine mangelnde Initiative der Bundesregierung und betont, sie müsse sich allerdings hüten, falsche Ideen zu verwirklichen, besonders hinsichtlich der osteuropäischen Staaten. Er erinnert an die guten Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Verbündeten und zu anderen Staaten. Nicht einmal das Nein der Sowjetunion zur Wiedervereinigung habe die Bundesregierung an weiteren deutsch-sowjetischen Verhandlungen und Abkommen gehindert. Auch bei den Versuchen, internationale Probleme zu lösen, stehe sie nicht untätig abseits. Durch die Bündnispartner sei sie an der Vorbereitung der Gipfelkonferenz mit eigenen Vorstellungen und Vorschlägen beteiligt. Keinesfalls wolle sie durch eine unmittelbare Teilnahme an der Konferenz einen indirekten Beitrag zur Anerkennung der „DDR“ leisten.</p>	1321
02. 07. 1958	<p>Aus der Erklärung des Abg. Becker (Hersfeld) (FDP) Becker beschäftigt sich mit der Frage der gemeinsamen Außenpolitik. Gemeinsamkeit nicht nur aller Parteien, sondern auch der Verbündeten sei angesichts der Weltlage notwendig, auch, um noch nicht bestehende diplomatische Beziehungen zu anderen Staaten herzustellen. Weltanschauliche Widersprüche dürften dabei kein Hinderungsgrund sein. Becker bemängelt die ungenügende Unterrichtung im Auswärtigen Ausschuß. Er kommt auf seinen Vorschlag zurück, ein vertrauliches Gremium zu schaffen, das wirklich jede gewünschte Aufklärung erhalten könnte. Er nennt eine Reihe von Problemen, die hier erörtert werden sollten: u. a. die sogenannte Hallstein-Doktrin, die Frage der deutschen Stellung zwischen Ost und West, der östliche Kolonialismus und die Verlagerung der kommunistischen Expansion sowie die militärische Konzeption für die Bundesrepublik Deutschland.</p>	1326
02. 07. 1958	<p>Aus der Erklärung des Abg. Kiesinger (CDU/CSU) Auch Kiesinger geht auf die Frage der gemeinsamen Außenpolitik ein, der vor allem die unterschiedliche Beurteilung der Situation im Wege stehe. In Verkennung der Gegebenheiten unterschätze die Opposition die noch immer vom Osten drohende Gefahr und erhebe eher gegen den Westen statt gegen den Osten Vorwürfe. Einigkeit bestehe aber wohl darüber, daß es niemals eine Wiedervereinigung Deutschlands unter kommunistischen Vorzeichen geben dürfe. Kiesinger kündigt eine Erörterung der Beziehungen zu den Ostblockstaaten im Auswärtigen Ausschuß an. Er betont, die Bundesregierung wünsche Verbesserung des Verhältnisses zur Sowjetunion, müsse aber auch ein Entgegenkommen in der deutschen Frage erwarten. Eine gemeinsame und gründliche Analyse der Weltlage bezeichnet er abschließend als entscheidende Voraussetzung für die gemeinsame Außenpolitik.</p>	1335
02. 07. 1958	<p>Erklärung des Abg. Schneider (Bremerhaven) (DP) Schneider bedauert den Parteienstreit um die Wiedervereinigungs-, Außen- und Wehrpolitik und äußert sich besorgt über ausländische Stimmen, die die Notwendigkeit der deutschen Einheit in Frage stellen. Er gibt zu bedenken, ob die eventuelle atomare Bewaffnung der Bundeswehr nicht ein Faustpfand für Verhandlungen mit der Sowjetunion über das Deutschlandproblem sein könnte. Auf keinen Fall dürfe die Umrüstung überstürzt werden. Er kritisiert jedoch die Bewegung gegen den Atomtod und betont die Unerläßlichkeit einer wirkungsvollen Verteidigung. Trotz aller Vorbehalte dürfe nicht so getan werden, als ob die Satellitenstaaten nicht existierten. Schneider spricht sich für eine gemeinsame Außenpolitik aus. Die der Bundesregierung sei grundsätzlich richtig gewesen, könne aber noch aktiviert werden. Schneider befürwortet den Vorschlag des Abg. Becker.</p>	1339
02. 07. 1958	<p>Abstimmung über den eingebrachten Entschließungsantrag Der Bundestag nimmt den Antrag des Auswärtigen Ausschusses einstimmig an.</p>	1344
02. 07. 1958	<p>Interview des Stellvertretenden Außenministers Winzer für die Nachrichtenagentur ADN Minister Winzer nimmt zu einer gemeinsamen Erklärung des amerikanischen Außen- und Verteidigungsministeriums Stellung. Er wiederholt den Standpunkt seiner Regierung, daß mit der Beendigung der Besatzungszeit frühere Vier-Mächte-Abkommen ihre Gültigkeit verloren hätten und ausschließlich die „DDR“ für die Regelung der Hubschrauber-Angelegenheit zuständig sei. Die Verhandlungen darüber hätte aber nicht ein Offizier der amerikanischen Militärmission, sondern ein ausreichend bevollmächtigter Vertreter der Regierung der Vereinigten Staaten führen müssen.</p>	1345
02. 07. 1958	<p>Note der Botschaft der UdSSR in Washington an das amerikanische Außenministerium In ihrer Antwort auf das amerikanische Aide-mémoire vom 20. Juni weist die sowjetische Botschaft erneut darauf hin, daß nicht die sowjetischen Militärbehörden, sondern die Behörden der „DDR“ für die Rückführung des amerikanischen Hubschraubers und seiner Besatzung verantwortlich sei.</p>	1348
03. 07. 1958	<p>Aide-mémoire des amerikanischen Außenministeriums an die Botschaft der UdSSR in Washington In Beantwortung der sowjetischen Note vom 2. Juli stellt das amerikanische Außenministerium fest, die sowjetische Seite beurteile sowohl die rechtliche als auch die tatsächliche Situation falsch. Die amerikanische Regierung wiederhole deshalb ihre Forderung, unverzüglich Vorkehrungen für die Freilassung der Hubschrauber-Insassen zu treffen.</p>	1349

03. 07. 1958 Aus der Erklärung des Generalsekretärs des Nordatlantikrates, Spaak, vor der Vollversammlung der WEU
Generalsekretär Spaak erklärt, ein Disengagement dürfe erstens nicht zum Abzug der amerikanischen Truppen aus Deutschland und dann aus Europa und zweitens nicht zur Neutralisierung Deutschlands, dem Anfang zur Neutralisierung Europas, führen. Aus den Vorschlägen Kennans gehe nämlich hervor, daß der Truppenabzug letzten Endes ein sowjetisches Vordringen nach Europa zur Folge hätte. Die NATO, führt Spaak weiter aus, habe ihr Ziel, den Kommunismus in Europa aufzuhalten, erreicht. Er frage sich jedoch, ob sie heute noch die angemessene Antwort auf die sowjetische Drohung sei. Die Sowjetunion versuche jetzt, mehr mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen als militärischen Aktionen in Asien und Afrika die Flanken aufzurollen. Der Herausforderung der kommunistischen Welt könne die westliche Welt nur mit Einigkeit begegnen. 1350
04. 07. 1958 Empfehlung Nr. 23 der Versammlung der WEU zum gegenwärtigen Stand der europäischen Sicherheit
Die Versammlung der WEU bestätigt die Grundsätze, in Mitteleuropa eine Landstreitmacht von mindestens 30 mit taktischen Kernwaffen ausgerüsteten Divisionen aufrechtzuerhalten. Sie empfiehlt Maßnahmen, die die Mindesthöhe des Verteidigungsbeitrages jedes Mitgliedstaates gewährleisten, zu einer gemeinsamen Entscheidungsgewalt über die strategische Anwendung von Kernwaffen und zu einer übernationalen Abstimmung der Operationspläne aller Truppengattungen der Mitgliedländer führen sollen. 1355
05. 07. 1958 Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, zur Eröffnung der I. Ostseewoche der „DDR“ in Rostock
Den Frieden an der Ostsee zu sichern, nennt Ulbricht den Sinn der Ostseewoche. Er richtet heftige Angriffe gegen die Bundesrepublik Deutschland, die hier gefährliche machtpolitische Ziele verfolge. Dagegen habe die „DDR“ schon im Vorjahr allen Ostseestaaten einen Nichtangriffspakt vorgeschlagen. Ulbricht legt im einzelnen dar, daß gute Beziehungen auf wirtschaftlichem, kulturellem und sportlichem Gebiet die „DDR“ mit allen diesen Ländern verbinden. Mit dem Nichtangriffspakt wolle sie weder deren Neutralität einschränken, noch auf einem Umweg ihre staatliche Anerkennung erreichen. Zur Verbesserung der Beziehungen empfiehlt Ulbricht handelspolitische Abkommen und den Ausbau der Verbindungen auf allen anderen Gebieten. 1356
07. 07. 1958 Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow an den Ersten Sekretär des ZK der SED, Ulbricht, und Ministerpräsidenten Grotewohl
Das Schreiben teilt mit, daß die Sowjetunion ab 1. Januar 1959 auf die 600 Mill. DM verzichte, die von der „DDR“ jährlich für den Unterhalt der sowjetischen Truppen in der „DDR“ gezahlt werden sollten. 1363
08. 07. 1958 Erklärung des Ministerpräsidenten Chruschtschow bei der Ankunft einer Delegation der KPdSU in Berlin
Mit dem Dank für die Einladung zum 5. Parteitag der SED verbindet Ministerpräsident Chruschtschow eine Würdigung der guten Beziehungen zwischen der KPdSU und SED. Er lobt die Erfolge der „DDR“ beim Aufbau des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates. 1364
08. 07. 1958 Rede des Ministerpräsidenten Chruschtschow in Halle
Ministerpräsident Chruschtschow spricht sich für die friedliche Koexistenz und den friedlichen Wettbewerb zwischen den Systemen aus. Obwohl die sozialistischen Länder den Kapitalismus nicht unterschätzten, seien sie des Sieges der Arbeiterklasse gewiß. Mit ihren Erdsatelliten habe die sowjetische Wissenschaft die Vereinigten Staaten bereits übertroffen. Bundeskanzler Adenauer denke noch immer an die Politik der Stärke und wolle die „DDR“ nicht anerkennen. Überhaupt wollten die Kapitalisten den sicheren Sieg des Sozialismus nicht wahrhaben. Chruschtschow weist auf die Verteidigungskräfte des sozialistischen Lagers hin. Aber ohne Krieg werde nicht nur ganz Deutschland, sondern die ganze Welt den sozialistischen Weg gehen. Inzwischen, so glaube er, werde sich die Arbeiterklasse der „DDR“ noch enger um die SED scharen. 1365
- 09.07. 1958 Aus der Rede des Ministerpräsidenten Chruschtschow auf einer Versammlung des Elektronischen Kombinats Bitterfeld
Ministerpräsident Chruschtschow führt aus, die Bundesregierung wolle durch die Politik der Stärke die Sowjetunion zwingen, um den Preis der „Liquidierung“ der „DDR“ der Wiedervereinigung, die doch allein eine innerdeutsche Angelegenheit sei, zuzustimmen. Die sozialistischen Länder würden aber alle Kräfte zum Schutz der „DDR“ aufbieten. Chruschtschow betont, die Frage des „Lebensraumes“ für das deutsche Volk sei im sozialistischen Lager überholt. Er geht auf den Antagonismus zwischen Sozialismus und Kommunismus auf der einen und Kapitalismus auf der anderen Seite ein und fordert die Kapitalisten auf, auch den „kommunistischen Kompaß“ zu benutzen. Er würdigt die SED und ihre führenden Funktionäre. In der Deutschlandfrage, meint er, werde der Zeitpunkt kommen, zu dem die Bundesrepublik Deutschland die „DDR“ um Verhandlungen bitten werde. 1367

V. PARTEITAG DER SED IN BERLIN

10. 07. 1958 Aus dem Bericht des ZK der SED an den V. Parteitag
In dem Bericht über die Jahre seit dem letzten Parteitag nimmt die Darstellung der Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands, die die internationalen Gegensätze widerspiegeln, breiten Raum ein. Nach dem Scheitern der EVG-Verhandlungen habe sich die „DDR“ für die Wiederaufnahme der Deutschlandverhandlungen und unter der Losung „Deutsche an einen Tisch“ für die Wiedervereinigung eingesetzt. Mit der Ablehnung aller Vorschläge durch die Bundesregierung und die „Remilitarisierung“ sei die „letzte Chance gesamtdeutscher freier Wahlen vertan“ worden. Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO, von der „Scheinopposition“ der SPD nicht verhindert, habe dann den Abschluß des Warschauer Vertrages zur Folge gehabt. Durch die Unterstützung der sowjetischen Vorschläge für ein europäisches System der kollektiven Sicherheit, ergänzt durch spezielle Vorschläge der „DDR“ zur Wiedervereinigung, habe sich die „DDR“ im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland als friedliebender demokratischer Staat erwiesen. Versuche, die Verhältnisse in der „DDR“ zu beeinflussen, hätten im Innern mit der Entlarvung der Revisionisten geendet, nach außen der Politik der Stärke eine Niederlage zugefügt. Die „DDR“ habe den Aufbau des Sozialismus verstärkt fortgeführt. Der Kampf um eine Konföderation sei die Hauptlosung der Partei geworden. Der Bericht behauptet, in der Bundesrepublik wachse der Gegensatz zwischen Regierung und „Volksmassen“. Er beschreibt die Anstrengungen der „DDR“, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ganz Deutschlands herbeizuführen. Im weiteren Verlauf behandelt er die Beziehungen der 1955 souverän gewordenen „DDR“ innerhalb des sozialistischen Lagers und zu den neutralen und kapitalistischen Staaten. Wenn letztere auch noch nicht bereit seien, die Beziehungen zu normalisieren, so wachse doch die Erkenntnis, sie zu erweitern. Das werde auch die Bundesregierung auf die Dauer nicht verhindern können. Gegen den Widerstand der imperialistischen Staaten vertrete die „DDR“ ihren Anspruch auf Gleichberechtigung in den internationalen Organisationen. 1371
10. 07. 1958 Aus dem Referat des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht
Ulbricht charakterisiert die beiden entgegengesetzten Wege der Weltpolitik. Von den sowjetischen Vorschlägen für die Gipfelkonferenz sei das Angebot von Friedensvertragsverhandlungen für die Deutschen besonders wichtig. In sechs Punkten skizziert Ulbricht die Grundlagen eines Friedensvertrages. Er entwickelt dann die These, daß die „Sicherung des Friedens zum Hauptinhalt der Deutschlandfrage“ geworden sei. Besondere Bedeutung habe der Plan einer kernwaffenfreien Zone im Hinblick auf die „Atomrüstung Westdeutschlands“. Zur Verschleierung ihrer wahren Absichten spreche die Bundesregierung „scheinheilig“ von menschlichen Kontakten. Entscheidend für normale Beziehungen sei die Verhinderung der „Atomrüstung“. Deshalb unterbreite die „DDR“ drei Vorschläge, die eine Verstärkung der Volksbewegung gegen den Atomtod und Beratungen zwischen Regierungsvertretern und zwischen Vertretern der SED und SPD vorsehen. Zur Berlin-Frage führt Ulbricht aus, die „DDR“ sehe sich gezwungen, „gewisse Maßnahmen zur Neutralisierung der von Westberlin ausgehenden feindlichen Tätigkeit zu treffen“. Die Lage müsse zwar normalisiert werden, doch die Vorschläge des Senats von Westberlin seien dafür untauglich. Nur die Vorschläge der „DDR“ zur Entspannung der Lage in Deutschland könnten den Weg für gemeinsame gleichberechtigte Verhandlungen in Berlin ebnen. Zu der Frage, in welchem Stadium sich die Wiedervereinigung befinde, wiederholt Ulbricht die bekannten Thesen und Forderungen. Zu Gesprächen über die Erleichterung des innerdeutschen Reiseverkehrs sei die „DDR“ erst nach Aufhebung von „DDR“-Bürger diskriminierenden Bestimmungen bereit. Voraussetzungen für die Lösung der deutschen Fragen seien die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Verständigung zwischen SED und SPD sowie den Gewerkschaften. Die „DDR“ schlage einen öffentlichen Meinungsaustausch über eine Annäherung und eine Konföderation vor sowie Beratungen auf Regierungsebene über innerdeutsche Fragen. 1391
11. 07. 1958 Aus der Rede des Ministerpräsidenten Chruschtschow
Ministerpräsident Chruschtschow beglückwünscht die SED zu den Erfolgen beim Aufbau des Sozialismus. Er geht auf die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft ein, die schnellere und größere Fortschritte als die kapitalistische erziele; das sei wesentlich, weil der einfache Mann ein System auch danach beurteile. Er betont, die Einheit der sozialistischen Länder sei notwendig, um den imperialistischen Kräften entgegenzutreten zu können, die sich allen Entspannungsvorschlägen widersetzen. So forderten sie die Behandlung unannehmbarer Fragen auf einer Gipfelkonferenz. Dazu gehöre die der Wiedervereinigung Deutschlands, die nur durch innerdeutsche Verhandlungen über eine Konföderation zu lösen sei. Wenn die westlichen Vorschläge das Deutschlandproblem mit dem der europäischen Sicherheit verknüpfen, sei das, behauptet Chruschtschow, der Versuch, die volksdemokratische Ordnung in der „DDR“ und in den übrigen Ländern zu beseitigen. Angesichts der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland und der NATO-Politik könne von europäischer Sicherheit keine Rede sein. Ebenso mache die antisowjetische Propaganda die deutsche Politik fragwürdig. Chruschtschow versichert, die Sowjetunion wolle mit dem ganzen deutschen Volk in Freundschaft leben, wie heute bereits mit der „DDR“. 1408

11. 07. 1958	Grußschreiben des ZK der KPdSU Das Größschreiben würdigt den Kampf der SED, für die Festigung der „DDR“ und die Wiedervereinigung Deutschlands, die Bedeutung der „DDR“ als erster Arbeiter-und-Bauern-Staat in der deutschen Geschichte und die Leistungen der Werktätigen der „DDR“ beim Aufbau des Sozialismus.	1425
11. 07. 1958	Aus der Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der SED, Leuschner Leuschner dankt der Sowjetunion für den Verzicht auf den Rest der Stationierungskosten und für den erfolgreichen Abschluß der Wirtschafts-verhandlungen. Er versichert der sowjetischen Delegation, die SED werde sich auch künftig für die Einheit und die Festigung des sozialistischen Lagers einsetzen.	1426
11. 07. 1958	Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der verbotenen KPD, Reimann Reimann beschäftigt sich mit der Notwendigkeit und den Möglichkeiten, die nach kommunistischer Ansicht gefährliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland aufzuhalten. Die „DDR“ nennt er den „Dorn im Fleisch des deutschen Imperialismus“. Er spricht sich dafür aus, die atomare Aufrüstung durch außerparlamentarische Aktionen zu verhindern und dadurch den Weg zur Entspannung frei zu machen. Er erhebt eine Reihe von Forderungen, u. a. die nach Aufhebung des KPD-Verbots. Scharfe Angriffe richtet er gegen die SPD-Führung. Schließlich versichert er, die „Überwindung des Rechtsopportunismus“ betrachte die KPD als entscheidend für den ideologischen Kampf.	1427
13. 07. 1958	Aus der Rede des Ministerpräsidenten Grotewohl Das deutsche Volk von der Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus zu überzeugen, bezeichnet Ministerpräsident Grotewohl als wichtigen Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands. Über die hierzu von Staatssekretär Dulles geäußerten Ansichten macht er sich lustig. Die „Bonner These“, die Wiedervereinigung bringe die Lösung der Frage der europäischen Sicherheit, nennt er unrichtig. Statt dessen sollten die vier Mächte auf der Gipfelkonferenz die Einstellung der Kernwaffenversuche, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone und den Abschluß eines Nichtangriffspaktes beschließen. Erst danach könne vom deutschen Volk durch eine Konföderation die Einheit Deutschlands herbei geführt werden. Ohne die Aktionseinheit der Arbeiterklasse mit allen patriotischen Kräften sei sie jedoch undenkbar.	1434
15. 07. 1958	Rede des Stellvertretenden Außenminister Winzer Minister Winzer unterstreicht das zunehmende internationale Ansehen der „DDR“. In ihrer Außenpolitik habe 1955 ein neuer Abschnitt begonnen. Seitdem seien nicht mehr die Alliierten, sondern allein die Deutschen selbst für die Wiedervereinigung zuständig. Als ein Grundprinzip der Außenpolitik bezeichnet er die Wahrung der Einheit der „sozialistischen Völkergemeinschaft“, für die alle Erscheinungen des Revisionismus gefährlich seien. Ein weiteres Grundprinzip sei die Stellungnahme gegen die „imperialistische Politik Westdeutschlands“ und die Beachtung der friedlichen Koexistenz. Winzer polemisiert gegen die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland. Er wiederholt, daß die „Sicherung des Friedens zum Hauptinhalt der Deutschlandfrage“ geworden sei.	1436
15. 07. 1958	Aus dem Beschluß des V. Parteitages der SED Der Beschluß wiederholt im ersten Abschnitt, der die internationale Stellung der „DDR“ behandelt, die Beurteilung der Weltlage, einschließlich der Gegensätze zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland. Die Schlußfolgerungen enthalten das außenpolitische Programm der „DDR“. Der dritte Abschnitt kennzeichnet die „Arbeiter-und-Bauern-Macht“ als den ersten „wahrhaft demokratischen Staat in der deutschen Geschichte“ und schließt mit dem innenpolitischen Programm der „DDR“. Es besagt im wesentlichen, den Aufbau des Sozialismus durch Erziehung zum Sozialismus zu intensivieren. Der sechste Abschnitt beschreibt die „geschichtlichen Aufgaben der <DDR> im Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden demokratischen Staat“. Die Hauptaufgabe sei, die „atomare Aufrüstung Westdeutschlands“ zu verhindern und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone durchzusetzen. Das sei die Voraussetzung für die Wiedervereinigung durch eine Konföderation beider Teile Deutschlands. Dafür wiederum sei die „maximale Stärkung“ der „DDR“ erforderlich. Die Arbeiterklasse und alle friedliebenden Menschen in Westdeutschland müßten für Verhandlungen zwischen der Regierung der „DDR“ und der Bundesregierung gewonnen werden.	1440
15. 07. 1958	Schreiben des Ministerpräsidenten Široký an Bundeskanzler Adenauer Ministerpräsident Široký regt an, die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland zu normalisieren. Die Bundesregierung könne durch die Zustimmung zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes und zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone ihre Bereitschaft zur Entspannung zeigen. Ein Beweis dafür, daß das tschechoslowakische Volk keinen Haß gegen das deutsche Volk hege, sei das freundschaftliche Verhältnis zur „DDR“. Široký schlägt vor, entweder in Prag oder in Bonn unverzüglich Verhandlungen aufzunehmen.	1456

15. 07. 1958	<p>Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen der europäischen Staaten, der „DDR“ und der Vereinigten Staaten</p> <p>Die Sowjetregierung geht davon aus, daß die Lage in Europa Bemühungen um die Stärkung des Vertrauens und der Zusammenarbeit notwendig mache. Sie gibt zu verstehen, daß der Westen vor allem durch eine forcierte Aufrüstung, insbesondere mit Atomwaffen, einen Krieg vorbereite und die Sicherheit gefährde. Demgegenüber habe der Osten bereits durch Taten – Einstellung der Kernwaffenversuche, Truppenreduzierung und den Vorschlag eines Nichtangriffspaktes – bewiesen, daß er die Sicherung des Friedens wünsche. Zum Beweis dafür, daß eine Verständigung möglich sei, erinnert die Sowjetregierung an frühere Regelungen internationaler Fragen, z. B. den österreichischen Staatsvertrag. Sie gibt zu, daß Ost und West über Ursachen und Mittel zur Milderung der Spannung in Europa geteilter Meinung seien, betont aber, diese Streitfragen dürften kein Hinderungsgrund sein. Begrenzte Zusammenschlüsse wie die Montanunion, die EWG usw. vertieften jedenfalls die Spaltung. Die Sowjetregierung regt einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit an und übermittelt einen entsprechenden Entwurf.</p>	1460
15. 07. 1958	<p>Entwurf der Regierung der UdSSR für einen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit der europäischen Staaten“</p> <p>Die Vertragspartner, das können außer allen europäischen Ländern auch die Vereinigten Staaten von Amerika werden, übernehmen erstens Verpflichtungen für das gutnachbarliche Zusammenleben nach dem Prinzip der Nichteinmischung. Dazu gehört die Auflage, alle Streitigkeiten auf friedliche Weise zu lösen und im Falle eines Angriffs den Aggressor nicht zu unterstützen, auch wenn irgendwelche Bündnisverpflichtungen bestehen. Zweitens verpflichten sich die vertragschließenden Seiten zu Teilmaßnahmen auf militärischem Gebiet, wie Verringerung bzw. Abzug fremder Streitkräfte von deutschem Territorium, Luftinspektion und Schaffung einer kern- und raketenwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Drittens gehen sie Verpflichtungen ein, die wirtschaftlich, wissenschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit zu vertiefen. Der Vertrag soll auf 10 Jahre geschlossen werden.</p>	1466
17. 07. 1958	<p>Vereinbarung zwischen dem DRK der „DDR“ und dem Amerikanischen Roten Kreuz</p> <p>Die Vereinbarung sieht vor, daß die 9 amerikanischen Hubschrauber-Insassen freigegeben und die Kosten für ihren Aufenthalt von amerikanischer Seite getragen werden.</p>	1469
18. 07. 1958	<p>Erklärung der Regierung der „DDR“ zur Lage im Nahen Osten</p> <p>Die Regierung der „DDR“ verurteilt das amerikanisch-englische Eingreifen im nahen Osten, das den Weltfrieden gefährde, und bezichtigt die Bundesregierung der Unterstützung dieser „Aggression“. Sie bekundet ihre Solidarität mit den arabischen Völkern. Unter Protest fordert sie den sofortigen Abzug der fremden Truppen aus dem Nahen Osten und verlangt von der Bundesregierung Maßnahmen, um jede deutsche Beteiligung und Unterstützung zu verhindern. Das ganze deutsche Volk ruft sie auf, sich „gegen die imperialistische Aggression einzusetzen“.</p>	1470
19. 07. 1958	<p>Übergangsprotokoll zwischen dem DRK der „DDR“ und dem Amerikanischen Roten Kreuz</p> <p>Das Protokoll verzeichnet die Übergabe der 9 amerikanischen Hubschrauber-Insassen gemäß der Vereinbarung vom 17. Juli und bestätigt deren korrekte Behandlung in der „DDR“.</p>	1471
21. 07. 1958	<p>Note der Regierung der „DDR“ an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>Die Note wirft der Bundesregierung vor, die „amerikanisch-englische Aggression“ im Nahen Osten zu unterstützen. Damit verletze sie das Völkerrecht und bringe den deutschen Namen in Mißkredit. Die Regierung der „DDR“ fordert sofortige Maßnahmen, die den Einsatz von „Westdeutschen NATO-Soldaten“ in irgendeiner Form, die Verwendung von Flugplätzen und militärischen Anlagen und die Benutzung des Luftraums der Bundesrepublik Deutschland unmöglich machen sowie jede Unterstützung der „Aggression“ in Presse und Rundfunk unter Strafe stellen. Sie erwartet eine entsprechende offizielle Erklärung der Bundesregierung.</p>	1472
21. 07. 1958	<p>Mitteilung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der „DDR“</p> <p>Die Mitteilung berichtet über Besprechungen zwischen Vertretern der Regierung der „DDR“ und der evangelischen Kirche. Die kirchlichen Vertreter hätten u. a. erklärt, daß die Christen den Aufbau des Sozialismus respektieren, und hätten den Vorwurf des Verfassungsbruchs zurückgenommen. Die Regierung habe versichert, daß jeder Bürger volle Glaubens- und Gewissensfreiheit genieße, und die Überprüfung von Beschwerden und weiteren Einzelfragen zugesagt. Beide Seiten hätten sich zu klärenden Aussprachen bekannt.</p>	1474
25. 07. 1958	<p>Erklärung der Regierung der „DDR“ zur internationalen Lage</p> <p>Die Erklärung betrifft die Lage im Nahen Osten. Der Ministerrat der „DDR“ begrüßt alle Proteste, ausdrücklich den großen Teile der westdeutschen Bevölkerung, und würdigt alle sowjetischen Bemühungen, besonders den Vorschlag zur Einberufung einer Gipfelkonferenz, um die gefährliche Situation zu bereinigen. Er fordert von den Vereinigten Staaten und Großbritannien, sofort Maßnahmen zur Beendigung ihrer Aktionen zu ergreifen, und von der Bundesregierung, die in einer Erklärung vom 23. Juli ihr Einverständnis mit den „Aggressoren“ erklärt habe, ihr Unterstützung unverzüglich einzustellen.</p>	1475

26. 07. 1958	Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Die Sowjetregierung behauptet, das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sei einer der amerikanischen „Aufmarschräume“ für die „bewaffnete Intervention gegen die arabischen Staaten“. Sie beschuldigt die Bundesregierung, diese Aktionen nicht nur zu billigen und zu rechtfertigen, sondern auch zu unterstützen. Sie fordert die Bundesregierung auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Benutzung des deutschen Territoriums für die „Aggression“ zu verhindern.	1477
30. 07. 1958	Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer an Ministerpräsident Chruschtschow In Beantwortung des Schreibens vom 4. April erklärt Bundeskanzler Adenauer, die Bundesregierung wünsche aufrichtig ein Abkommen über die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Es genüge jedoch nicht, die Bemühungen nur auf den einen Punkt der Einstellung der Kernwaffenversuche zu konzentrieren. Die Bundesregierung sei um so mehr an der Lösung dieser Fragen interessiert, als sie selbst schon 1955 auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtet habe. Diesen Tatbestand wolle sie, wie Adenauer nachdrücklich betont, auch nicht ändern. Sie hoffe, daß sich die Sowjetunion zusammen mit anderen Staaten bei künftigen Verhandlungen zu einem internationalen Verzicht auf die Kernwaffenproduktion bereit finden werde.	1479
30. 07. 1958	Erklärung des Ministerpräsidenten Grotewohl auf einer Kundgebung in Gera Ministerpräsident Grotewohl verurteilt das Eingreifen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens im Nahen Osten. Er bezeichnet die von der Sowjetunion vorgeschlagene sofortige Einberufung einer Gipfelkonferenz, die die Westmächte immer wider verhinderten, als notwendig. Er beschuldigt die Bundesregierung, die Aktionen der Westmächte zu begünstigen, und fordert sie auf, jegliche Unterstützung einzustellen. Die westdeutsche Bevölkerung ruft er auf, „den Kampf gegen den Atomtod mit dem aktiven Kampf gegen die imperialistische Aggression im Nahen Osten zu verbinden“.	1480
31. 07. 1958	Anordnung Nr. I des Magistrats von Groß-Berlin über die Neuaufstellung des Staatshaushaltsplanes für das Jahr 1958 – Allgemeine Bestimmungen Diese Anordnung des Magistrats setzt die entsprechende Anordnung Nr. I des Ministers der Finanzen der „DDR“ vom 26. Juni 1958 auch für Groß-Berlin in Kraft.	1481

Dritter Drittelband

00. 08. 1958	Aufsatz von K. Brocke: Berlin – Hauptstadt oder Frontstadt? Brocke geht von der Feststellung aus, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus die gegenwärtige Epoche bestimme. Mit allen Mitteln versuche der Kapitalismus allerdings, seinen Untergang aufzuhalten. So habe er Deutschland und Berlin gespalten. West-Berlin habe große Kredite erhalten, die den amerikanischen Monopolen politischen und wirtschaftlichen Einfluß und nur den deutschen „Monopolisten“ geholfen hätten. Es sei Frontstadt geworden. Die SPD beschuldigt er, diese Politik in West-Berlin zu unterstützen. Auf die wirtschaftliche Situation eingehend, behauptet er, die Industrieproduktion übersteige trotz aller Unterstützung kaum den Vorkriegsstand. Die Frontstadtpolitik gehe zu Lasten der Werktätigen, die jedoch den Frieden wollten. Sie könnten, betont Brocke, eine Änderung der Politik erzwingen, da sie in der SED und der „DDR“ starke Verbündete hätten. Er verweist auf die östlichen Vorschläge zur Wiedervereinigung Deutschlands.	1483
07. 08. 1958	Schreiben des amerikanischen Stadtkommandanten von Berlin, Generalmajor Hamlett, an den sowjetischen Stadtkommandanten, General Sacharow Generalmajor Hamlett protestiert gegen eine Verletzung der Sektorengrenze in der Gemeinde Steinstücken durch Volkspolizei der „DDR“.	1503
11. 08. 1958	Schreiben des sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin, General Sacharow, an den amerikanischen Stadtkommandanten, Generalmajor Hamlett Den amerikanischen Protest beantwortet General Sacharow mit dem Hinweis, die sowjetischen Militärbehörden mischten sich nicht in innere Angelegenheiten der „DDR“ ein. Zu dem Vorfall selbst bemerkt er, der amerikanische Einspruch beruhe offenbar auf falschen Informationen.	1503
11. 08. 1958	Note der Botschaft der UdSSR in Washington an das amerikanische Außenministerium Die sowjetische Botschaft bezeichnet eine Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, daß die Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisationen auch auf Berlin Anwendung finde, als unannehmbar.	1504
12. 08. 1958	Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow an den Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod“ In Beantwortung eines Appells des Arbeitsausschusses würdigt Ministerpräsident Chruschtschow dessen Bedeutung. Er betont, die Bundesrepublik Deutschland habe die Möglichkeit, einen Beitrag zur Beseitigung der Atomkriegsgefahr zu leisten. Er verweist auf den einseitigen sowjetischen Verzicht auf atomare Versuchsexplosionen sowie auf die Annahme des Vorschlags, in Genf eine Sachverständigenkonferenz über die Kontrollmöglichkeiten abzuhalten. Die Westmächte hätten inzwischen allerdings schon wieder die Einschränkung gemacht, daß sie ihre Entscheidung in der Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche nicht von den Ergebnissen dieser Konferenz abhängig machen würden.	1505

15. 08. 1958	Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der UdSSR Die Bundesregierung weist die in der sowjetischen Note vom 26. Juli enthaltenen Verdächtigungen zurück und betont, ihre Politik sei von dem Bemühen um Frieden und Entspannung bestimmt. Sie widerspricht der sowjetischen Behauptung, daß es sich bei dem westlichen Eingreifen im Nahen Osten um eine Aggression handele.	1506
18. 08. 1958	Mitteilung über eine Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der Tschechoslowakischen Republik Die Bundesregierung protestiert gegen eine Grenzverletzung durch tschecho-slowakische Soldaten.	1507
18. 08. 1958	Mitteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der „DDR“ Die Mitteilung protestiert gegen die mehrfache Verletzung des Luftraums der „DDR“ durch westliche Düsenjäger.	1508
18. 08. 1958	Erklärung des Akademischen Senats der Friedrich-Schiller-Universität zu Jena anlässlich der 400-Jahr-Feier Die Erklärung spricht sich für die uneingeschränkte Unterstützung des Aufbaus des Sozialismus aus, mit dem die „DDR“ ein Beispiel für ganz Deutschland geben wolle. Sie legt ein Treuebekenntnis zur „DDR“ als dem ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat ab.	1509
20. 08. 1958	Note des amerikanischen Außenministeriums an die Botschaft der UdSSR in Washington Zu der sowjetischen Note vom 11. August legt das amerikanische Außenministerium dar, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland – vorbehaltlich des Einverständnisses der Alliierten Kommandantur – zuständig sei, die Anwendbarkeit der Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation in Berlin zu erklären. Es nennt die Dokumente, die die Wahrnehmung der Interessen West-Berlins im Ausland durch die Bundesrepublik Deutschland gestatten.	1511
21. 08. 1958	Kommuniqué über die Konferenz der Atomsachverständigen in Genf Die Sachverständigen halten die verfügbaren Methoden für ausreichend, um innerhalb bestimmter Grenzen Kernexplosionen festzustellen. Sie empfehlen die Errichtung eines Kontrollsystems unter der Leitung eines internationalen Kontrollorgans.	1512
22. 08. 1958	Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der UdSSR In Beantwortung der sowjetischen Note vom 15. Juli mit dem beigefügten Vertragsentwurf wiederholt die Bundesregierung ihre Ansicht, daß die Frage der europäischen Sicherheit und die Lösung der politischen Probleme untrennbar seien. Sie stellt fest, daß die neuerlichen Vorschläge weitgehend mit denen identisch seien, die die Sowjetunion bereits im Rahmen der Gipfelkonferenzvorbereitungen vorgebracht habe. Da die sowjetische Antwort auf die entsprechenden westlichen Gegenvorschläge noch ausstehe, halte sie es für zweckmäßiger, zunächst die Botschafterbesprechungen über die Gipfelkonferenz in Moskau fortzusetzen.	1513
22. 08. 1958	Note der Regierung der Vereinigten Staaten an die Regierung der UdSSR Die amerikanische Regierung lehnt eine Stellungnahme zu der sowjetischen Note vom 15. Juli bzw. dem beigefügten Vertragsentwurf ab, da diese nur die älteren Vorschläge zur Tagesordnung einer Gipfelkonferenz wiederholten. Sie spricht sich dafür aus, die Verhandlungen über die Gipfelkonferenz fortzusetzen. Dazu erwarte sie vor allem eine Antwort auf den Vorschlag über ein Verfahren zur Erörterung der Tagesordnung. Diese Frage müsse vor allen anderen geklärt werden.	1515
22. 08. 1958	Erklärung des Präsidenten Eisenhower Präsident Eisenhower erklärt, die Vereinigten Staaten begrüßten das Ergebnis der Sachverständigenkonferenz in Genf und seien bereit, sofort über ein Abkommen zur Einstellung der Kernwaffenversuche und über die Errichtung eines internationalen Kontrollsystems zu beraten. Mit Verhandlungsbeginn wollten sie für ein Jahr auf Versuche verzichten, falls die Sowjetunion die ihren nicht wieder aufnehme. Diese Frist würden sie von Jahr zu Jahr verlängern, wenn Fortschritte erzielt würden. Die Verhandlungen könnten am 31. Oktober beginnen.	1516
23. 08. 1958	Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der „DDR“ Die Erklärung würdigt das Ergebnis der Sachverständigenkonferenz in Genf, das die sowjetische Ansicht bestätige, daß eine wirksame Kontrolle des Atomversuchstopps möglich sei. Sie spricht von der Pflicht der Regierungen, sich für die Beendigung der Kernwaffenversuche und das Verbot der Herstellung und Anwendung von Kernwaffen einzusetzen.	1517
23. 08. 1958	Schreiben des Stadtrates von Ost-Berlin, Schneider, an den Senator für Wirtschaft und Kredit von Berlin, Hertz Stadtrat Schneider unterbreitet ein Angebot über die Lieferung von Frischmilch nach West-Berlin.	1518
28. 08. 1958	Erklärung der Regierung der „DDR“ Die Regierung der „DDR“ begrüßt die Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen über den Abzug der amerikanischen und englischen Truppen aus dem Nahen Osten. Sie betont, diese Ergebnis sei auch für das deutsche Volk bedeutsam. Die Bundesregierung fordert sie auf, den UNO-Beschluß zu achten und für seine schnelle Durchführung einzutreten.	1519

29. 08. 1958	Note Der Regierung der „DDR“ an die Regierung der UdSSR Die Regierung der „DDR“ stimmt den in der sowjetischen Note vom 15. Juli und dem beigefügten Vertragsentwurf vorgebrachten Argumenten und Vorschlägen rückhaltlos zu. Wegen der Nahostkrise richtet sie scharfe Angriffe gegen die NATO und besonders gegen die Bundesrepublik Deutschland. Eine Verminderung der Spannung in Europa bezeichnet sie als Voraussetzung für eine Annäherung beider deutscher Staaten und die Wiedervereinigung durch eine Konföderation.	1520
30. 08. 1958	Antworten des Ministerpräsidenten Chruschtschow auf Fragen der Zeitung „Prawda“ über die Einstellung der Kernwaffenversuche Ministerpräsident Chruschtschow behauptet, die Vereinigten Staaten und Großbritannien seien trotz ihrer Erklärungen vom 22. August nicht wahrhaft, weil nicht bedingungslos, bereit, die Kernwaffenversuche einzustellen. Durch die Sachverständigenkonferenz sieht er die sowjetische Ansicht bestätigt, daß ein Versuchsstopp kontrollierbar sei. Er gibt zu verstehen, die Sowjetunion werde ihre Experimente wieder aufnehmen, falls die Westmächte die ihren fortsetzen. Den Vorschlag, am 31. Oktober mit Verhandlungen zu beginnen, nennt er akzeptabel, wenn keine Vorbehalte gemacht oder Bedingungen gestellt würden.	1523
31. 08. 1958	Aus dem Bericht über die Rede des Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer, auf einer Kundgebung der Seliger-Gemeinde in Rothenburg ob der Tauber Ollenhauer betont, die SPD vertrete das Recht auf Heimat. Er nennt sechs Punkte, u. a. die Wiedervereinigung Deutschlands und die Neuordnung der Beziehungen zwischen allen europäischen Völkern, die für die Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete zu beachten seien.	1528
00. 09. 1958	Aufsatz von A. Martin: Das Territorium der DDR ist unverletzlich Martin geht auf die Verhandlungen über die Rückgabe des belgischen Düsenflugzeugs bzw. des amerikanischen Hubschraubers, die in der „DDR“ gelandet waren, ein. Deren Verlauf und Ergebnis wertet er als Beweis dafür, daß die belgische und wider Willen auch die amerikanische Regierung de facto die Lufthoheit und damit die Souveränität der „DDR“ hätten anerkennen müssen. Das habe bei der Bundesregierung Verwirrung und Besorgnis hervorgerufen.	1528
02. 09. 1958	Entschließung des Bundesvorstandes des DGB Der DGB protestiert gegen eine Verschärfung der Zwangsmaßnahmen in der „DDR“. Er spricht die Erwartung aus, daß die vier Mächte ihrer Verpflichtung nachkommen, die Grundlagen für die Wiedervereinigung zu schaffen. Er appelliert an alle Deutschen, ihre Verbundenheit über die Zonengrenze hinweg zu wahren und zu pflegen.	1532
03. 09. 1958	Erklärung des Vorstandes der SPD Die SPD fordert die Großmächte auf, endlich ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche abzuschließen. Die Bundesrepublik Deutschland sollte unbedingt auf die atomare Bewaffnung verzichten und versuchen, eine übereinstimmende Haltung der Mächte, die keine Atomwaffen besitzen, herbeizuführen. Die SPD sieht es als ihre Aufgabe an, aufklärend zu wirken und den Ausschuß „Kampf dem Atomtod“ zu unterstützen. Das Verbot von Volksbefragungen in einzelnen Bundesländern durch das Bundesverfassungsgericht sei eine formale Entscheidung, die nicht über eine Volksbefragung kraft Bundesgesetz oder über das politische Problem der atomaren Ausrüstung aussage.	1534
03. 09. 1958	Aus dem Bericht des Abrüstungsunterausschusses des amerikanischen Senats Der Abrüstungsunterausschuß verweist auf seinen früheren Bericht über Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, der europäischen Sicherheit sowie der Rüstungsbeschränkung. Da die internationale Erörterung dieses Problemkreises noch keine wirklichen Ergebnisse gebracht habe, könne er nur seine früheren Empfehlungen wiederholen und raten, auch Teilmaßnahmen zu realisieren. Denn ohne irgendwelche Fortschritte werde die atomare Ausrüstung der Streitkräfte beider Seiten in bedenklicher Weise zunehmen.	1535
04. 09. 1958	Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin Der Regierende Bürgermeister Brandt gibt einen Überblick über die Flüchtlingsbewegung aus der „DDR“ nach dem Westen und ihre Hintergründe. Er unterrichtet das Abgeordnetenhaus von den Maßnahmen und Bemühungen des Senats, dem Flüchtlingsproblem wirksam zu begegnen.	1536
04. 09. 1958	Erklärung der Regierung der „DDR“ Die Erklärung wiederholt die These, daß die Sicherung des Friedens die wichtigste Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands sei. Sie kritisiert die Politik der Bundesregierung, die dafür die vier Mächte verantwortlich mache. Dieser Ansicht stellt sie die Konzeption der „DDR“, die Wiedervereinigung durch innerdeutsche und einen Friedensvertrag durch internationale Verhandlungen zu erreichen, als einzig richtig gegenüber. Sie kündigt an, die Regierung der „DDR“ werde zu diesem Zweck die Bildung einer Vier-Mächte- und einer gesamtdeutschen Kommission vorschlagen.	1541

04. 09. 1958	<p>Note der Regierung der „DDR“ an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der Vereinigten Staaten</p> <p>Die Regierung der „DDR“ fordert namens des deutschen Volkes den Abschluß eines Friedensvertrages. Sie schlägt den vier Mächten vor, zu diesem Zweck eine Kommission zu bilden, die auch zu vereinbaren hätte, wann und in welcher Form die beiden deutschen Staaten zu den Verhandlungen hinzuzuziehen seien. Sie teilt außerdem mit, daß sie die Bundesregierung ersucht habe, eine Kommission aus Vertretern beider deutscher Staaten zu bilden.</p>	1546
04. 09. 1958	<p>Note der Regierung der „DDR“ an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>Die Regierung der „DDR“ unterrichtet die Bundesregierung von ihren Noten an die vier Mächte. Sie schlägt vor, eine gesamtdeutsche Kommission zu bilden, die sowohl den Friedensvertrag als auch innerdeutsche Angelegenheiten beraten sollte. Sie spricht die Erwartung aus, daß die Bundesregierung in Zukunft auf ihre unrealistischen Versuche, fremde Mächte für die Wiedervereinigung Deutschlands verantwortlich zu machen, verzichten und den Vorschlag annehmen werde.</p>	1548
04. 09. 1958	<p>Schreiben des Bundesvorstandes des FDGB an den Bundesvorstand des DGB</p> <p>In scharfer Form wendet sich das Schreiben gegen die Behauptung eines „Notstandes“ der Arbeiter in der „DDR“. Es unterstellt, der Vorsitzende des DGB habe dem Senat von West-Berlin für „Spionage- und Zersetzungstätigkeit“ in der „DDR“ 100 000 DM übergeben, die besser für die Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland verwendet würden.</p>	1550
04. 09. 1958	<p>Aus der Erklärung des Außenministers Rapacki in Breslau</p> <p>Trotz gewisser Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland, die sich der „Remilitarisierung“ widersetzen, sieht Außenminister Rapacki die Sicherheit Polens, Europas und Deutschlands selbst von „Revisionismus und Militarismus“ bedroht, vor allem wegen der Verweigerung der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Heftige Angriffe richtet er gegen die SPD-Führung. Er äußert Zweifel, ob die Wiedervereinigung Deutschlands unter den gegenwärtigen Umständen für den Frieden und die Sicherheit Europas vorteilhaft wäre.</p>	1551
06. 09. 1958	<p>Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>Die Note der Bundesregierung vom 15. August bezeichnet die Sowjetregierung als Bestätigung ihrer Darstellung, daß die Bundesrepublik Deutschland die amerikanische Intervention im Nahen Osten unterstütze. Die Bundesregierung versuche zudem, die „aggressiven Handlungen“ zu rechtfertigen. Damit befinde sie sich nicht nur im Gegensatz zur Ansicht der Mehrheit der UNO-Mitglieder, sondern schade auch den Interessen des eigenen Landes, das dadurch zwangsläufig in „militärische Abenteuer“ der NATO einbezogen werden könnte. Die Sowjetregierung hoffe, daß die Bundesregierung die Möglichkeit einer Beteiligung daran ausschließe.</p>	1552
09. 09. 1958	<p>Aide-mémoire der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der Vereinigten Staaten</p> <p>Die Bundesregierung unterbreitet den Vorschlag, ein Vier-Mächte-Gremium zur Ausarbeitung von Vorschlägen zur Lösung der deutschen Frage zu schaffen.</p>	1554
11. 09. 1958	<p>Aus der Rede des Vorsitzenden der FDP, Maier, vor der Deutschen Atlantischen Gesellschaft in Stuttgart</p> <p>Maier gibt einen Überblick über die Außenpolitik der FDP. Im Gegensatz zu den beiden großen Parteien habe sie die Lösung der deutschen Frage in den Vordergrund gestellt. Sie befürworte eine bewußte Intensivierung der Ostpolitik. Gegen die Zweistaatentheorie auf der einen, die Idee einer festen politischen Integration der Bundesrepublik Deutschland in ein Teil-Westeuropa auf der anderen Seite müsse die Wiedervereinigung durchgesetzt werden. Für den Anfang sei eine vertragliche Vereinbarung der vier Mächte über den Status Gesamtdeutschlands notwendig. Der gespannten Weltlage müsse auch das westliche Bündnissystem Rechnung tragen. Die FDP bejahe nach wie vor die Mitgliedschaft in der NATO. Sie wünsche sich die NATO jedoch politisch bewegter und aktiver. Maier verweist schließlich noch auf die Bedeutung der innenpolitischen Entwicklung. Zu dem wirtschaftlichen Aufschwung habe die FDP einen wesentlichen Beitrag geleistet. Zusammenfassend stellt er fest, daß die Außenpolitik ohne einen grundsätzlichen Wandel der Verfahrensweise stagnieren müsse. Der innerdeutsche Streit um die Wiedervereinigung sei vom Übel. Die FDP trete für eine gemeinsame Außenpolitik ein.</p>	1555
12. 09. 1958	<p>Aus der Erklärung des Staatssekretärs von Eckardt auf der Bundespressekonferenz</p> <p>Staatssekretär von Eckardt nimmt zu dem Bericht des Abrüstungsunterausschusses des amerikanischen Senats Stellung. Als wesentlich hebt er vor allem den Hinweis auf den inneren Zusammenhang zwischen Abrüstung und europäischer Sicherheit hervor. Er erinnert an die Bereitschaft der Bundesregierung, einem ersten Schritt zuzustimmen, wenn die spätere Behandlung der politischen Probleme garantiert werde.</p>	1565

12. 09. 1958	<p>Interview des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees der „DDR“, Eisler</p> <p>Ulbricht interpretiert den Vorschlag der „DDR“ vom 4. September, Kommissionen zur Beratung eines deutschen Friedensvertrages einzusetzen. Er verbindet damit die übliche Kritik an der Politik der Bundesregierung. Deren Vorschlag, ein Vier-Mächte-Ausschuß solle über Fragen der deutschen Einheit beraten, bezeichnet er als wertlos, da dieses Problem nicht in die Kompetenz der Siegermächte falle. Ulbricht spricht von der angeblichen Existenz eines „Geheimplans“ zur Wiedervereinigung, den eine Arbeitsgruppe der drei Westmächte und der Bundesrepublik Deutschland ausgearbeitet habe. Er deutet ihn als Versuch, den Einfluß der NATO bis zur Oder auszudehnen. Mit der „Hetze der psychologischen Kriegsführung“ gegen die „DDR“ verfolge die Bundesregierung auch den Zweck, die SPD, die leider einen widersprüchlichen Standpunkt in der Wiedervereinigungsfrage einnehme, und die Gewerkschaften zur Beteiligung an ihrer Außenpolitik zu zwingen. Zum Schluß bekräftigt Ulbricht die Ansicht, daß das deutsche Volk den Abschluss eines Friedensvertrages durchsetzen könne. Die Vorschläge der „DDR“ hierzu könnten gleichzeitig die Wiedervereinigung fördern. Diese sei nur durch eine Konföderation zu erreichen, in der keiner der beiden deutschen Staaten auf seine Verfassungsbestimmungen sowie eine gesellschaftliche und staatliche Ordnung zu verzichten brauche.</p>	1566
13. 09. 1958	<p>Aufruf der 8. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz an alle Arbeiter und Gewerkschaftler Deutschlands</p> <p>Der Aufruf geht von der These aus, daß „die Sicherung des Friedens zum Hauptinhalt der Deutschlandfrage“ geworden sei. Er verurteilt die „atomare Aufrüstung“ der Bundesrepublik Deutschland, die zu Lasten der Werktätigen gehe. Den Arbeitern schlägt er eine Reihe von Grundsätzen vor, nach denen sie ihren Kampf für den Frieden und gegen die Atomkriegsgefahr führen sollen.</p>	1575
14. 09. 1958	<p>Kommuniqué über Besprechungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident de Gaulle</p> <p>Das Kommuniqué teilt mit, Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident de Gaulle hätten in einer Erklärung ihre Überzeugung bekräftigt, daß die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik die Grundlage jedes konstruktiven Aufbaus in Europa sei. Sie müsse organisiert werden und die anderen westeuropäischen Nationen einschließen.</p>	1578
16. 09. 1958	<p>Große Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, DP betreffend Flüchtlingsfragen und Zonenverhältnisse</p> <p>Die Große Anfrage verlangt von der Bundesregierung Auskunft darüber, wie sie die Lage der mitteldeutschen Bevölkerung beurteile und welche Schritte sie für möglich halte bzw. unternehmen wolle, um eine Besserung der Situation zu erreichen.</p>	1578
17. 09. 1958	<p>Bericht über eine SED-Versammlung in Berlin-Wedding</p> <p>Der Spitzenkandidat der SED für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in West-Berlin erläutert das Wahlprogramm seiner Partei. Er übt scharfe Kritik an der Politik des Senats.</p>	1579
17. 09. 1958	<p>Interview des amtierenden Außenministers der Tschechoslowakischen Republik, Hájek, für die Nachrichtenagentur ADN</p> <p>Minister Hájek äußert sich zu den Vorschlägen der „DDR“-Regierung, für Friedensvertragsverhandlungen eine Vier-Mächte- und eine gesamtdeutsche Kommission zu schaffen. Er wertet sie als wesentlichen Beitrag zur Festigung der Sicherheit in Europa und zur Linderung der Spannung. Er kritisiert die ablehnende Haltung der Bundesregierung.</p>	1580
18. 09. 1958	<p>Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>Die Sowjetregierung teilt der Bundesregierung mit, daß sie den Vorschlag der Regierung der „DDR“, für Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland eine Vier-Mächte-Kommission einzurichten, akzeptiere. Sie äußert die Ansicht, die Bundesregierung könne durch die Annahme des an sie gerichteten Vorschlags der „DDR“-Regierung einen positiven Beitrag zur Lösung der deutschen Frage leisten. Das beweise besonders die Ablehnung des sowjetischen Entwurfs eines Friedensvertrages von 1952. Die Sowjetregierung lehnt den Vorschlag der Bundesregierung ab, daß ein Vier-Mächte-Ausschuß die Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands erörtern solle.</p>	1582
18. 09. 1958	<p>Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der „DDR“</p> <p>In Beantwortung der Note vom 4. September bringt die Sowjetregierung ihre völlige Übereinstimmung mit den Ansichten der Regierung der „DDR“ zum Ausdruck. Sie erklärt sich bereit, den Vorschlag über Friedensvertragsverhandlungen anzunehmen.</p>	1586
18. 09. 1958	<p>Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten</p> <p>Die Sowjetregierung vertritt die Ansicht, daß die Vorschläge der Regierung der „DDR“ vom 4. September den gegebenen Verhältnissen Rechnung trügen. Sie sei deshalb bereit, im Rahmen einer Vier-Mächte-Kommission unverzüglich über einen Friedensvertrag mit Deutschland zu beraten. Die Arbeit eines entsprechenden gesamtdeutschen Ausschusses wolle sie in jeder Weise unterstützen.</p>	1588

18. 09. 1958 Memorandum der Regierung der UdSSR über Maßnahmen auf dem Gebiet der Abrüstung
Einleitend legt die Sowjetregierung ihre Ansicht über die Notwendigkeit der Abrüstung dar. Sie verweist auf die Maßnahmen, die sie selbst auf diesem Gebiet bereits getroffen habe. Da die drei Westmächte einem umfassenden Abkommen ihre Zustimmung versagten, halte sie eine Einigung über Teilmaßnahmen für erforderlich. Sie erläutert erneut die Erwägungen und Vorschläge, die sie bereits andernorts vorbrachte. Abschließend erklärt sie sich zu Verhandlungen auf einer Gipfelkonferenz oder im Rahmen der Vereinten Nationen bereit. 1590
19. 08. 1958 Aus der Rede des Bundeskanzlers Adenauer auf dem 8. Bundesparteitag der CDU in Kiel
In scharfer Form grenzt Bundeskanzler Adenauer die Politik der CDU, die sich vorbehaltlos zum Westen bekannt habe, gegen die der SPD ab, die die Integration in den Westen ablehne. Die Bundesrepublik Deutschland wäre, behauptet er, längst in den sowjetischen Machtbereich geraten, wenn die SPD die Außen- und Innenpolitik hätte bestimmen können. Er betont, die Bundesregierung werde ihre Außenpolitik mit dem Ziel einer allgemeinen Entspannung durch kontrollierte Abrüstung fortsetzen. Innenpolitisch werde sie für die Erhaltung einer breiten Mittelschicht eintreten. Als eine politische Frage ersten Ranges behandelt Adenauer die Wiedervereinigung Deutschlands. Er beschuldigt die „DDR“-Regierung und die Sowjetunion der Unterdrückung. Von den vier Mächten entziehe sich nur die Sowjetunion ihrer Verantwortung für die Lösung der deutschen Frage. 1599
20. 09. 1958 Artikel von Prof. C. J. Friedrich: Ohne persönliche Opfer geht es nicht – Die Wiedervereinigung in amerikanischer Sicht
Prof. Friedrich stellt fest, in Amerika gebe es nur ein relativ begrenztes Verständnis für die deutsche Frage. Die These, daß die Vereinigten Staaten verpflichtet seien, die Wiedervereinigung herbeizuführen, akzeptierten die Amerikaner nicht. Friedrich vertritt die Ansicht, daß das amerikanische Interesse für die Wiedervereinigung wachsen würde, wenn die Deutschen mehr als bisher darüber diskutierten, was sie selbst zu leisten, ja zu opfern bereit sind, und wenn sie immer wieder Vorschläge machten. Hierbei geht es um die Frage, welches materielle Opfer jeder einzelne bringen wolle, aber auch um Probleme wie die „sozialen Errungenschaften“ der „DDR“ und die Oder-Neiße-Grenze. 1603
21. 09. 1958 Antrag der Landesverbände Berlin und der Exil-CDU, vorgelegt von dem Abg. Gradl auf dem 8. Bundesparteitag der CDU in Kiel
Gradl begründet den Antrag, der den Willen der CDU zum Ausdruck bringen soll, in Anbetracht der tragischen Situation der mitteldeutschen Bevölkerung jede Bemühung um ein gemeinsames Handeln aller politischen Kräfte in gesamtdeutschen Fragen zu unterstützen. Die CDU sei der Überzeugung, daß größere Einigkeit in der Arbeit für die Wiedervereinigung eine wesentliche Voraussetzung für die Überwindung der Teilung sei. 1606
21. 09. 1958 Schlussresolution des 8. Bundesparteitages der CDU in Kiel
Der Bundesparteitag der CDU dankt den Wählern für ihr Vertrauen. Er spricht die Erwartung aus, daß die Bundesregierung ihre erfolgreiche Außenpolitik fortsetzen werde. Er bekennt sich zu der nationalen Pflicht aller Deutschen, die Wiedervereinigung zu fördern. Er empfiehlt der Partei, den kommunalpolitischen Angelegenheiten größere Aufmerksamkeit zu widmen, und verweist auf ein zu diesem Zweck ausgearbeitetes Arbeitsprogramm. 1607
21. 09. 1958 Aus der Rede des Bundeskanzlers Adenauer auf einer öffentlichen Kundgebung in Kiel
Bundeskanzler Adenauer weist darauf hin, daß die Situation in der Zone der Freiheit verdeutliche. In diesem Zusammenhang zieht er die SPD einer irrationalen Beurteilung der Weltlage, wenn sie etwa meine, daß ein neutrales oder neutralisiertes Deutschland zwischen den Machtblöcken existieren könne. Im Gegensatz dazu stehe die erfolgreiche nach Westen orientierte Außenpolitik der Bundesregierung. Die Bundesrepublik Deutschland werde, betont er, mit allen Rechten, aber auch Pflichten Mitglied der NATO bleiben und ihre europäische Politik fortsetzen. Es komme darauf an, daß Europa wieder eine politische und wirtschaftliche Macht zwischen den Großmächten werde. Besonders eindringlich spricht Adenauer von der Notwendigkeit eines guten Verhältnisses zu Frankreich. 1608

22. 09. 1958	<p>Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, auf dem III. Kongress der Nationalen Front des demokratischen Deutschland</p> <p>Nach Bemerkungen zur Stellung der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland im weltpolitischen Spannungsfeld befaßt sich Ulbricht mit Fragen des Deutschland-problems. Er behauptet, die imperialistische Politik des Westens blockiere die Wiedervereinigung, die allein eine Angelegenheit der Deutschen selbst sei. Die Hauptverantwortung der Siegermächte bestehe in der Sicherung des Friedens. Ulbricht nennt eine Reihe von Bedingungen, die Bundeskanzler Adenauer für die Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten erfüllen müsse. Er beruft sich auf Vorschläge der „DDR“, auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet eine Annäherung und einen Ausgleich herbeizuführen. Überaus heftige Angriffe gegen die Bundesregierung und die CDU/CSU dienen ihm als Begründung für seinen Vorschlag, dem Plan zur „psychologischen Kriegsvorbereitung“ mit einem „deutschen Friedensplan“ zu begegnen. In diesem Zusammenhang betont er, daß es keine sachlichen Gründe dafür gebe, die „DDR“ zu verlassen.</p>	1611
22. 09. 1958	<p>Wahlaufruf der Nationalen Front des demokratischen Deutschland</p> <p>Der Wahlaufruf gibt einen Überblick über die Erfolge der zu Ende gehenden Wahlperiode. Das Programm für die kommenden Wahlen entwickelt er nach den Leitgedanken: für Frieden und Wohlstand, für den weiteren Aufbau des Sozialismus und für die „nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat“.</p>	1626
22. 09. 1958	<p>Antworten des Ministerpräsidenten Chruschtschow auf Fragen der Zeitung „Prawda“</p> <p>Ministerpräsident Chruschtschow äußert sich zu den Vorgängen in Frankreich. Er behauptet, das Land werde vom Faschismus bedroht. Sein Wiederaufleben würden aber weder die oppositionellen Kräfte in Frankreich noch die internationale Lage zulassen. Einen weiteren Beweis für die gefährliche Richtung der französischen Politik sieht Chruschtschow in den Gesprächen zwischen General de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer.</p>	1634
24. 09. 1958	<p>Regierungserklärung, abgegeben von Ministerpräsident Grotewohl vor der Volkskammer der „DDR“</p> <p>Davon ausgehend, daß die Sicherung des Friedens geeignete Maßnahmen verlange, unterstreicht Ministerpräsident Grotewohl die Bedeutung des Vorschlags der „DDR“ zur Vorbereitung eines Friedensvertrages. Heftige Angriffe richtet er gegen die Bundesregierung, die eine „destruktive Haltung“ einnehme und keine Verständigung wolle, wie die Ablehnung des Vorschlags einer Konföderation beweise. Er verurteilt die gefährliche Politik der Bundesregierung, deren Weg zur NATO und zur Atomwaffe kein Weg des Friedens sei. Er wiederholt hier den Protest gegen das westliche Eingreifen im Nahen und Fernen Osten. Abschließend bekräftigt er die Verhandlungs- und Verständigungsbereitschaft der „DDR“.</p>	1639
24. 09. 1958	<p>Aus dem Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer der „DDR“ am 16. November 1958</p>	1648
25. 09. 1958	<p>Aus der Erklärung des Außenministers Lloyd vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen</p> <p>Außenminister Lloyd erscheint die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems fraglich, solange die Ungerechtigkeit der Teilung Deutschlands andauert. Im Gegensatz zur Sowjetunion halte der Westen freie gesamtdeutsche Wahlen noch immer für die einzige Möglichkeit, die deutsche Frage zu lösen.</p>	1649
26. 09. 1958	<p>Antworten des Ministerpräsidenten Chruschtschow auf Fragen des Sonderberichterstatters der Wochenzeitung „Die Zeit“, A. E. Johann</p> <p>Ministerpräsident Chruschtschow bejaht gute Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland. Er beschuldigt jedoch die Bundesregierung, die Grundsätze der friedlichen Koexistenz zu mißachten. Das beweise die antisowjetische Propaganda und die Weigerung, die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zu normalisieren. Auf der Linie einer antikommunistischen Politik lägen auch die deutsch-französischen Verhandlungen. Chruschtschow befürwortet eine Erweiterung der Wirtschaftsverbindungen. Er bestätigt, daß die Sicherung des Friedens ein Hauptanliegen der Sowjetunion sei. Die Frage, ob die sowjetische Regierung bereit sei, an der Wiedervereinigung Deutschlands mitzuwirken, wenn die Bundesrepublik Deutschland auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr verzichte und einer Beschränkung ihrer Truppen und Waffen zustimme, beantwortet er nur mit allgemeinen, unverbindlichen Wendungen. Eine Verbesserung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses solle die Beziehungen beider Staaten zu anderen Ländern nicht beeinträchtigen. Den Vorschlag, eine deutsche Journalistengruppe in die Sowjetunion einzuladen, hält Chruschtschow auf der Grundlage der Gegenseitigkeit für realisierbar.</p>	1649

27. 09. 1958 Gemeinsame Erklärung der Regierungen der „DDR“ und der Tschechoslowakischen Republik anlässlich des 20. Jahrestages der Unterzeichnung des Münchner Abkommens Die Erklärung vergleicht die Situation von 1938 und 1958. Sie behauptet, damals wie heute suche der Imperialismus mit den Mitteln antikommunistischer Propaganda seine aggressiven Absichten zu verwirklichen, bewiesen etwa durch die Gebietsforderungen der Bundesrepublik Deutschland und die amerikanische Aggression zu China. Als den entscheidenden Unterschied zu 1938 betont sie die Existenz des mächtigen sozialistischen Lagers. Die Regierung der „DDR“ und die tschechoslowakische Regierung nennen die Beziehungen zwischen ihren Ländern ein Beispiel friedlicher Zusammenarbeit. Die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland seien jedoch trotz aller Bemühungen der Tschechoslowakischen Republik nicht befriedigend. Beide Regierungen sprechen sich für die Lösung des deutschen Problems durch die Verständigung beider deutscher Staaten aus. 1656
30. 09. 1958 Antrag der Fraktion der SPD betreffend Schaffung eines Amtes für innerdeutsche Regelungen Ein überparteiliches Amt für innerdeutsche Regelungen in Berlin soll die Arbeit der verschiedenen Dienststellen der Bundesrepublik Deutschland koordinieren, innerdeutsche Fragen erörtern sowie Vereinbarungen und Vorschläge vorbereiten. 1661
30. 09. 1958 Aide-mémoire der Botschaften Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in Bonn an das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland Die Regierungen der drei Mächte akzeptieren den Vorschlag der Bundesregierung vom 9. September, in einem Vier-Mächte-Ausschuß Fragen der deutschen Einheit zu beraten. Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß eine baldige Antwort der Sowjetunion auf den westlichen Verfahrensvorschlag vom 31. Mai die Fortsetzung der vorbereitenden Gespräche für eine Gipfelkonferenz ermögliche. Sie betonen, nur mit einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung könne ein Friedensvertrag abgeschlossen werden. 1662
30. 09. 1958 Note der Botschaften Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in Moskau an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR In Beantwortung der Note vom 18. September bedauern die Regierungen der drei Mächte, daß die Sowjetregierung die Vorschläge der Bundesregierung ignoriere und sich statt dessen auf die der „DDR“-Regierung berufe. Sie heben hervor, für den Abschluß eines Friedensvertrages sei die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen unerläßliche Voraussetzung. Sie seien bereit, über alle Vorschläge, die darauf abzielten, jederzeit Verhandlungen aufzunehmen, entweder im Rahmen einer Gipfelkonferenz oder auch in einem gesonderten Vier-Mächte-Ausschuß. Wenn die Sowjetregierung hoffentlich bald den westlichen Verfahrensvorschlag beantworte, könnten in Moskau die vorbereitenden Gespräche für ein Gipfeltreffen fortgesetzt werden. 1664
00. 10. 1958 Aufsatz von E. Glückauf: Die beiden politischen Konzeptionen in Deutschland und die Stellung der SPD Glückauf beschreibt die „Konzeption der Arbeiterklasse“ und die „Konzeption des Imperialismus“, staatlich repräsentiert durch die „DDR“ und die Bundesrepublik Deutschland, parteipolitisch vertreten durch die SED und KPD auf der einen und die CDU/CSU auf der anderen Seite. Den Sieg der „Konzeption der Arbeiterklasse“ hält er für unausbleiblich. Die „Volksbewegung gegen den Atomtod“ sei außerordentlich wichtig für die Entwicklung einer „antiimperialistischen Konzeption“. Die Stellung der SPD sei von einem tiefgreifenden Widerspruch gekennzeichnet. Die Masse der Arbeiter verlange die Orientierung an der „Konzeption der Arbeiterklasse“. Die „rechten Führer“ der SPD gingen dagegen den Weg der Unterwerfung unter die „Konzeption des Imperialismus“. Zu dem gleichen Ergebnis kommt Glückauf bei der Untersuchung der Funktion beider politischer Richtungen in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. In einem besonderen Kapitel faßt er seine Kritik an der „Haltung der rechten SPD-Führer“ zusammen. Abschließend betont er Notwendigkeit und Bedeutung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. 1667
00. 10. 1958 Aufsatz von H. Voß: Viermächteverantwortung – wofür? Die „Junktimpolitik“ der Bundesregierung nimmt Voß zum Anlaß, anhand der historischen Entwicklung seit 1945 nachzuweisen, daß die Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands von den Siegermächten auf die Regierungen der beiden deutschen Teilstaaten übergegangen sei. Die „antidemokratische“ Tendenz der Bundesrepublik Deutschland erlaube aber nur eine schrittweise Vereinigung, etwa durch eine Konföderation. Die vier Mächte seien zwar auch nach Beendigung der Besatzungszeit verpflichtet, das deutsche Volk bei der Wiedervereinigung zu unterstützen, müßten dabei aber von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgehen. Voß legt dar, daß die Westmächte sich wie die Sowjetunion für Entspannung und Abrüstung einsetzen und Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland zustimmen müßten. Gerade diese sowjetische Initiative habe die „DDR“ durch Vorschläge zur Schaffung einer gesamtdeutschen Vertretung unterstützt. Die Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland bestünden aber noch immer auf der Durchführung gesamtdeutscher Wahlen. Die Ansicht der Bundesregierung, daß die Sowjetunion 1955 in Genf und Moskau die Vier-Mächte-Verantwortung für die Wiedervereinigung durch freie Wahlen anerkannt habe, widerlegt Voß durch eine entsprechende Interpretation der Dokumente. 1684

AUSSPRACHE DES 3. DEUTSCHEN BUNDESTAGES IN BERLIN ÜBER
FLÜCHTLINGSFRAGEN UND ZONENVERHÄLTNISSE

01. 10. 1958 Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt
Der Regierende Bürgermeister dankt dem Deutschen Bundestag dafür, daß er sich erneut der Not der Zonenbevölkerung annehmen wolle. Er führt aus, daß sich Berlin allein mit Hilfe des Bundes nach besten Kräften bemühe, Zufluchtsstätte und Ort der gesamtdeutschen Begegnung zu sein. Am Beispiel dieser Stadt werde die Welt erkennen, wie ernst es die Deutschen mit ihrem Anspruch auf Wiedervereinigung meinen. Doch nur dank dem Schutz der Westmächte könne das freie Berlin bestehen. Für die Anwesenheit der Alliierten gebe es eine feste Rechtsgrundlage. Berlin sei und bleibe die Hauptstadt Deutschlands. 1695
01. 10. 1958 Begründung der Großen Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und DP durch den Abg. Wehner (SPD)
Wehner bezeichnet die Große Anfrage als den Versuch der vier Fraktionen, eine gemeinsame Sorge, die Einheit des deutschen Volkes in einem gespaltenen Land zu erhalten, durch gemeinsame Bemühungen zu überwinden. In seinen Erläuterungen zu den vier Punkten der Anfrage prüft er besonders die Möglichkeiten, die Lage der mitteldeutschen Bevölkerung zu erleichtern. Die offizielle Hilfe für die Flüchtlinge, die er mit Dankbarkeit vermerkt, hält er allein nicht für ausreichend. Vielmehr müsse im Volk das Bewußtsein stärker werden, daß eine private Pflicht zur Hilfeleistung bestehe und erfüllt werden müsse. 1698
01. 10. 1958 Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und DP durch Bundesminister Lemmer
Bundesminister Lemmer beantwortet die Große Anfrage mit einer eingehenden Beschreibung der Lage in der Zone, der Flüchtlingsbewegung und der Erschwerung der innerdeutschen Verbindungen. Er bringt die Besorgnis der Bundesregierung über den anhaltenden Flüchtlingsstrom zum Ausdruck. Die Hilfsmaßnahmen des Bundes, betont er, könnten notwendigerweise nur organisatorischer, richtungsweisender und finanzieller Art sein. Zur Frage der Erleichterung und Verbesserung der innerdeutschen Verbindungen führt er aus, daß die von der Bundesrepublik Deutschland getroffenen oder gewünschten Maßnahmen leider häufig durch die Obstruktion der Gegenseite verhindert würden. Die Bundesregierung beabsichtige u. a., sich an das Internationale Rote Kreuz zu wenden und technische Verhandlungen mit der „DDR“ zu fördern. Deren Vorschläge, die nur die Anerkennung bezweckten, müsse sie jedoch ablehnen. Die „DDR“ habe es in der Hand, freie, geheime und kontrollierte Wahlen zuzulassen. Es sei selbstverständlich, daß dann auch die Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zur Diskussion gestellt werde. Lemmer versichert, die Bundesregierung werde die sowjetische Regierung immer wieder auf die ernste Lage in Mitteldeutschland hinweisen. Sie werde ihre internationalen Beziehungen für die Verwirklichung der deutschen Forderung nach Freiheit und Selbstbestimmung einsetzen. 1703
01. 10. 1958 Erklärung des Abg. Gradl (CDU/CSU)
Nach Bemerkungen zu den Themen der Großen Anfrage befaßt sich Gradl mit dem Problem der Verhandlungen über die deutsche Frage. Er weist darauf hin, daß die Sowjetunion trotz einiger vager Andeutungen über die komplexe Behandlung von Friedensvertrag und Wiedervereinigung, die sorgfältig geprüft werden müßten, auf ihrem Standpunkt von der Existenz zweier deutscher Staaten beharre. Innerdeutsche Verhandlungen über eine Normalisierung der Verbindungen müßten unbedingt an der Grenze der Anerkennung der „DDR“ enden. Nur dieses Ziel wolle die „DDR“ jedoch mit ihren Vorschlägen erreichen. Gradl betont, daß natürlich auch die Deutschen selbst für die Herstellung der deutschen Einheit verantwortlich seien. Die sowjetischen Empfehlungen anzunehmen, bedeute aber, die Sowjetunion aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Wenn die Sowjetregierung der Wiedervereinigung, die nur im Rahmen einer europäischen Sicherheitsordnung möglich sei, zustimme, werde dem Frieden ein großer Dienst erwiesen, wenn nicht, bleibe er durch die deutsche Spaltung gefährdet. 1717
01. 10. 1958 Erklärung des Abg. Schmid (Frankfurt) (SPD)
Angesichts der Lage in der Zone erinnert Schmid vor allem an die moralischen Verpflichtungen der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Er spricht sich für eine Abkürzung des Notaufnahmeverfahrens aus. Die Wiedervereinigung, erklärt er, hänge von der Verständigung der beiden Weltmächte über den Status Gesamtdeutschlands ab. Es sei unrealistisch, heute noch die Forderung nach freien Wahlen an den Anfang zu stellen. Für die Zwischenzeit müsse ein Modus vivendi zwischen den beiden Teilen Deutschlands gefunden werden. Zu diesem Zweck werde die SPD-Fraktion einen Antrag über die Schaffung eines Amtes für innerdeutsche Regelungen einbringen. 1725

01. 10. 1958	<p>Erklärung des Abg. Mende (FDP)</p> <p>Mende regt an, bei allen diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland Referate für gesamtdeutsche Angelegenheiten einzurichten. Er fordert die Bundesregierung auf, mit den vier Mächten darüber zu verhandeln, der Tätigkeit ihrer Nachrichtendienste auf deutschem Boden gewisse Grenzen zu setzen. Außerdem sollte geprüft werden, das Anwerben junger Deutscher für Nachrichtendienste unter Strafe zu stellen. Mende vertritt die Ansicht, daß die Bereitschaft der Sowjetunion, sich an einem Vier-Mächte-Ausschuß zur Beratung eines Friedensvertrages zu beteiligen, ein klares Ja zu einer ständigen Deutschlandkonferenz sei. Friedensvertrag sei Wiedervereinigung, wenn die Deutschen selbst es wollten. Das Bekenntnis der Westmächte zur deutschen Einheit erkennt Mende zwar dankbar an, äußert aber Besorgnis über unrealistische Vorschläge. Freie Wahlen könnten nicht am Anfang, sondern nur am Ende erfolgreicher Verhandlungen stehen.</p>	1733
01. 10. 1958	<p>Erklärung der Abg. Kalinke (DP)</p> <p>Die Abg. Kalinke äußert die Hoffnung, daß die Einigkeit aller Parteien in der deutschen Frage erhalten bleibe. Für Deutschland und für die freie Welt gefährlicher als die staatliche Teilung erscheint ihr die soziale und wirtschaftliche Spaltung Deutschlands. Sie warnt davor, im Westen durch freiwilligen Verzicht auf Selbstverantwortung und Risikobereitschaft, durch Vorschläge, die einer Ausbreitung des kommunistischen Sozialismus oder der sogenannten sozialen Errungenschaften Vorschub leisten würden, die Freiheit aufs Spiel zu setzen. Mit der Forderung, das Selbstbestimmungsrecht zu achten, appelliert sie an die Sowjetunion und die „DDR“, mit der Aufforderung, zu Hilfe und Opfer immer bereit zu sein, an die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland.</p>	1740
01. 10. 1958	<p>Erklärung des Abg. Kiesinger (CDU/CSU)</p> <p>Kiesinger begründet den gemeinsamen Entschließungsentwurf. Darin protestiert der Bundestag gegen die Verletzung der Menschenrechte in der „DDR“ und gegen die Beschränkung der Freizügigkeit. Er spricht sich für eine wirksame offizielle und private Flüchtlingshilfe aus. Er bekennt sich zum Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Er beauftragt die Bundesregierung, sich für die Realisierung des Vorschlags, die deutsche Frage in einem Vier-Mächte-Ausschuß zu beraten, nachdrücklich einzusetzen.</p>	1746
01. 10. 1958	<p>Abstimmung über den eingebrachten Entschließungsantrag</p> <p>Der Bundestag nimmt die Entschließung einstimmig an.</p>	1750
01. 10. 1958	<p>Rundfunkansprache des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier</p> <p>Bundestagspräsident Gerstenmaier erklärt, die Bundestagsdebatte habe die Einigkeit aller Parteien in der deutschen Frage, die hoffentlich erhalten bleibe, unter Beweis gestellt. Er betont, die Diskussion im Bundestag sei nicht nur eine moralische Pflicht, sondern habe den politischen Sinn, die Weltöffentlichkeit auf das Unrecht der Spaltung Deutschlands aufmerksam zu machen. Zum Problem des Friedensvertrages wiederholt er seine Überlegungen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nur nach vorheriger Verständigung der Großmächte über die Abrüstung und den Status Gesamtdeutschlands möglich sei.</p>	1750
02. 10. 1958	<p>Interview des Bundeskanzlers Adenauer für den Sender Freies Berlin</p> <p>Bundeskanzler Adenauer bestätigt den weiteren Ausbau Berlins zur Hauptstadt. Nach den Möglichkeiten der Deutschlandpolitik befragt, erklärt er, die Frage der Wiedervereinigung könne nicht einzeln gelöst werden. Es komme vorerst darauf an, eine Lockerung im Interzonenverkehr zu erreichen. Ein unmittelbarer Schritt bei den Vereinten Nationen sei problematisch. Wichtiger sei der Appell an die Weltöffentlichkeit. Auf diplomatischem Wege werde die Bundesregierung selbstverständlich versuchen, die sowjetische Einstellung zur deutschen Frage zu erkunden.</p>	1753
02. 10. 1958	<p>TASS-Erklärung zur Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die Sowjetunion</p> <p>TASS erklärt, die Sowjetunion habe sich zur Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche veranlaßt gesehen, weil die Vereinigten Staaten und Großbritannien dem sowjetischen Beispiel nicht gefolgt seien und selbst nach Abschluß der Genfer Sachverständigenkonferenz ihre Experimente fortgesetzt hätten. Die Sowjetregierung werde sich aber auch künftig für den Versuchsstopp einsetzen.</p>	1755
03. 10. 1958	<p>Pressekonzferenz des Bundeskanzlers Adenauer in Berlin</p> <p>Bundeskanzler Adenauer erklärt, die Frage diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten müsse als Gesamtfrage geklärt werden, und zwar vor allem in Moskau. Die gleichzeitige Anerkennung der „DDR“ betrachtet er – allerdings nur bei den Satellitenstaaten – nicht unbedingt als ein Hindernis. In seinen Ausführungen zur Deutschlandpolitik bezeichnet der den SPD-Antrag auf Schaffung eines Amtes für innerdeutsche Regelungen als verfassungswidrig. Die Einrichtung neuer Gremien nennt er darüber hinaus überflüssig. Denn die Wiedervereinigung sei nur über eine Entspannung durch kontrollierte Abrüstung zu erreichen. Die gegenwärtige Aufgabe bestehe darin, die Weltöffentlichkeit auf die Lage Deutschlands aufmerksam zu machen. Wenn es zur Bildung des gewünschten Vier-Mächte-Ausschusses komme, würden die Gespräche ganz von selbst auch den Friedensvertrag einschließen. Dieser könne aber nur mit einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung abgeschlossen werden. In seinem Schlußwort betont Adenauer die Notwendigkeit einer Gipfelkonferenz.</p>	1757
03. 10. 1958	<p>Schreiben des Bundesvorstandes des FDGB an den Bundesvorstand des DGB</p> <p>Der Bundesvorstand des FDGB lädt eine Kommission des Bundesvorstandes des DGB ein, Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in der „DDR“ zu studieren.</p>	1764

03. 10. 1958	Bericht über die Entschließung des Parteitages der Labour-Partei in Scarborough zur Außenpolitik Um unter Wahrung des Kräftegleichgewichts in Europa eine Entspannung herbeizuführen, wird eine Labour-Regierung versuchen, die Verbündeten für einen fünf Punkte umfassendes Programm als Verhandlungsgrundlage für eine Gipfelkonferenz zu gewinnen. Neben militärischen Maßnahmen und Sicherheitsvorkehrungen sieht es die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen vor.	1765
04. 10. 1958	Rundfunkansprache des Staatssekretärs Thedieck Staatssekretär Thedieck beschäftigt sich mit der heftigen und unsachlichen Reaktion der SED auf die Bundestagsdebatte zur Situation in Mitteldeutschland.	1766
04. 10. 1958	Interview des Stellvertretenden Außenministers Naszkowski für die Zeitung „Neues Deutschland“ Minister Naszkowski nennt den Vorschlag der „DDR“ zur Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages bedeutungsvoll für die Sicherung des Friedens in Europa, und zwar besonders im Hinblick auf die Politik der Bundesrepublik Deutschland. Im Gegensatz zum Vorschlag der Bundesregierung berücksichtige die „DDR“-Regierung die gegebenen Umstände, daß sowohl die Großmächte als auch hauptsächlich die Deutschen selbst für die Regelung der deutschen Frage verantwortlich seien.	1767
06. 10. 1958	Grußschreiben des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR, Woroschilow, und des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU und Ministerpräsidenten Chruschtschow an Präsident Pieck, Ministerpräsident Grotewohl und den Ersten Sekretär des ZK der SED, Ulbricht Das Grußschreiben mit Glückwünschen zum 9. Jahrestag der Gründung der „DDR“ würdigt die Politik und die Aufbauleistungen der „DDR“. Er versichert die Regierung der „DDR“ der sowjetischen Unterstützung bei den Bemühungen um die Lösung der deutschen Frage, besonders bei dem Vorschlag zum Abschluß eines Friedensvertrages.	1768
07. 10. 1958	Dankschreiben des Präsidenten Pieck, des Ministerpräsidenten Grotewohl und des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR, Woroschilow, und den Ersten Sekretär des ZK der KPdSU und Ministerpräsident Chruschtschow Das Dankschreiben versichert, die „DDR“ werde durch den weiteren Aufbau des Sozialismus „die Überlegenheit des sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte in Westdeutschland endgültig beweisen“.	1769
07. 10. 1958	Regierungserklärung, abgegeben von Ministerpräsident Grotewohl beim Staatsakt anlässlich des 9. Jahrestages der Gründung der „DDR“ Ministerpräsident Grotewohl verurteilt die Ablehnung des Vorschlags der „DDR“ zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland durch die Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland, die mit ihren Forderungen die Entspannung verhindern wollten. Er nennt drei Bedingungen für die Lösung der deutschen Frage und die Sicherung des Friedens: 1. Aufhebung des Beschlusses des Deutschen Bundestages über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr und den Abzug der „Besatzungstruppen“; 2. Austritt beider deutscher Staaten aus den Militärbündnissen und 3. ihre Einbeziehung in die atomwaffenfreie Zone.	1771
07. 10. 1958	Aus der Rede des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Scholz beim Staatsakt anlässlich des 9. Jahrestages der Gründung der „DDR“ Scholz betont, die Politik der „DDR“ sei im Gegensatz zu der der Bundesrepublik Deutschland von dem Bemühen um Verständigung, Frieden und die Wiedervereinigung Deutschlands bestimmt. Die Zunahme des Außenhandels der „DDR“ spiegele das Wachstum ihrer internationalen Beziehungen wider. Grundlage des gesteigerten internationalen Ansehens seien die Erfolge in der wirtschaftlichen Entwicklung.	1772
09. 10. 1958	Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der „DDR“ Die Erklärung protestiert gegen Äußerungen in den Noten der Regierungen der Westmächte an die Sowjetregierung vom 30. September, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der „DDR“ bedeuten. Sie behauptet, die Deutschlandpolitik der Westmächte, insbesondere der derzeitigen Regierung Frankreichs, gefährde den Frieden in Europa. Sie weist auf die deutsch-französischen Gespräche hin, die sie durch Vergleiche mit der Politik des Dritten Reiches verdächtig zu machen sucht. Nur ein Friedensvertrag, wie ihn die „DDR“ vorschlage, könne Sicherheiten gegen die Gefahren bieten. Wegen ihrer „Friedenspolitik“ sei die „DDR“-Regierung die einzig wirklich repräsentative Regierung des deutschen Volkes.	1777
09. 10. 1958	Kommuniqué über Besprechungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Premierminister Macmillan in Bonn Das Kommuniqué bestätigt die übereinstimmenden Ansichten Bundeskanzler Adenauers und Premierminister Macmillans in wichtigen Fragen der internationalen und Europapolitik. Bundeskanzler Adenauer habe seiner wachsenden Besorgnis über die Lage in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands Ausdruck gegeben und der britischen Regierung für ihre Unterstützung gedankt. Premierminister Macmillan habe die Verhandlungsbereitschaft seiner Regierung bekräftigt.	1779

10. 10. 1958	<p>Aus dem Kommuniqué über Verhandlungen zwischen Partei- und Regierungsdelegationen der „DDR“ und der Volksrepublik Bulgarien in Sofia</p> <p>Das Kommuniqué bringt die Übereinstimmung der Delegationen der „DDR“ und der Volksrepublik Bulgarien in der positiven Beurteilung der Politik des sozialistischen Lagers wie in ihrer Kritik an der Politik des Westens zum Ausdruck. Es bestätigt, daß die Realisierung der Vorstellungen und Vorschläge der „DDR“ zur Lösung der deutschen Frage sowie der östlichen Abrüstungs- und Entspannungsvorschläge der einzige Weg zur Sicherung des Friedens sei.</p>	1780
13. 10. 1958	<p>Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechoslowakischen Republik auf einer internationalen Pressekonferenz in Prag</p> <p>Anhand von Beispielen, z. B. der Tätigkeit der Vertriebenenverbände und Landmannschaften, versucht die Erklärung die Behauptung zu erhärten, die „herrschenden Kreise der Deutschen Bundesrepublik“ betrieben – wie einst Hitler – eine revanchistische Politik und verfolgten aggressive Ziele. Mit dem Hinweis auf die „Ähnlichkeit mit der Taktik der Hitlerpolitik“ warnt sie die westeuropäischen Völker. Sie hebt hervor, daß im Unterschied zu 1938 die Sicherheit der Tschechoslowakischen Republik gewährleistet sei. Die westeuropäischen Länder mahnt sie, sich der Gefahren bewußt zu werden. Von der Bundesrepublik Deutschland fordert sie, ihre Politik aufzugeben.</p>	1783
14. 10. 1958	<p>Vermittlungsvorschlag der Fraktion der FDP zur Frage der Errichtung eines Amtes für innerdeutsche Regelungen</p> <p>Der Vermittlungsvorschlag sieht vor, beim Ministerium für gesamtdeutsche Fragen eine Koordinierungsstelle und einen Beirat für innerdeutsche Regelungen zu schaffen.</p>	1789
14. 10. 1958	<p>Aide-mémoire der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>Das Aide-mémoire nimmt Bezug auf eine Information des deutschen Botschafters Kroll, daß die Bundesrepublik Deutschland eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen wünsche. Es macht darauf aufmerksam, daß die Möglichkeiten der letzten Vereinbarungen noch nicht voll genutzt würden, obwohl die Sowjetunion alles Notwendige getan und auch weitere Vorschläge gemacht habe. In diesem Zusammenhang übt es scharfe Kritik an der antisowjetischen Einstellung der Bundesregierung. Die Sowjetregierung nehme vor allem daran Anstoß, daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion offenbar von einer Verschlechterung ihres Verhältnisses zur „DDR“ abhängig gemacht werde.</p>	1790
15. 10. 1958	<p>Aus der Erklärung des Staatssekretärs von Eckardt auf der Bundespressekonferenz</p> <p>Staatssekretär von Eckardt berichtet, in einer Unterredung mit Botschafter Smirnow habe Bundeskanzler Adenauer auf die Belastung der deutsch-sowjetischen Beziehungen durch die Entwicklung in der sowjetisch besetzten Zone hingewiesen. Er habe darum gebeten, die Sowjetregierung möge ihren Einfluß für eine Verbesserung der Zustände geltend machen. Den Einwand, daß die „DDR“ souverän sei, habe er mit der Bitte an Smirnow beantwortet, seine Regierung dennoch zu unterrichten. Die Gespräche könnten danach fortgesetzt werden.</p>	1795
15. 10. 1958	<p>Antrag der SED-Kandidaten für die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin zur Durchführung einer Volksbefragung in Berlin</p> <p>Der Antrag fordert die unverzügliche Vorbereitung einer Volksbefragung gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, die Herstellung und Lagerung von Atomraketen sowie den Bau von Abschlußrampen in Westdeutschland und Westberlin.</p>	1796
15. 10. 1958	<p>Bericht des Ausschusses der nichtvertretenen Nationen der Beratenden Versammlung des Europarates über die Lage in der sowjetischen Zone Deutschlands, vorgelegt von dem Abg. Kirk</p> <p>Der Bericht gibt einen Überblick über Maßnahmen der Zonenbehörden in der Rechtsprechung, im Reiseverkehr sowie im landwirtschaftlichen und kulturellen Bereich, die zu einer Verschlimmerung der Lage in der Zone führen. In der Schlußfolgerung heißt es, diese Situation betreffe nicht nur Deutschland und Europa, sondern die ganze Menschheit.</p>	1798
16. 10. 1958	<p>Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der UdSSR</p> <p>In Beantwortung der Note vom 6. September weist die Bundesregierung die sowjetischen Vorwürfe erneut als unbegründet zurück. Sie hebt ihre guten Beziehungen zu den arabischen Ländern hervor und betont, daß sie die Resolution der Vereinten Nationen vom 21. August uneingeschränkt unterstütze.</p>	1804
17. 10. 1958	<p>Erklärung des Abg. Goedhart in der Beratenden Versammlung des Europarates</p> <p>Goedhart erklärt, daß der Ausschuß der nichtvertretenen Nationen, obwohl er einen Bericht über die Lage in der sowjetischen Zone Deutschlands vorgelegt habe, keineswegs die Pankower Regierung sondern einzig die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag als legitime Vertretung der Zonenbevölkerung betrachte. Die Bundesregierung habe die Zuständigkeit des Ausschusses immer anerkannt.</p>	1805
17. 10. 1958	<p>Resolution 153 der Beratenden Versammlung des Europarates zur Lage in der sowjetischen Zone Deutschlands</p> <p>Die Resolution bringt die Anteilnahme am Schicksal der Zonenbevölkerung zum Ausdruck. Sie bekräftigt das Recht auf Selbstbestimmung.</p>	1806

18. 10. 1958	Schreiben des Ministers Rau an Bundesminister Erhard Minister Rau unterbreitet ein Wirtschaftsangebot der „DDR“, das als Sonderabkommen außerhalb des regulären Interzonenhandels vereinbart werden soll.	1807
18. 10. 1958	Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, auf der Tagung des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland Ulbricht setzt sich, bevor er die von Professor Hagemann gestellten Fragen beantwortet, polemisch mit der Politik der Bundesregierung auseinander, wobei er die Ansicht vertritt, die herrschende Partei in Westdeutschland sei mit ihrer Politik in die Sackgasse gekommen. Er stimmt der Auffassung von Prof. Hagemann zu, die Sicherung des Friedens und die Wiedervereinigung Deutschlands aus eigener Kraft durchzuführen. Er erklärt, niemals gesagt zu haben, „daß wir Westdeutschland die sozialistische Gesellschaftsordnung aufzwingen wollen“. Danach geht er auf fünf Fragen von Prof. Hagemann ein. In Beantwortung der ersten Frage erklärt er, die Regierung der DDR sei ernsthaft an Verhandlungen interessiert. In Erwiderung der zweiten Frage weist er die Behauptung zurück, der Sowjetunion und der Regierung der „DDR“ sei daran gelegen, daß ein Friedensvertrag von zwei deutschen Staaten getrennt unterzeichnet wird. Er versichert: „Wir sind für einen Friedensvertrag und nicht für zwei Friedensverträge.“ Zu einer Unterzeichnung schlägt er die Bildung einer von, wie er sagt, „beiden deutschen Regierungen gebildeten Kommission“ vor, die den Friedensvertrag unterzeichnet. Die dritte von Prof. Hagemann gestellte Frage beschäftigt sich mit dem nach Meinung der Regierung der „DDR“ besonders vordringlichen Problem. Ulbricht erwidert darauf: „Die Hauptfrage ist, die Menschen in Deutschland von der Furcht vor dem Atomtod zu befreien.“ In Beantwortung der vierten Frage, ob eine Konföderation als ein Übergang zur Wiedervereinigung gedacht ist oder als eine endgültige Lösung, macht er Mitteilungen über eine Aussprache „zwischen einem namhaften Mitglied der Bonner Regierung und unserem Vertreter“, bei der die Idee der Konföderation entwickelt worden sei. In seiner fünften Frage hat Prof. Hagemann nach der Zweckmäßigkeit eines beratenden Gremiums unabhängiger Persönlichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland gefragt, das Verhandlungen einleiten soll, wenn die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Entsendung einer Regierungs- oder Parlamentskommission ablehnt. Ulbricht erklärt: „Wenn nun ein Gremium aus namhaften Persönlichkeiten aus beiden Teilen Deutschlands gebildet würde, dann müssen ihm Persönlichkeiten angehören, die etwas hinter sich haben.“ Er richtet an die Führung der SPD die Frage, ob sie bereit ist, namhafte Vertreter ihrer Partei in ein solches Gremium zu entsenden. Er wünscht aber auch die Beteiligung von Vertretern der Gewerkschaften, der Intelligenz und der Jugendverbände.	1808
18. 10. 1958	Aufruf des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland an die Bürger Westdeutschlands Der Aufruf wiederholt die drei Forderungen, den Beschluß des Deutschen Bundestages über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr aufzuheben und die „Besatzungstruppen“ abzuziehen, den Austritt beider deutscher Staaten aus den Militärbündnissen und den Anschluß an eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa zu erklären. Er fordert die Bevölkerung auf, für die Verwirklichung der Vorschläge der „DDR“ zur Lösung der deutschen Frage zu kämpfen.	1817
22. 10. 1958	Aus der Erklärung des Sprechers der Bundesregierung auf einer Pressekonferenz in Bonn Der Sprecher der Bundesregierung wiederholt die bereits amtlich abgegebene Feststellung, daß kein Minister der Bundesregierung mit Vertretern der Sowjetzone oder des dortigen Regimes Gespräche oder gar Verhandlungen über eine Konföderation geführt hat.	1820
24. 10. 1958	Bericht des Gesamtdeutschen Ausschusses des Bundesrates zu den Verhältnissen in der Sowjetzone und zur Flüchtlingsfrage, abgegeben von Ministerpräsident Altmeier im Bundesrat Der Bericht über die Verschlechterung der Situation in der Zone und die Hilfsmaßnahmen des Bundes und der Länder für die Flüchtlinge empfiehlt dem Bundesrat, seine Übereinstimmung mit der gemeinsamen Entschliebung des Bundestages vom 1. Oktober zum Ausdruck zu bringen.	1820
24. 10. 1958	Erklärung des Bundestagspräsidenten Brandt im Bundesrat Bundestagspräsident Brandt bringt den Dank des Landes Berlin für die Flüchtlingshilfe zum Ausdruck. Im Namen des Bundesrates wendet er sich mit der Bitte an die Bürger der Bundesrepublik Deutschland, für die Einheit Deutschlands einzutreten. Er appelliert an die Mächtigen der Welt, insbesondere der Sowjetunion, eine Lösung der deutschen Frage möglich zu machen. Er schließt mit der Feststellung, daß der Bundesrat mit der gemeinsamen Entschliebung des Bundestages übereinstimme.	1823

24. 10. 1958	<p>Interview des Professors Hagemann für die Zeitung „Westfälische Rundschau“ Nach dem Grund für seine Teilnahme an einer Tagung in Ost-Berlin gefragt, erklärt Professor Hagemann, daß die politischen Interessen der „DDR“ bezüglich des Friedensvertrages, des Rapacki-Plans und einer Konföderation weitgehend gesamtdeutschen Interessen entsprächen. Er sei überzeugt, daß die „DDR“-Regierung die Wiedervereinigung wirklich wolle, und zwar ohne den Hintergedanken, das SED-Regime auf ganz Deutschland auszudehnen. In einer Konföderation, seiner Ansicht nach ein geeignetes Mittel, um die Spaltung schrittweise zu überwinden, gehe Ost-Berlin das größere Risiko ein. Hagemann nennt seine Reise einen Versuch, der dann als erfolgreich anzusehen sei, wenn er offizielle innerdeutsche Gespräche anrege.</p>	1825
24. 10. 1958	<p>Interview des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, für die „Berliner Zeitung“ Ulbricht macht Ausführungen über das Zustandekommen des Auftritts von Prof. Hagemann auf der Tagung des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und charakterisiert seine in Beantwortung der Fragen von Prof. Hagemann gemachten Ausführungen. Er wiederholt seine Ansicht, daß es wünschenswert wäre, wenn sich die Friedensanhänger in der Sozialdemokratie, in den Gewerkschaften und die Christlichen Gewerkschaften zu denn Fragen der Vorbereitung eines Friedensvertrages und zur Bildung einer Konföderation als Weg zur Wiedervereinigung äußern würden.</p>	1827
25. 10. 1958	<p>Schreiben des Bundesvorstandes des FDGB an den Bundesvorstand des DGB Der Bundesvorstand des FDGB verweist auf zunehmende Krisenerscheinungen in der westdeutschen Wirtschaft. Er schlägt dem Bundesvorstand des DGB vor, sich in gemeinsamen Beratungen für die Aufnahme von Regierungsverhandlungen über das von der Bundesregierung abgelehnte Wirtschaftsangebot der „DDR“ einzusetzen. Außerdem regt er an, die Frage der Beschäftigung westdeutscher Arbeiter in Betrieben der „DDR“ zu erörtern.</p>	1830
26. 10. 1958	<p>Bericht über eine Erklärung des Bundesministers Lemmer Bundesminister Lemmer weist vor Schweizer Journalisten die Unterstellung zurück, daß er der namentlich nicht genannte CDU-Minister sei, der mit sowjetzonalen Vertretern die Idee einer „Konföderation beider deutscher Staaten“ besprochen habe. Er betont, er habe als Bundesminister nie mit Vertretern der Sowjetzone Gespräche geführt.</p>	1831
27. 10. 1958	<p>Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, in Berlin In seiner Wahlrede wirbt Ulbricht mit den Argumenten, daß nur eine SED-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin eine Abkehr von der „Bonner NATO-Politik“ und der „Frontstadt-Politik“ des Senats gewährleiste, um Stimmen für die SED. Sie allein vertrete die „Sache des Friedens“ und damit auch die gesamtdeutschen Interessen. Im Verlauf seiner Ausführungen, einer Wiederholung der bekannten Vorwürfe und Angriffe gegen die Bundesregierung, den Senat von Berlin und die Parteien, behauptet er u. a., daß ganz Berlin ein Bestandteil der sowjetischen Besatzungszone gewesen sei und demzufolge zum Territorium der „DDR“ gehöre. Die Fortsetzung des „Besatzungsregimes“ in West-Berlin widerspreche den völkerrechtlichen Dokumenten. Ulbricht behauptet ferner, daß eine Änderung der Berliner Verfassung vorgesehen sei, die eine „Beseitigung der Grundrechte“ und die „Remilitarisierung“ bedeuten würde.</p>	1831
28. 10. 1958	<p>Erklärung der Teilnehmer an einer Beratung des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland mit Gliedern der evangelischen Kirche in Magdeburg Die Unterzeichner der Erklärung lehnen die Antikommunismus ab. Sie bekennen sich zur Politik der „DDR“. Sie stimmen dem Wahlprogramm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu und versprechen, deren Kandidaten ihre Stimme zu geben.</p>	1850
29. 10. 1958	<p>Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der „DDR“ Die Erklärung richtet sich gegen Äußerungen des Regierenden Bürgermeisters Brandt. Sie stellt fest, die „DDR“ habe sich als souveräner Staat damit einverstanden erklärt, daß die Kontrolle des alliierten Verkehrs von und nach Berlin bis zum Abschluß eines entsprechenden Abkommens von den sowjetischen Streitkräften in der „DDR“ ausgeübt werde.</p>	1854
30. 10. 1958	<p>Aufruf der Bezirksleitung Groß-Berlin der SED zu den Wahlen in Berlin Der Aufruf kritisiert die „Senatsparteien“. Er wiederholt die Wahlversprechen der SED. Sie allein garantiere die Sicherung des Friedens und die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation. Der Aufruf wendet sich besonders an die SPD-Anhänger und die Gewerkschaftler.</p>	1854
03. 11. 1958	<p>Erklärung des Präsidiums der SPD Die SPD bekennt sich zu dem Beschluß des Bundestages vom 2. Juli über die Einsetzung einer Vier-Mächte-Kommission zur Erörterung der Deutschlandfrage. Sie warnt jedoch davor, das Zustandekommen der Beratungen durch Auseinandersetzungen über Verfahrensfragen, die Tagesordnung oder nicht erreichbare Forderungen zu gefährden. Sie verlangt von der Bundesregierung, sich konsequent für die Verwirklichung des Bundestagsbeschlusses einzusetzen.</p>	1858

04. 11. 1958	Erklärung des Außenministers Rapacki auf einer Pressekonferenz in Warschau Außenminister Rapacki trägt einen Kompromißvorschlag für die schrittweise Verwirklichung des polnischen Plans einer atomwaffenfreien Zone vor. Polen sei bereit, als erste Etappe zunächst ein „Einfrieren“ der atomaren Rüstung in den betroffenen Gebieten zu erwägen, d. h. das Verbot der Herstellung und Weiterverbreitung atomarer Waffen. Erst nach einer Diskussion über die Verminderung der konventionellen Streitkräfte solle dann als zweite Etappe diese Reduzierung zusammen mit dem endgültigen Abzug aller Atomwaffen und der Einführung geeigneter Kontrollmaßnahmen erfolgen.	1859
04. 11. 1958	Resolution 1252 der Vollversammlung der Vereinten Nationen Die Resolution zu Fragen der Abrüstung befürwortet Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche nach dem erfolgreichen Abschluß der Sachverständigenkonferenz in Genf und über die Verhütung von Überraschungsangriffen. Die Vollversammlung bekräftigt die Verantwortung der Vereinten Nationen für die Lösung des Abrüstungsproblems. Sie faßt Beschlüsse über Zusammensetzung, Aufgaben und Einberufung der Abrüstungskommission.	1861
05. 11. 1958	Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, im AEG-Werk Berlin-Brunnenstraße Der Regierende Bürgermeister Brandt nimmt zur Rede Ulbrichts vom 27. Oktober Stellung. Er weist alle Verdächtigungen und Drohungen Ulbrichts entschieden zurück und warnt ihn, den Bogen zu überspannen. Nachdrücklich betont er die völkerrechtlich garantierte Stellung West-Berlins. Die „DDR“-Regierung fordert er auf, anstelle des angekündigten, angeblich aus humanitären Gründen erfolgenden Angebots eines zusätzlichen Handelsabkommens mit West-Berlin lieber die Versorgung der mitteldeutschen Bevölkerung zu verbessern. Bei Vorschlägen zur Normalisierung der Verhältnisse in Berlin solle der Magistrat von Ost-Berlin die zehn Fragen des Senats berücksichtigen, um den Menschen in der geteilten Stadt das Leben zu erleichtern.	1863
05. 11. 1958	Aus der Rundfunkansprache des Botschafters der UdSSR in Bonn, Smirnow Botschafter Smirnow erläutert die sowjetische Einstellung zum Deutschlandproblem. Er äußert sich zur Frage der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland.	1871
07. 11. 1958	Schreiben des Oberbürgermeisters von Ost-Berlin, Ebert, an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt Oberbürgermeister Ebert unterbreitet dem Regierenden Bürgermeister Brandt einen Vorschlag des Magistrats von Ost-Berlin, ein Handelsabkommen zwischen beiden Teilen der Stadt abzuschließen und zu diesem Zweck eine Verhandlungskommission aus Vertretern des Magistrats und des Senats zu bilden. Außerdem regt er die Schaffung einer Kommission an, die Vorschläge zur Lösung der Grenzgängerfrage ausarbeiten solle. Er unterrichtet Brandt ferner davon, daß ab 17. November für Bewohner West-Berlins Möglichkeiten zu Besichtigungs- und Gesellschaftsfahrten sowie Verwandtschaftsbesuchen in der „DDR“ geschaffen werden sollen.	1872
07. 11. 1958	Aus der Pressekonferenz des Staatssekretärs Dulles in Washington Staatssekretär Dulles bekennt sich zur Verantwortung der vier Mächte für die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen, die noch 1955 in Genf auch von der Sowjetunion anerkannt worden sei. Außerdem berücksichtigten die Vereinigten Staaten natürlich weitgehend die Ansichten der Bundesrepublik Deutschland. Dulles versichert, sein Land halte an der feierlichen Verpflichtung fest, West-Berlin notfalls mit militärischem Einsatz zu halten. Er glaube, solange die Westmächte standhaft blieben, bestehe keine Gefahr für die Stadt.	1876

ANHANG

Wohnbevölkerung der sowjetischen Besatzungszone und des Sowjetsektors von Berlin 1955 bis 1958	1879
Wanderungsbewegung zwischen dem Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) und der sowjetischen Besatzungszone einschließlich Sowjetsektor von Berlin 1955 bis 1958	1880
Die Fluchtbewegung aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin 1949 bis 1958	1882
Struktur der Industrie in der sowjetischen Besatzungszone nach Eigentumsformen 1955 bis 1958	1884
Struktur der Handwerksbetriebe in der sowjetischen Besatzungszone nach Eigentumsformen 1955 bis 1958	1885
Struktur der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der sowjetischen Besatzungszone nach Eigentumsformen 1955 bis 1958	1886
Struktur des Einzelhandelsumsatzes in der sowjetischen Besatzungszone nach Eigentumsformen 1955 bis 1958	1887
Außenhandel der sowjetischen Besatzungszone 1955 bis 1958	1888